Freitag, 23. November 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 275 - 47. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Zwangsanleihe: Die Bonner Koalitionsparteien wollen in der kommenden Woche über Ersatzregelungen für die aufgehobene Investitionsanleihe beraten. Der Streit zwischen den Parteien über den Sinn einer zusätzlichen Besteuerung von Besserverdienenden hält an. In einem Beitrag für die WELT erklärte CDU-Generalsekretär Geißler, die Kosten der derzeitigen Sparaktion müßten auf alle Schultern verteilt werden. Dagegen meinte CSU-Landesgruppenchef Waigel, mit seiner Partei werde es eine solche Abgabe nicht geben. (S. 4)

Wiesheu: Der nach einem Verkehrsunfall mit Todesfolge beurlaubte CSU-Generalsekretär ist zurückgetreten. Er wird Geschäftsführer der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung. (S. 4)

Polen: Die Bundesregierung wird nach Angaben von Außenminister Genscher trotz der Verschiebung seines Besuchs alles daransetzen, das Verhältnis zu Polen zu entwickeln. Auch Staatsminister Mertes plädiert für die „Fortsetzung des „schwierigen Dialogs". (S. 10)

Vertrag: Israel und die Bundesrepublik wollen 1985 einen Vertrag über die Zusammenarbeit auf landwirtschaftlichem Gebiet unterzeichnen. Darin sollen auch gemeinsame Projekte in Entwicklungsländern definiert werden.

Kriminalstatistik: In der Bundesrepublik sind im vergangenen Jahr rund 785 000 Personen wegen Verbrechen oder Vergehen zu Freiheits-, Geld- oder Jugendstrafe verurteilt worden – 39 Prozent wegen Delikten im Straßenverkehr. Im Bundeszentralregister in Berlin sind etwa fünf Prozent der *Gesamtbevölkerung eingetragen.* (S. 10)

Leopard 2: Nach Regierung und Ständerat hat jetzt auch die Militärkommission des Schweizer Nationalrats der Beschaffung des deutschen Kampfpanzers zugestimmt.

Mitterrand: Mit Pfeifkonzerten und Buhrufen wurde der französische Staatspräsident gestern bei einem Besuch des Elsaß empfangen. Die Bürgermeister von Comar und Straßburg lehnten es ab, ihn im Rathaus zu begrüßen. Grund für den unfreundlichen Empfang ist der Beschluß der Regierung, eine europäische Großforschungsanlage nicht in Straßburg, sondern in Grenoble anzusiedeln. (S. 7)

Nahost: In Amman begann die 17. Tagung des Palästinensischen Nationalrats. Dabei dürfte die Entscheidung fallen, ob die Fatah – Arafats Hausmacht – von Tunis nach Jordanien umsiedelt. (S. 6)

Heute: „Fünf Weise" übergeben Konjunkturgutachten an Kohl.

ZITAT DES TAGES



» Wer sich von einer solchen Partei abhängig macht, begibt sich in eine Situation der Erpreßbarkeit durch ökologische Utopie und ökonomische Scharlatanerie «

Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, über die Grünen

FOTO PETER MITCHELL

WIRTSCHAFT

Forschung: Der Etat der Bundesregierung steigt 1985 um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr auf knapp 7,2 Milliarden DM. Die Förderungsschwerpunkte wurden erheblich revidiert. (S. 11)

Ladenschluß: Die britische Regierung will die Ladenschlußzeiten liberalisieren. Künftig sollen Geschäfte auch an Sonntagen und abends öffnen können. (S. 12)

Investitionen: Das verarbeitende Gewerbe in der Bundesrepublik wird 1985 voraussichtlich real acht Prozent mehr investieren als in diesem Jahr, meldet das Münchner Ifo-Institut. Schon 1984 würden die Bruttoanlageinvestitionen erstmals seit drei Jahren wieder leicht wachsen.

US-Zinsen: Offenbar als Reaktion auf die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums hat die amerikanische Notenbank den Diskontsatz mit sofortiger Wirkung von neun auf 8,5 Prozent gesenkt.

Börse: Die Diskontsenkung in den USA löste am deutschen Aktienmarkt umfangreiche Käufe aus. WELT-Aktienindex 157,8 (156,5). Auch am Rentenmarkt zogen die Kurse an. BHF-Index 102,247 (102,069). Performance Index 111,116 (110,859). Dollar-Mittelkurs 2,9895 (3,017). Goldpreis je Feinunze 341,91 (340,30) Dollar.

KULTUR

Versunkene Welt: In Wien lebte noch einmal der Glanz der deutsch-jüdischen Synthese auf. In Ausstellungen, in Filmen und auf Symposien wurden wieder die Werte beschworen, die um die Jahrhundertwende Wien zu einem Mittelpunkt des geistigen Lebens machten. (S. 21)

„Dämonen": Man möchte meinen, Albee, Strindberg und Ionescu hätten sich zusammengetan, um das Stück „Dämonen" zu produzieren, das jetzt seine deutschsprachige Erstaufführung in Bochum hatte. Claus Peymann hat das Ehedrama des Schweden Lars Norén inszeniert. (S. 21)

SPORT

Fußball: In der zweiten Pokal-Hauptrunde sind sechs Bundesligaklubs ausgeschieden. Karlsruhe verlor bei den Amateuren von Eintracht Haiger. (S. 9)

Eishockey: Der Bundesligaklub ERC Schwenningen kann die Saison zu Ende spielen. Eine Interessengruppe unterstützt den Verein, der hohe Steuerschulden hat. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Wein: Mit List und Tücke umgehen die Weinbauern von Güglingen ein EG-Verbot und geben für den Verbraucher auf dem Etikett ihrer Weinflaschen den Gehalt an Alkohol, Restzucker und Säure an. Schon lange scheiden sich die Geister, welche Angaben ein Weinetikett machen sollte. (S. 22)

Stradivari: Einen Auktionsweltrekord für ein Musikinstrument erzielte in London die 1707 hergestellte Geige „La cathédrale" von Stradivari. Ein englischer Händler zahlte 1,4 Millionen Mark. (S. 22)

Wetter: Stark bewölkt, länger andauernder Regen. Bis 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohlestreik bricht zusammen. Szenen im Londoner Parlament

Labour-Abgeordnete schreien Minister nieder / Immer mehr Bergleute arbeiten wieder

WILHELM FURLER, London

Selten zuvor in seiner langen Geschichte hat das britische Parlament derart rüpelhafte und tumultartige Vorgänge erlebt, wie sie Mitglieder der oppositionellen Labour-Partei in der Nacht zum Donnerstag inszenierten. „Die Labour-Partei hat die Ausschreitungen der Streikposten der Bergarbeiter ins Unterhaus geschleppt", verurteilte David Steel, der Führer der Liberalen Partei, das Vorgehen von mindetens 30 Labour-Parlamentariern. Der Tumult führte schließlich dazu, daß der Sprecher des Unterhauses, Weatherill, die Parlamentssitzung nach etlichen Ermahnungen und einer zehnminütigen Unterbrechung aufheben mußte.

Wieder einmal ging es um den neunmonatigen Kohle-Streik, wenn auch nur indirekt. Die Opposition hatte Gesundheits- und Sozialminister Norman Fowler aufgefordert, eine Entscheidung der Regierung zu erläutern, wonach Familien streikender Bergleute und Streikender in anderen Wirtschaftszweigen von einer Anhebung der Sozial-Unterstützung von kommender Woche an ausgeschlossen bleiben.

Der Minister wollte hierzu gerade ausführen, daß lediglich rund 200 Bergarbeiterfamilien effektiv weniger Sozial-Unterstützung beziehen würden als bisher (etwa zwei Mark pro Woche), als er von der Labour-Opposition regelrecht niedergebrüllt wurde. Dann schlossen sich rund 30 Labour-Abgeordnete unter Führung von Eric Heffer, Terry Fields und David Nellist, Vertreter des linken Flügels ihrer Partei, im Mittelgang des Unterhauses vor dem Sprecher zusammen und schrieen auf den Gesundheitsminister und auf den Sprecher des Hauses ein. Ein Labour-Abgeordneter entriß Fowler die Redeunterlagen und wedelte sie dicht vor dem Gesicht des völlig konsternierten Ministers hin und her. Ein anderer Abgeordneter versuchte unterdessen ständig dem Minister eine Ein-Pfund-Note zuzuschieben.

Wie sehr inzwischen die Aggressivität an der Streikpostenfront der Bergleute auch auf die Labour-Partei übergegriffen hat und damit ins Parlament geschwappt ist, läßt sich daran erkennen, daß der Zwischenfall nach übereinstimmender Ansicht unabhängiger Beobachter geplant war. Dem verzweifelten Sprecher des Unterhauses blieb nach ergebnislosem Bemühen um eine Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung nichts anderes übrig, als die Sitzung aufzuheben.

Die rüde Vorgehensweise etlicher Labour-Abgeordneter hängt zweifellos mit dem langsamen, aber sicheren Abbröckeln der Streikfront im Kohlebergbau zusammen. Die Labour-Linke, die während der ganzen Streikmonate und insbesondere auf dem Labour-Parteitag Anfang Oktober sowie auf dem Jahreskongreß des Gewerkschaftsverbandes lautstark den linksradikalen Führer der Bergarbeiter-Gewerkschaft, Arthur Scargill, unterstützt und mit ihrer Forderung nach einer „totalen Kampfaktion" den Rest der Labour-Partei unter massiven Druck gesetzt hat, sieht sich in der Defensive.

Ein von der staatlichen Kohlebehörde allen arbeitenden Bergleuten zugesagter zusätzlicher Weihnachtsbonus hat den Trend zurück zum Ar-

● Fortsetzung Seite 10

Zentralkomitee tritt nicht zusammen

Will Tschernenko politische und sachliche Auseinandersetzungen in Moskau vermeiden?

DW. Moskau

Die für den kommenden Montag erwartete Wintersitzung des Zentralkomitees der KPdSU wird nicht stattfinden. Anlaß für diese „beispiellose Entscheidung" sind nach Auffassung westlicher Diplomaten gravierende politische Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sowjetischen Führung.

Möglicherweise wolle Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko – dies deuteten übereinstimmend die Nachrichtenagenturen Reuter und AFP in ihrer Berichterstattung an – einen offen ausbrechenden Konflikt über politische oder Personalfragen vermeiden.

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Das Zentralkomitee der KPdSU ist zwischen den Parteikongressen formell die oberste Instanz der Partei. In Wirklichkeit werden die Entscheidungen aber im Politbüro gefällt. Das ZK billigt dann die Entscheidungen der Parteispitze. Meist handelt es sich dabei um eine Formalität: Die Entscheidung ist längst vorher im engsten Kreis gefallen.

In Krisenzeiten allerdings und bei unklaren Machtverhältnissen an der Spitze kann das Zentralkomitee durchaus eine selbständige Rolle spielen.

Chruschtschow etwa ließ – mit Hilfe der Armee – im Sommer 1957 aus der ganzen Sowjetunion die ZK-Mitglieder nach Moskau einfliegen, um seinen Gegnern in der Partei zuvorzukommen, die im Politbüro bereits die Mehrheit besaßen. Als er selbst 1964 dann gestürzt wurde, versicherten sich seine Gegner – unter der Führung Breschnews – der Mehrheit des Zentralkomitees.

Die Regel heißt also: Normalerweise hat eine Mehrheit im Politbüro die Kontrolle über das ZK. Wenn es aber im Politbüro keine klare Mehrheit – und folglich auch keine klare Direktive – gibt, werden Abstimmungen im Zentralkomitee zu einer Erscheinung, die man auf englisch als „floating vote" bezeichnet. Es kommt dann auf die Situation und auf das Geschick einzelner Gruppen oder Personen im Politbüro an, sich dieser Körperschaft zu versichern und eventuelle Veränderungen herbeizuführen.

Die jetzige Verschiebung oder Absage eines ZK-Plenums kann auch mit der Tatsache zusammenhängen, daß eine der Schlüsselfiguren des Politbüros – etwa Verteidigungsminister Marschall Ustinow – so krank ist, daß er im Politbüro nicht an Abstimmungen und Beschlüssen teilnehmen kann.

Da die Gruppe, zu der Ustinow gehört (zu ihr gehört auch Außenminister Gromyko) im Augenblick nicht stark genug ist, um sich in einer Abstimmung zu behaupten, andererseits aber über ein Art Vetorecht verfügt, werden Entscheidungen und ZK-Sitzungen einfach verschoben.

Wiesbaden wird Nukem genehmigen

Auflagen von Zimmermann sind berücksichtigt / Streit mit den Grünen geht weiter

DW. Wiesbaden

Der hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger (SPD) wird noch im November die erste Teilerrichtungsgenehmigung für den zwischen seiner Partei und den Grünen umstrittenen Bau der Hanauer Atomfabrik Nukem II erteilen. Diese Erlaubnis werde die Weisung von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) berücksichtigen, den Anreicherungsgrad des dort zu verarbeitenden Urans nicht zu beschränken, erklärte Steger gestern in Wiesbaden. Unterdessen erklärte die Landtagsgruppe der Grünen, sie halte an der Kündigung der Zusammenarbeit mit der SPD fest. Die „Einmischung" Zimmermanns im Fall Nukem könne kein Maßstab für eine neue Bewertung des Verhältnisses zur hessischen SPD sein.

In einem gestern in Wiesbaden veröffentlichten Schreiben an Zimmermann kritisierte Steger, die Bundesregierung habe sich mit dem formalen Argument der Bundeskompetenz einer konstruktiven Weiterentwicklung der Politik der Nichtverbreitung militärisch nutzbarer Kernbrennstoffe entzogen. Damit sei eine Chance vertan worden, den „verantwortungsbewußten Umgang mit Fragen der Atomenergie" gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit zu demonstrieren. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Kandidat seiner Partei für das Amt des Frankfurter Oberbürgermeisters, Volker Hauff, warf Zimmermann wegen dessen Weisung an Steger „schleichende Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrags" vor.

Die hessische Landesregierung will in der Diskussion um die ebenfalls in Hanau ansässige Plutonium-Fabrik Alkem nicht abschließend Stellung nehmen. Die Grünen hatten von der Landesregierung die Stillegung von Nukem und Alkem verlangt. Die Ablehnung dieser Forderungen durch die Wiesbadener SPD-Minderheitsregierung hatte dazu geführt, daß die Grünen die weitere Zusammenarbeit absagten.

Dieser Bruch des rot-grünen Bündnisses wurde inzwischen von den Parteien unterschiedlich bewertet. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, vertrat die Auffassung, der Konflikt um die beiden Betriebe in Hanau habe die Fortsetzung einer Zusammenarbeit zwar deutlich erschwert, aber nicht unmöglich gemacht. Solche Äußerungen aus den Kreisen der SPD nahm der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Gottfried Milde, zum Anlaß, zu sagen, SPD und Grüne wollten offensichtlich weiter kooperieren. Als „mehr als peinlich" bezeichnete der FDP-Landesvorsitzende, Wolfgang Gerhardt, die „hilflosen Versuche" der SPD zur Erhaltung ihres Bündnisses mit den Grünen.

Ein Ministerwechsel im Kabinett Börner ist nach Ansicht der Grünen eine Möglichkeit, um das rot-grüne Bündnis in Wiesbaden noch zu retten. Der Pressesprecher der Grünen im Bundestag, Heinz Suhr, sagte im Saarländischen Rundfunk, ein Wechsel im Amt des Wirtschaftsministers könne Abhilfe schaffen. Er brachte für diesen Posten den Atomforscher Klaus Traube ins Gespräch. Auch die Publizisten Hoimar von Ditfurth oder Horst Stern könnten als Mitglieder einer neuen hessischen Landesregierung in Frage kommen.

Donau-Kraftwerk: Unmut in Ungarn

C. GUSTAF STRÖHM, Budapest

In Ungarn wächst der Widerstand der Öffentlichkeit gegen den zwischen Budapest und Prag 1977 vertraglich vereinbarten Bau eines Mammut-Kraftwerkes an der Donau. Das Kraftwerk, das eine Leistung von 700 MW erbringen soll, wird tiefgreifende Veränderungen des Flußlaufs und der Landschaft mit sich bringen. So soll östlich der slowakischen Landeshauptstadt Preßburg durch den Bau einer Staustufe bei Nagymaros ein großer Stausee entstehen. Weiter flußabwärts, bei Gabcikovo, soll die Donau sogar in einen 18 Kilometer langen Kanal umgeleitet werden.

Ungarische Umweltschützer und Wissenschaftler befürchten, daß durch den Bau des Mammut-Kraftwerks der Grundwasserspiegel absinken und schwerer Schaden für die Landwirtschaft entstehen werde. Ebenso befürchtet man negative Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung Budapests und West-Ungarns. Der 35jährige ungarische Biologe Janos Varga erklärte, durch den Bau des Kraftwerks, dessen Errichtung doppelt so teuer sei wie die Errichtung eines konventionellen E-Werks und das nur 3,5 Prozent des ungarischen Strombedarfs decken könne, würden 70 Kilometer Auwald überflutet. 30 Kilometer Wald würden austrocknen. Obwohl im kommunistischen Ungarn jegliche Werbung durch nicht-offizielle Gruppen untersagt ist, haben die ungarischen Umweltschützer inzwischen 6000 Unterschriften für eine Protestresolution gesammelt, die dem Parlament in Budapest zugeleitet wurde. Darin werden die ungarischen Behörden aufgefordert, den Bau des Donaukraftwerks und der Staustufen zu stoppen. Es wird auf die Gefahr weitgehender Zerstörungen der Landschaft und der Vernichtung eines Vogel- und Fischparadieses hingewiesen.

Während auf der ungarischen Seite ein gewisses Zögern zu beobachten ist, geht die Tschechoslowakei bei ihren Vorbereitungsarbeiten für das Kraftwerk zügig vorwärts. Prag drängt die Ungarn sogar, nun endlich vertragsgemäß gleichfalls mit den Arbeiten zu beginnen. Auf der ungarischen Seite breitet sich demgegenüber die Vermutung aus, der Plan des gemeinsamen Kraftwerks enthalte für die Tschechoslowakei mehr Vorteile als für Ungarn – ja man spricht sogar von ausgesprochenen „Pferdefüßen", die in dem gigantischen Bauwerk enthalten seien.

So würden durch den Bau des Kraftwerks zahlreiche Ortschaften am tschechoslowakischen Donau-Ufer überflutet. Die Bewohner müßten umgesiedelt werden. Da sich aber auf dem Nordufer der Donau, die zwischen Györ (Raab) und Esztergom (Gran) zugleich die Staatsgrenze bildet, auf slowakischer Seite viele Dörfer mit ungarischer Bevölkerung befinden, vermuten manche Budapester Kreise, Prag und Preßburg wollten auf diese Weise das Problem der grenznahen ungarischen Minderheiten lösen.

DER KOMMENTAR

Kampf im Kreml

HERBERT KREMP

Zum erstenmal seit 15 Jahren sagt Moskau eine Sitzung des Zentralkomitees ab, des Partei-Parlaments, das ein entscheidendes Wort darüber spricht, wer in die höchsten Ränge der sowjetischen Führung aufrückt. Der Vorgang läßt auf Machtkämpfe schließen. Machtkampf worum?

Grund eins: Der Streit um die Modernisierung, um den Zukunftsweg wird zur Zeit zwischen der Breschnew- und der Andropow-Fraktion ausgetragen. Breschnew war ein guter Herr der Nomenklatura, der herrschenden Minderheit der hohen Funktionäre. Wenn sie nur das Reich in „Ordnung" hielten, für den Gehorsam und die Machtwahrung sorgten, hatten sie ihre Jobs ein Leben lang. Sie waren die Größten. Sie hatten alle Privilegien, Korruption mit eingeschlossen. Andropow, den Breschnew nicht gewollt hatte, dachte anders. Als KGB-Chef hatte er die internationale Erfahrung und die effiziente Intelligenzia auf seiner Seite. Besonders im entscheidenden militärisch-industriellen Komplex wollte er der Korruption, der Besitz- und Verfügungswillkür der machthabenden Kader ein Ende setzen – um Reform zu bewirken. Reform bewirkt man nur durch Askese. Andropow ist tot, und Tschernenko war des toten Breschnew und seiner Nomenklatura Liebling. Er ist nicht gerade gegen Reform, aber er kann sie nicht durchsetzen. Er steht im Banne des toten oder todkranken Marschalls Ustinow. Der war „konservativ" im Breschnewschen Sinne. Nichts sollte sich rühren. Deshalb mußte der Reformer Ogarkow gehen.

Grund zwei: Afghanistan. Der Krieg dort vollendet im Dezember das fünfte Jahr. Für eine sieggewohnte Macht ist dieser Zustand des ständigen internationalen und nationalen Verschleißes unerträglich, so wie Vietnam für die USA unerträglich war. Andropow wollte Breschnews Krieg durch Verhandlung und Kompromiß beenden – natürlich zu sowjetischen Gunsten. Tschernenko, in der Hand Ustinows, will die militärische Lösung erzwingen. Aber die Offiziere von der Front, besonders die jüngeren, betonten, daß dies nicht möglich sein wird. Militärische Lösung bedeutet „langanhaltenden Krieg" im Sinne Mao Zedongs. Der Streit darüber hat sich in die obersten Ränge der Sowjetmacht verlagert. Man muß sich entscheiden.

Entscheidungen fallen in der Sowjetunion durch Personalpolitik. Es geht dort immer um die stärkere Fraktion, die stärkeren Bataillone. Da das Kräfteverhältnis im Zentralkomitee unklar und im Politbüro nicht entschieden ist, sagt man die Sitzung des Partei-Parlaments ab. Das geht dort immer noch – fragt sich, wie lange.

Treffen Shultz und Gromyko in Genf zusammen?

DW. Washington

Eine Begegnung der Außenminister der USA und der UdSSR, George Shultz und Andrej Gromyko, ist für Anfang nächsten Jahres auf neutralem Boden in Europa geplant. Die Rüstungskontrolle soll das beherrschende Thema dieser Begegnung sein. Offiziell weder bestätigt noch dementiert wurde ein Bericht, die beiden Außenminister hätten das Treffen für die erste Januarwoche in Genf vereinbart. Der sowjetische Vorschlag traf in Washington ein, nachdem der sowjetische Staats- und Parteichef Tschernenko öffentlich zu einer Ära der Entspannung zwischen beiden Supermächten aufgefordert hatte. Hohe Beamte der US-Regierung hatten die definitive Ankündigung des Treffens schon für Mittwoch in Aussicht gestellt, doch kam es in letzter Minute noch zu unerwarteten Schwierigkeiten. Man konnte sich zwischen beiden Hauptstädten nicht darüber einigen, wie man die Thematik der Begegnung, die Wiederaufnahme umfassender Rüstungsgespräche, öffentlich beschreiben sollte. Der Leiter des sowjetischen Amerika-Instituts, Arbatow, sagte gestern vor Journalisten in Moskau, daß die Tagesordnung der Gespräche bereits vereinbart sei. Bundeskanzler Helmut Kohl beurteilte auf der abschließenden Pressekonferenz seines Besuchs in Wien die Chancen für ein späteres amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen optimistisch. Eine Begegnung zwischen Reagan und Tschernenko müsse aber sorgfältig vorbereitet werden und dürfe nicht ein Forum für Propaganda sein.

Paris schließt Militäraktion in Tschad nicht aus

DW. A. K. Paris

Frankreich wird sich nach den Worten des Ministerpräsidenten Fabius weiter um den Abzug libyscher Truppen aus Tschad bemühen. In einer Fragestunde der Nationalversammlung, in der die Opposition Präsident Mitterrand vorwarf, er habe durch sein Treffen mit dem libyschen Staatschef Khadhafi auf Kreta (am 15. November) Frankreich der Demütigung ausgesetzt, schloß Fabius den Einsatz von Gewalt nicht aus. Er machte aber deutlich, daß seine Regierung den Abzug auf diplomatischem Wege erreichen wolle.

Unklar ist weiterhin, wieviele Libyer noch in Tschad stationiert sind. Während in der vergangenen Woche von 800 bis 1000 Soldaten die Rede war, sprach die französische Zeitung „Liberation" gestern von 3000 Libyern. Der Außenminister Tschads, Lassou, der sich zur Zeit in Paris aufhält, sprach sogar von 5000 bis 6000 Soldaten. Lassou fuhr fort, Tschad wünsche zwar nicht eine erneute Stationierung französischer Soldaten, doch forderte er Paris auf, der Regierung von Präsident Habré zu helfen. Die Libyer müßten endgültig aus dem Land vertrieben werden. Hierfür sei, so deutete er an, eine größere Militäroperation notwendig.

Unterdessen hat Paris Meldungen der griechischen Regierung dementiert, wonach eine französisch-libysche Militärkommission zur Überwachung des Rückzugs der letzten Truppeneinheiten aus Tschad gebildet worden ist. Ein Sprecher des Außenministeriums sagte: „Wir haben keine Beobachter in Tschad."

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die notwendigste Werbung

Von Joachim Neander

Daß es den Sozialisten schwerfällt, in dynamischen, das heißt lebendigen Strukturen zu denken, ist in mehr als hundert Jahren oft deutlich geworden. Diese Schwierigkeit haben sie auch in der Mediendiskussion. Die im neuen Papier der SPD gewählte Formulierung, die Werbung im privaten Fernsehen müsse auf das „notwendigste" Maß beschränkt werden, verrät, daß das Problem nicht verstanden wird.

Wer im Gegensatz zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten Fernsehen ohne Zwangsgebühr und Bestandsgarantie betreiben will, ist zu einem Balanceakt gezwungen. Macht er zu wenig Werbung, wird er die Kosten nicht decken können. Macht er zuviel, dann laufen die Zuschauer weg; die Einschaltquoten sinken, die Werbepreise ebenfalls. Wieder stimmt die Rechnung nicht.

Wo die Balance zwischen Werbequantum, Programmqualität und Einschaltquote gefunden wird, weiß heute selbst der ausgefuchsteste Experte nicht. Die Entscheidung darüber, wieviel Werbung im Privatfernsehen „notwendigst" sein wird, fällt allein der Zuschauer.

Aber die Vorstellung, daß solche Entscheidungen sich in einem freien, dynamischen Prozeß in der Wirklichkeit des Lebens (man braucht gar nicht Markt dazu zu sagen) entwikkeln, ist den Sozialdemokraten offenbar so fremd, daß sie wohl schon wieder an ein Gremium denken, vielleicht eine „Werbenotwendigstkeitskommission", die den Privatveranstaltern alle Jahre wieder die Werbezeiten zuteilt.

Eigentlich sollte die SPD durch das Schicksal ihrer Grundwertekommission gewarnt sein. Die hat jahrelang mit riesigem Papieraufwand versucht, neue sozialdemokratische Grundwerte zu formulieren, ehe sie endlich (teilweise mit fassungslosem Staunen) begriff, was um sie herum mit den Grundwerten wirklich passiert.

Es mag natürlich sein, daß ein Teil der SPD-Medienexperten sich im Stillen genaue Vorstellungen macht, wieviel „notwendigst" sein soll: genau soviel, daß die Privaten ihre Kosten nicht decken können. Aber dann sollten sie es offen sagen.

Dänischer Neutralismus

Von Cay Graf Brockdorff

Wie ein roter Faden zieht es sich durch NATO-Kommuniques, daß Dänemark sich nicht am Nachrüstungsprogramm beteiligt. Die linksorientierte Mehrheit im Folketing hatte das der konservativen Minderheitsregierung Schlüters untersagt.

Dänemark ist einer der beiden skandinavischen Staaten, die es ablehnen, in Friedenszeiten Atomwaffen auf ihrem Territorium zu stationieren. Das ist Tradition, seitdem Dänemark und Norwegen der NATO angehören. Doch war der Entzug der politischen Unterstützung der Nachrüstung ein Schlag gegen die Solidarität der Allianz. Das Ausbleiben des geringen dänischen Beitrags zu den Infrastrukturkosten des Nachrüstungsprogramms war demgegenüber leicht zu verkraften.

Die ständigen Fußnoten in NATO-Kommuniques, mit denen die Kopenhagener Regierung sich von der gemeinsamen Sicherheitspolitik distanzieren mußte, waren den Neutralisten nicht genug. Jetzt wollen sie die Regierung zwingen, sich der Stimme zu enthalten, wenn im UNO-Abrüstungsausschuß über einen Antrag der „DDR", Ungarns und Kubas abgestimmt wird, der zum Ziel hat, die NATO-Strategie der „flexiblen Reaktion" zu verurteilen. Der Resolutionsentwurf verbietet den Ersteinsatz von Atomwaffen.

Eine Stimmenthaltung Dänemarks wäre kaum anders zu werten als eine Absage an die Strategie der Allianz, deren Verpflichtung lautet, niemals als erste eine Waffe anzurühren. Wenn sie aber angegriffen wird, behält sie sich die Möglichkeit vor, den Krieg mit Atomwaffen auf jene Ebene zu eskalieren, von der niemand weiß, ob es aus ihr ein Zurück gibt. Diese Furcht vor dem Ungewissen gepaart mit der Gewißheit, daß westliche Atomwaffen sowjetisches Gebiet erreichen können, hat bisher den Frieden bewahrt.

Ministerpräsident Schlüter scheint das genau so zu sehen. Er riskiert den Sturz seines Minderheitskabinetts, denn er ist diesmal nicht bereit, sich der Mehrheit im Parlament zu beugen. Die NATO könnte ohne Dänemark leben. Ohne die NATO aber wäre Dänemark vor allem wegen des exponierten Bornholm schutzlos.

Gryphius an der Grenze

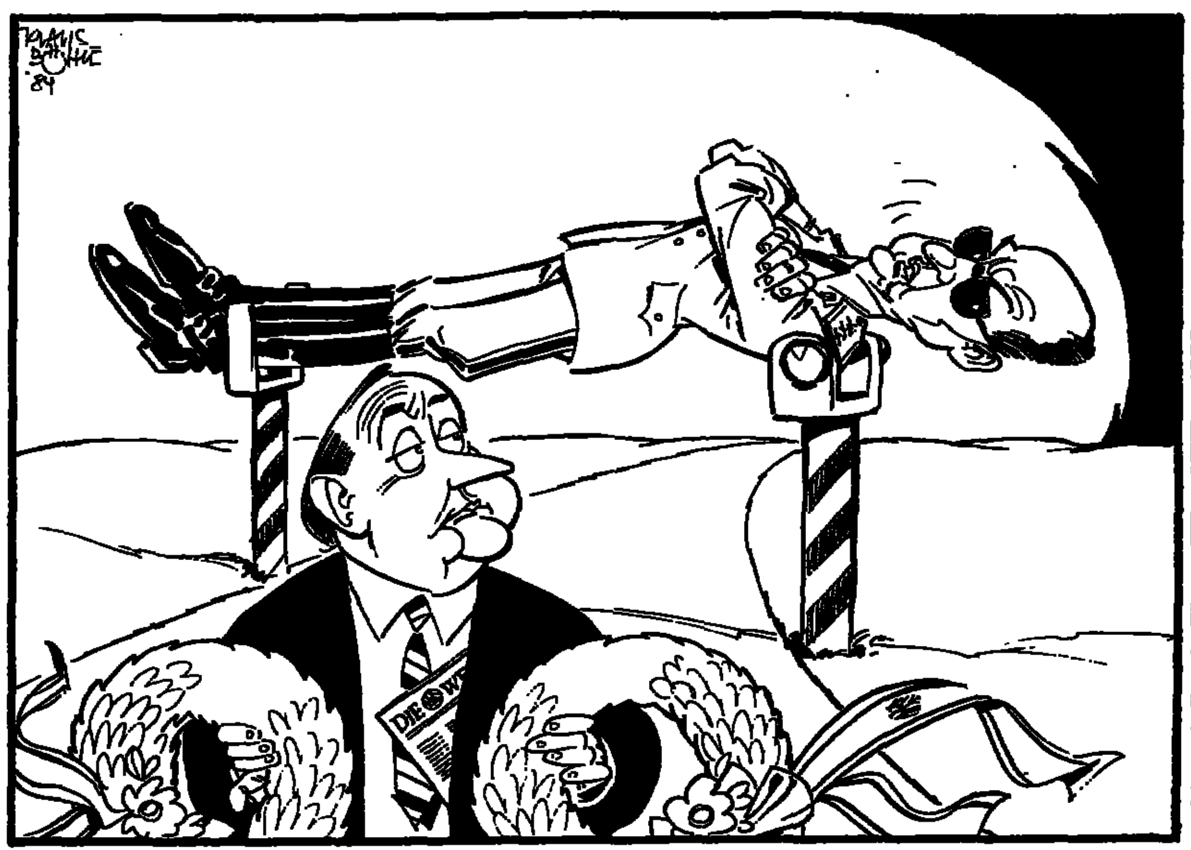
Von Günter Zehm

Fast eine kleine Sensation war der Auftritt des Filmregisseurs und Schriftstellers Werner Herzog in der von den Münchner Kammerspielen veranstalteten Vorlesungsreihe „Reden über das eigene Land: Deutschland". Die Matinée war bisher fast ausschließlich linken „Realpolitikern" von Augstein bis Gaus und von Brandt bis Schily vorbehalten, die die Gelegenheit denn auch weidlich ausnutzten, um ihr eintönig-kaltschnäuziges Lied von der „Endgültigkeit" der deutschen Teilung und der angeblichen politischen Vernünftigkeit der gegenwärtigen Konstellation zu singen.

Herzog wirkte in dieser Gesellschaft wie der sprichwörtliche weiße Rabe. Seine Darlegungen erzeugten Verlegenheit, die sich hinter Buhrufen zu verstecken suchte. Dabei war es nicht einmal so sehr der politische Kern der Herzog-Rede, der Anstoß erregte; ihre klare Feststellung, daß die deutsche Frage nach wie vor offen sei. Noch mehr irritierte offenbar das deutlich spürbare innere Beteiligtsein des Schriftstellers, seine Klage über die trostlose Grenze, die er nach seiner Art zu Fuß von Nord bis Süd abgewandert ist, sein sichtliches Leiden an den „Tränen des Vaterlands" (Gryphius), an der Teilung und an der preisgegebenen Identität.

Der deutsche Progressiv-Spießer von heute hat sich ja längst abgewöhnt, an irgendetwas zu leiden. Seine politischen Überzeugungen sind – trotz des vielen Geredes über Waldsterben – ganz äußerlich, kratzen allenfalls die Oberfläche seiner Wohlstandshaut. Umso größer seine Irritation, wenn dann plötzlich eine „Kultfigur des Kulturbetriebs", ein Steppenläufer und professioneller Pulsfühler das Podium betritt und über Deutschland predigt, das „verlassene Land", das nur noch aus „Haut", aus „Rand" bestehe.

Allein die Kultur und die Sprache könnten Deutschland retten, meinte Herzog. Das unterschätzte wohl etwas die Rolle der Politik, die früher oder später das letzte Wort wird sprechen müssen. Wahr aber bleibt, daß ein Land erst dann endgültig verloren ist, wenn seine Sprache und seine Kultur in die Hände von Leuten fallen, die zynisch oder gleichgültig mit ihm umgehen und auch nicht mehr genau hinzuhören verstehen. Werner Herzog zählt nicht zu ihnen.



„Zuviel Handgepäck!" KLAUS BÖHLE

Die andere Gewerkschaft

Von Günther Bading

Eine „soziale Bewegung" sei aus dem Kampf um die 35-Stunden-Woche nicht geworden. Leider nicht. Der dies jüngst auf einem Kongreß der Vertrauensleute der Industriegewerkschaft Metall sagte, war kein Funktionär aus dem Führungs-Apparat der zweieinhalb-Millionen-Gewerkschaft. Er war ein Mann „vor Ort", Betriebsrat; nicht Volkes Stimme, und – noch – nicht die Stimme des ganzen Gewerkschaftsvolkes. Aber der Metallarbeiter gab ein Signal. Er zeigte, wohl unwissentlich und wahrscheinlich unwillentlich, woher der aus bitterer Erfahrung mit politischen Richtungsgewerkschaften geborenen pluralistischen Einheitsgewerkschaft Gefahr droht.

Den Unterwanderungsbemühungen der Kommunisten war in den vergangenen Jahrzehnten nur punktuell Erfolg beschieden. Mit der Wandlung der Gewerkschaften von den traditionellen Hilfsvereinen der Arbeiterbewegung zu modernen Angestellten-Organisationen ohne einen anderen Stallgeruch als dem, mehrheitlich „links" zu sein, wachsen aber neue Anfechtungen heran. Gedankengut und Wortgebrauch jener „neuen sozialen Bewegungen", parteipolitisch inzwischen herauskristallisiert als Grüne, sind heute immer häufiger in den Diskussionsbeiträgen auf Gewerkschaftstagen zu finden.

Nicht nur bei der im DGB nicht recht ernstgenommenen Lehrerorganisation GEW, die den politischen Streik propagiert und probt. Auch bei der ÖTV und der Dienstleistungsgewerkschaft HBV wird über „neue Kampfformen" gesprochen. Bei der IG Druck und Papier hält man Betriebsbesetzungen im Arbeitskampf für etwas Selbstverständliches. Und nun sind auch bei der wichtigsten, weil einflußreichsten DGB-Gewerkschaft, der IG Metall, Töne laut geworden, wie sie aus einem Besetzer-Handbuch stammen könnten. Auf der Vertrauensleutekonferenz in Mannheim wagte einer der Leute von der „Basis" die Frage, ob man künftig „mit den bürgerlich-rechtlichen Regeln noch zurechtkommen" könne?

Vom Nicht-Zurechtkommen bis Sich-Hinwegsetzen ist ein kleiner Schritt. Und wo ist der Unterschied zur „Widerstand" genannten Abkehr von Recht und Gesetz, wie sie Friedensbewegung, Hausbesetzer und Grüne für erlaubt halten?

Der IG Metall-Vorsitzende Hans Mayr hat die gefährliche Dimension solcher Rede sofort erkannt. In einer seiner bisher besten und aufrichtigsten freien Rede vor einem Gewerkschaftskongreß zog er gleichsam die Notbremse; er warnte seine Leute davor, daß eine solche Entwicklung „lebensgefährlich" werden könne – für die IG Metall, aber auch für die Gewerkschaften insgesamt. „Auch beim Bewußtsein der Kollegen geht da etwas vor sich!" warnte Mayr.

Wie Recht er hat. Das Bewußtsein seines Vorstandskollegen Karl-Heinz Janzen ist schon infiziert. Der brach, zwei Tage nach Mayrs Warnung, eine Lanze für rot-grüne Bündnisse. Eine Koalition demokratischer Parteien, etwa von Union und SPD, hält der IG-Metall-Vorständler dagegen nicht für den probaten Weg, um Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen. Im Grunde, so orakelte er, gebe es keine entscheidenden Konflikte zwischen den Grünen und den Gewerkschaften.

Die Parallele zu der Entwicklung bei den Sozialdemokraten ist augenfällig. Der Warner vor dem „Ausfransen" in Richtung der „neuen sozialen Bewegungen", Professor Richard Löwenthal, hat mit seinen vor zwei Jahren veröffentlichten Thesen recht behalten. Bis zur Selbstaufgabe, wie in Hessen, verstrickt sich die Sozialdemokratie in dem ideologischen Gewirr der „Bewegungen". So mancher in der SPD mag zunächst geglaubt haben, der gestandene Facharbeiter und Gewerkschafter Börner werde die Grünen schon in Schach halten, sie zähmen und für die eigenen Zwecke nutzbar machen können. Ähnlich mögen manche in den Gewerkschaften denken.



Warnt vor neuen Kampfformen: Mayr FOTO: POLY-PRESS

Hessen allerdings sollte den Gewerkschaften mehr Warnung als Vorbild sein. Was den Sozialdemokraten allerorten geschieht, wenn auch mit regional unterschiedlicher Intensität – der Verlust der eigenen Identität im Öffnungsprozeß für die „sozialen Bewegungen" – ebendas könnte den Gewerkschaften bevorstehen. Die klassische Organisation der Industriearbeiter, gekennzeichnet von Disziplin, gegenseitiger Hilfe, auch von Kampfbereitschaft im Rahmen fair vereinbarter Handlungsspielräume – sie wird eines Tages Vergangenheit sein. Spätestens, wenn die Arbeiter zur Minderheit neben der Masse der „Stehkragen-Gewerkschafter" geworden sind. Was nachfolgt sind politisierte Angestelltengewerkschaften, die mehr wollen als „gerechten Lohn für anständige Arbeit", die selbst den seit einem Jahrhundert andauernden Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr als Schritt zur Humanisierung des Arbeitslebens begreifen, sondern als ein Instrument zu sgesellschaftspolitischer Veränderung.

Mit ihrer neuen Tarifpolitik, die auf das bewährte Prinzip straffer Führung verzichtet und die Ausfüllung der Verträge in die Hände der Betriebsräte „vor Ort" legt, hat die IG Metall der Einflußnahme jener „neuen sozialen Bewegungen" nicht das große Tor aufgestoßen. Aber es wurden viele kleine Türen aufgemacht. Hans Mayr war auf jener Konferenz in Mannheim zuversichtlich, daß dies nicht zu einer „anderen IG Metall" führen werde. Er sollte, ja er muß recht behalten. Aber dann dürfen seine Spitzenfunktionäre nicht herumbörnern.

IM GESPRÄCH Chaban-Delmas

Held und Bürgermeister

Von Volker S. Stahr

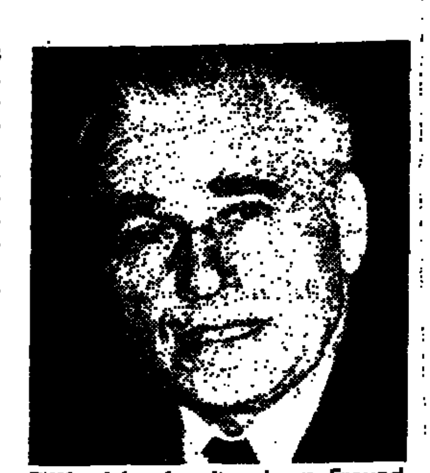
In Frankreich wird 1986 ein neues Parlament gewählt. Vieles deutet darauf hin, daß die bürgerlichen Parteien ihre traditionelle Mehrheit zurückerobern werden. Dann aber wird Präsident François Mitterrand kaum weiterhin mit einem sozialistischen Premier regieren können. Mehrfach traf er in jüngster Zeit mit einem Mann zusammen, der ihm helfen könnte: Jacques Chaban-Delmas, fast schon eine politische „Institution" Grandseigneur des französischen Gaullismus. Zudem verbindet Mitterrand und den langjährigen Bürgermeister von Bordeaux eine enge persönliche Freundschaft, über alle Parteigrenzen hinweg.

Chaban-Delmas entstammt dem liberalen Bürgertum. Er wurde 1915 als Sohn eines Industriellen in Paris geboren und absolvierte sowohl die Sorbonne als auch die „Ecole Libre des Sciences Politiques", eine Eliteschule.

Populär wurde er als Widerstandsheld im Zweiten Weltkrieg, hoch dekoriert und bis heute eine Symbolfigur der „Résistance". Er arbeitete als Spion in der Vichy-Regierung, gehörte später der Militärdelegation des „Freien Frankreichs" in London an und marschierte 1944 an der Seite de Gaulles in das befreite Paris ein. Im selben Jahr war er von de Gaulle mit 29 Jahren zum jüngsten General seit Napoleon ernannt worden. Mit dem ihm eigenen Sinn für Pathos hat er bis heute seinen „Résistance"-Namen „Chaban" als Teil seines Namens beibehalten.

Nach dem Krieg wurde Chaban-Delmas Berufspolitiker, gehörte mehreren Kabinetten als Minister an und präsidierte von 1958 bis 1969 der Nationalversammlung. Er galt lange Zeit als enger Vertrauter de Gaulles, war unter Pompidou von 1969 bis 1972 Ministerpräsident und unterhielt auch zum liberalen Giscard gute Beziehungen. Auf dessen ausdrücklichen Wunsch ließ er sich 1978 noch einmal (bis 1981) zum Präsidenten der „Assemblée nationale" wählen. Über all diese Jahre, genau seit 1947, ist Chaban-Delmas zudem Bürgermeister von Bordeaux. Dort praktizierte er oftmals, was Mitterrand für 1986 vorschweben dürfte: Politik über alle Parteigrenzen hinweg.

Wen wundert es, daß viele Franzosen Chaban-Delmas gar nicht als Gaullisten sehen? Seine Grundhaltung ist liberal. Zu seinen engsten Beratern als Premier gehörte kein Geringerer als der spätere sozialistische Wirtschaftsminister Delors. Und so wurde er 1972 von Pompidou auch jener innenpolitischen Opposition geopfert, die ihn als zu „weich" bezeichnete. Doch es wird Mitterrand zu denken geben, daß sich dies nicht nur auf seine liberalen Ansichten bezog, sondern auch ein Vorwurf mangelnder Führungsqualitäten war.



Trifft sich oft mit seinem Freund Mitterrand: Chaban-Delmas FOTO: CAMERA-PRESS

In vielen Punkten liegt Chaban-Delmas ganz auf der Linie Mitterrands. In der Außenpolitik gilt er als engagierter Europäer. Er betont seine Distanz zur Sowjetunion; 1980 brach er einen Moskau-Besuch nach zwei Tagen ab, um gegen die Verhaftung Sacharows zu protestieren.

Im innenpolitischen Kräftespiel ist Chaban-Delmas ein Gegner des Gaullistenchefs Chirac, seinerseits gewichtigster Opponent Mitterrands. 1975 legte er gar alle Parteiämter nieder, um gegen Chiracs Parteiführung zu protestieren, die er als selbstherrlich empfand. Trotzdem – oder gerade deswegen – hat Chaban-Delmas viel Gewicht im bürgerlichen Lager, mit dem Image eines überparteilichen Politikers. Und da er nicht nur einflußreich, sondern auch populär ist, drängt sich die Frage auf: Ist jener graumelierte, elegante Mann mit dem Hang zum Pathos Mitterrands Hoffnung für 1986?

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung weist Warschau die Schuld für die Besuchs-Absage zu:

Die Entscheidung von Herrn Hans-Dietrich Genscher, überraschend seinen seit langem geplanten Besuch in Polen abzusagen, ist für General Jaruzelski und dessen Militärjunta ein Schlag ins Gesicht, den sie nur sich selbst zuschreiben können. Unter den Gründen, die Herrn Genscher zu seinem Schritt bewegten, war Warschaus plumpe Warnung, er dürfe mit keiner Geste dem polnischen Volk eine moralische Unterstützung aussprechen. Das Regime sollte versuchen zu verstehen, daß derartige Gesten weder darauf abzielen, Polen zu destabilisieren, noch als Herausforderung der Machthaber gedacht sind.

Mannheimer MORGEN

In welch großen Schwierigkeiten muß Polenchef Jaruzelski stecken, wenn er es darauf ankommen läßt, den Außenminister eines Staates zu brüskieren, von dem er bessere Beziehungen und Unterstützung erwarten dürfte? Nachträglich versucht die polnische Regierung ihre Forderungen an Genscher als geringfügig herabzuspielen. Ob es von Genscher richtig war, als ein Beauftragter des guten Willens der Deutschen, mit Polen wieder auf guten Fuß zu kommen, sich in eine zwielichtige Pose zu begeben, sei dahingestellt, jedenfalls konnte er sich als Gast keine Vorschriften machen lassen.

Nordwest-Zeitung

Das Blatt geht auf Kohls Visite in Wien ein:

Bundeskanzler Helmut Kohl, dem bei Auslandsvisiten das Wort von den gastgebenden „guten Freunden" häufig viel zu schnell über die Lippen geht, bewahrte am Buß- und Bettag in Wien das richtige Augenmaß. Der sachliche Hinweis des Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland auf seinen Besuch bei Freunden traf diesmal exakt den Kern des deutsch-österreichischen Verhältnisses.

TAGESZEITUNG

Sie sieht die SPD in der Zwickmühle:

Die politischen Alternativen zum rot-grünen Bündnis – und damit zum Ausstieg aus der Atomenergie – sind nicht nur in Hessen mehr als „dünn gesät". Eine Neuauflage der Koalition mit der maroden, abgehalfterten FDP würde die Sozis bundesweit in eine schwere innerparteiliche Zerreißprobe stürzen und eine große Koalition auf Hessen-Ebene, mit dem „erklärten" Bonner Gegner, könnte die Grünen, die dann die einzige ernstzunehmende Oppositionspartei wären, über die 30-Prozent-Marke treiben.

Die unsozialen Folgen des sozialen Wohnungsbaus

Ein großes Programm ist nicht mehr zeitgemäß / Von Peter Gillies

Auch heute noch ist die staatliche Wohnungspolitik der Vision des Jahres 1950 verhaftet, als gelte es, um jeden Preis zehn oder fünfzehn Millionen Neubauwohnungen hochzuziehen. Derzeit gibt es jedoch gut 26 Millionen Wohnungen (1950 waren es 9 Milionen), aber nur etwa 25 Millionen Haushalte. Exakte Zahlen wird erst die Volkszählung ausweisen, aber hunderttausende leerstehender Wohnungen signalisieren, daß die Zeiten von Not und Mangel längst vergangen sind.

Auf diesen Wandel hat zwar der Markt längst reagiert, zögernd jedoch nur die Politik. Sie subventioniert mit Milliarden und reglementiert unverdrossen mit einem erstarrten Mietrecht, als herrsche noch die schiere Not. Eine Konsequenz hat der Bund jetzt immerhin gezogen: 1986 wird er sich aus der Förderung des sogenannten sozialen Wohnungsbaus zurückziehen. Das ist keine soziale Demontage, wie manche beklagen, sondern im Gegenteil ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und Vernunft.

Für die reine Mengenproduktion von Mietcontainern in Schlichtbauweise nach dem Kriege mag der soziale Wohnungsbau seine Förderfunktion erfüllt haben. Heute kommt die Politik um mehrere Erkenntnisse nicht herum: er ist zu teuer, wenig treffsicher, deswegen vielfach unsozial und bürokratisch. Für eine Sozialmietwohnung muß der Staat heute zwischen 150 000 und 200 000 Mark zuschießen, und auch dann ist nicht einmal sicher, ob die begünstigten Kreise sich die heruntersubventionierte Miete leisten können. Eine Eigentumswohnung zu fördern, kostet indes weniger als die Hälfte. Zudem: Wer in die eigenen vier Wände einzieht, macht meist eine Wohnung frei, nicht selten eine Sozialwohnung.

Die Sozialmieten auf Dauer unter die Marktmieten zu drücken, überfordert heute die Staatsfinanzen. Eine durchschnittliche 80-qm-Neubauwohnung mag monatlich rund 2000 Mark kosten, der Staat subventioniert die Miete auf vielleicht 550 Mark herunter. Da andererseits die Sozialmieten – trotz Subvention – vielfach bereits die Mieten freifinanzierter Wohnungen übersteigen, nimmt das Urteil nicht wunder, der soziale Wohnungsbau habe sich als institutionalisierte Verschwendung knappen öffentlichen Geldes erwiesen.

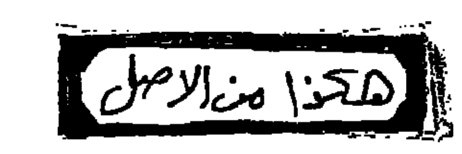
Wenn mehrere hunderttausend Wohnungen leerstehen, viele Vermieter bereits um Mieter kämpfen und Verbände zum Feilschen um die Miete auffordern, reduziert sich die Wohnungsfrage kaum mehr auf den Neubau, sondern auf die Verteilung bestehenden Raumes. Sie ist mangelhaft. Rund ein Drittel aller Sozialwohnungen (1,7 Millionen) ist von Haushalten belegt, die aufgrund wachsenden Einkommens nicht mehr zu den Bedürftigen gehören, aber gleichwohl die Mietsubvention genießen.

Zur Fehlbelegung tritt die Unterbelegung. Viele bleiben, wenn die Kinder aus dem Haus sind, in einer für sie zu groß gewordenen Wohnung. Sie möchten gern eine kleinere, stellen aber fest, daß die neue Miete höher ist als die heruntersubventionierte Sozialmiete ihrer größeren Wohnung ist. Das führt dazu, daß die Altsassen hocken bleiben, Newcomer wie junge Familien mit schmaler Geldbörse aber auf die teuren Wohnungen verwiesen werden.

Aus der Miet- und Bestandsverzerrung ergibt sich also der Anschein einer Wohnungsnot, die bei marktgerechter Verteilung gar nicht bestünde. Die Schlangen vor manchen Wohnungsämtern entkräften dieses Argument keineswegs. Nachfrage nach guten und gleichzeitig billigen Wohnungen in begehrten Ballungsräumen wird es immer geben, wieviel der Staat auch subventioniert. Mit jeder Mietsubvention heizt er Nachfrage an, die es zu Marktpreisen nicht gäbe. Würde Bonn beispielsweise mit Zuschüssen den Preis eines Volkswagens auf 5000 Mark herabdrücken, gäbe es riesige Nachfrage nach diesen „Sozialautos".

Aber in München und anderswo fehlen billige Wohnungen, wird eingewendet. Da etwa jeder fünfte Bürger gern in München wohnen möchte, sind die Mieten (wie die Einkommen) dort höher als anderswo. Geballte Zuschüsse für diesen Raum verstärkten jedoch die Zuwanderung, die nicht erwünscht sein kann. Die Miete in einer attraktiven Stadt wird und muß immer höher sein als die in einem ländlichen Raum, aus dem viele abwandern. Das Gefälle nützt beiden Regionen. Nach dem Rückzug des Bundes aus dem sozialen Mietwohnungsbau mögen Land und Stadt entscheiden, welche Wohnungen sie für welche Gruppen bezuschussen.

Das Wohneigentum ist nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die freiheitliche Alternative. Die Ballung von Immobilienbesitz bei Großgesellschaften bietet noch viel Raum dafür, daß mehr Mieter zu Eigentümern werden. Wenn auch das Mietrecht, das dem Mieter alle Rechte und dem Vermieter alle Pflichten gibt, der entspannten Marktentwicklung durch eine Liberalisierung folgte, könnte man fast von einer Wende der Wohnungspolitik sprechen.



WIE WAR DAS?

Als Börner ein Stück Zukunft sah

Von GÜNTHER BADING

Das ist ja ganz warm." Der hessische Ministerpräsident Holger Börner wunderte sich wie ein Schulbub, als er zum ersten Mal eine geringe Menge hochradioaktiven Plutoniums in Händen hielt. Wohlverpackt, versteht sich, in einer die Strahlung absorbierenden Ummantelung und dann noch einmal in dicke Plastikfolien gehüllt war das spaltbare Material, das ihm der Geschäftsführer der Hanauer Alkem-Werke, Professor Dr. Wolfgang Stoll, in die mächtigen Hände legte.

Börner, im gelben Schutzmantel und mit dem obligatorischen Strahlendosimeter, gab das Paket bald wieder an einen der Ingenieure zurück. Nicht so, als habe er Angst vor dem Material, das in Hanau zu Brennstäben für die Stromerzeugung verarbeitet wird, aus dem aber – bei anderer Zusammensetzung und in ganz anderen Mengen, als sie bei Alkem Verwendung finden – auch Kernwaffen hergestellt werden könnten. Angst, so beteuerte Börner, habe er vor dem „Zeug" keine. Aber etwas „ungewohnt" sei es schon, erstmals Plutonium „anzupacken".

Vor seiner Reise nach Hanau und Umgebung damals im November 1978 hatte sich der hessische Ministerpräsident kundig gemacht. Noch in der Fertigungshalle bei Alkem, hinter den Sicherheits- und Luftschleusen, die jeder passieren muß, gab er den Alkem- und Nukem-Technikern und seiner Begleitung seine Erkenntnisse aus einem Besuch beim Battelle-Institut preis. Börner machte kein Hehl daraus, daß er „früher" nicht unbedingt zu den Anhängern der Kernenergie gehört habe. Vor allem Sicherheitsaspekte waren es, die ihn hatten zweifeln lassen, ob dieser Weg der Energiegewinnung der richtige sei.

Nun aber sei er eines besseren belehrt worden, berichtete der „Dicke", wie ihn seine Mitarbeiter damals schon nannten. Und stolz verkündete er, daß „schon 70 Prozent des in Hessen verbrauchten Stroms aus Kernkraft kommen". Mit den Kraftwerken in Biblis gehöre das Land sogar zu den Stromexporteuren im Rahmen des mitteleuropäischen Elektrizitätsverbundnetzes. Hessen sei „wieder einmal vorn", sagte der Landeschef und setzte sich an die Spitze der kleinen Marschkolonne, die von den Fertigungsräumen zum Plutonium-Lager ging.

Von den Sicherheitsvorkehrungen für die Plutonium-Lagerung zeigte sich Börner, und nicht nur er, stark beeindruckt. Der gigantische, außen ganz mit Aluminium verkleidete würfelförmige Block sei wohl einer der sichersten Plätze in unserer Republik, verkündete Alkem-Chef Stoll. Das darin gelagerte Material sei gegen alle Extremfälle geschützt, ob nun ein Flugzeug darauf stürzen würde oder ob eine Terroristen-Gruppe einen Angriff versuchen sollte.

Fazit des damals noch nicht von einer grünen Landtagsfraktion behelligten Kabinettschefs: „Wir haben hier ein Stück Zukunft gesehen . . ."

„Hier wird niemand hinausgedrängt oder hinausgeredet"



Die Flucht von jetzt noch knapp 100 „DDR"-Bewohnern in die Bonner Botschaften in Prag, Warschau, Budapest und Bukarest wird noch lang anhaltende Probleme aufwerfen. Die „DDR" zeigt keine Kompromißbereitschaft. „Die Bedingungen für eine Lösung sind ausgereizt", heißt es in Bonn.

Von MANFRED SCHELL

Eines der schwierigsten, in den täglichen Abläufen wohl auch bedrückendsten Regierungsämter hat Staatssekretär Ludwig Rehlinger vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bei ihm liegt ein großes Stück des „operativen Teils" der Deutschlandpolitik und dazu gehören vor allem die „humanitären Bemühungen". Am 23. Oktober war Rehlinger bei den Flüchtlingen in Prag. Am Donnerstag letzter Woche bei denen, die im Botschaftsgebäude in Warschau Zuflucht gesucht haben.

Rehlinger stellt den geflohenen Landsleuten nüchtern „die Situation" dar. Da wird nichts verschwiegen, nichts geschönt. Der Mann aus Bonn weiß aus vielen Begegnungen dieser Art, daß Menschen in dieser Situation genau zuhören, jedes Wort wägen, nach Strohhalmen der Hoffnung suchen. Rehlinger sagt ihnen nicht, was sie tun sollen. Das würde aus seinem Selbstverständnis heraus seiner Aufgabe widersprechen. Zur Schilderung der „Situation" gehört, daß Rehlinger den Flüchtlingen die Gewißheit gibt, an einem sicheren Ort zu sein. „Hier passiert nichts, hier wird niemand hinausgedrängt oder hinausgeredet."

Der Staatssekretär hat dafür gesorgt, daß sie Zugang zu westlichen Medien erhalten. Das Bundespresseamt schickt Videobänder von den Nachrichtensendungen der deutschen Fernsehanstalten. Westliche Zeitungen werden eingeflogen. Die Botschaften, die für den Dienstgebrauch nur eine begrenzte Anzahl von Telefonleitungen haben, stellen bei besonderen Anliegen Telefongespräche zu Angehörigen oder Kontaktpersonen in der Bundesrepublik Deutschland her. Rehlinger hat gesagt, die Leute sollten „voll informiert sein, um sich ein eigenes Urteil bilden zu können".

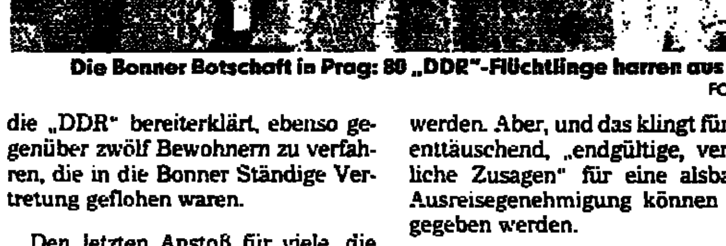
Deshalb hat der Vorwurf der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), die Flüchtlinge unterlägen einer „Kontaktsperre", in Bonn große Verärgerung ausgelöst. Bei seinen Besuchen fragt Rehlinger die Menschen nicht nach den Gründen für die Flucht. Sie interessieren ihn auch nicht vorrangig, denn er weiß um das Recht jedes Deutschen auf Freizügigkeit. Das ist natürlich nur ein Grund.

Rehlinger kennt die Situation und das Strafgesetzbuch der „DDR", genauer gesagt den Paragraphen 219, der die Verbreitung „abträglicher" Informationen unter Strafe stellt. Er will somit auch vermeiden, daß solche Gespräche in der Botschaft später als Vorwand für eine strafrechtliche Verfolgung herangezogen werden können. Denn bisher verlangt die „DDR", daß die Flüchtlinge – unter Zusicherung von „Straffreiheit" – zurückkehren. Erst dann, so die Argumentation Ost-Berlins, könnten sie in die „besonderen humanitären Bemühungen" Bonns einbezogen werden. Der Ostberliner Rechtsanwalt Vogel, der das Mandat der SED-Führung hat, wollte, daß die Bundesregierung diese „Bedingungen" an die Flüchtlinge heranträgt. Bonn hat das abgelehnt und so hat Vogel von sich aus den Weg in westliche Medien gesucht.

Das strafrechtliche Risiko, das Flüchtlinge bei „Kontakten" eingehen, hat Rehlinger veranlaßt, eine Abordnung der IGFM in Bonn zu empfangen. Ihr Verlangen war, sie wollten eine „persönliche Beratung" der Flüchtlinge in deren Ausreiseanliegen sicherstellen. Rehlinger sprach ihnen nicht den guten Willen ab, aber er machte sie zugleich auch auf die Gefährdung aufmerksam, die damit für die Flüchtlinge verbunden ist. Immerhin sind 1984 wegen der Verbreitung von „abträglichen Nachrichten" in der „DDR" mehrere Dutzend Menschen verurteilt worden. Rehlinger forderte von der IGFM eine schriftliche Mitteilung, in welcher Weise sie „konkret" die Menschen in den Botschaften beraten wolle. Die Antwort steht noch aus.

In Prag, wo sich jetzt noch rund 80 der einstmals 160 Flüchtlinge aufhalten, hatten diese „Sprecher" gewählt, die mit Rehlinger die Situation erörterten. Die Flüchtlinge in Prag sind fast nur junge Leute, die einen ordentlichen Beruf erlernt haben. Sie allesamt haben über das Westfernsehen die Entwicklung seit Anfang des Jahres verfolgt und waren schließlich zu dem Entschluß gekommen, auf den Zug „aufspringen" zu müssen.

Viele bekannten, sie hätten geglaubt, „daß es diesmal noch gut gehen wird". Ausreiseanträge hatten sie in der „DDR" häufig gestellt. Sie waren entweder ohne Antwort geblieben, oder abschlägig beschieden worden. Einzelne von ihnen hatte man aus den Behördenzimmern hinausgeworfen, als sie mit ihrem Anliegen vorsprachen. Alle haben die Nachrichten über die Flucht von sechs „DDR"-Bewohnern am 22. Januar 1984 in die US-Botschaft in Ost-Berlin und deren Ausreise in den Westen verfolgt. Zwei Tage später hatte sich die „DDR" bereiterklärt, ebenso gegenüber zwölf Bewohnern zu verfahren, die in die Bonner Ständige Vertretung geflohen waren.



Die Bonner Botschaft in Prag: 80 „DDR"-Flüchtlinge harren aus FOTO: AP



Ludwig Rehlinger: Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium FOTO: JUPP DARCHINGER

Den letzten Anstoß für viele, die jetzt in der Botschaft in Prag sitzen, hat die Nachricht über die Flucht der Stoph-Nichte im März und deren Freilassung in den Westen gegeben, obwohl Flüchtlinge, die im Mai und Juni Zuflucht in der Ständigen Vertretung gesucht hatten, erfahren mußten, daß die „DDR" dies nicht mehr zulassen will.

Rehlinger erinnerte die Flüchtlinge in Prag und in Warschau an seine damalige, wohlüberlegte Formulierung: „Die Gegebenheiten zwingen zu der Feststellung, daß über Ausreiseangelegenheiten die DDR entscheidet." Die Menschen in den Botschaften bestätigten, daß sie das gehört haben, aber sie glaubten, es geht weiterhin gut. Rehlinger muß ihnen sagen, daß dies alles inzwischen für die „DDR" eine „prinzipielle politische Frage" geworden ist und jeder von ihnen wisse, daß in solchen Angelegenheiten, in denen Prestige im Spiel ist, mit „Geld nichts zu machen ist".

Die „DDR" hat den Flüchtlingen für den Fall der Rückkehr „Straffreiheit" zugesagt. Rehlinger sagt den Menschen als „Staatssekretär der Bundesregierung", daß Rechtsanwalt Vogel, der seit 20 Jahren Gesprächspartner der Bundesregierung sei, Zusagen „noch nie gebrochen hat".

Vogel ist für die Menschen in den Botschaften eine durchaus gute Adresse, wie sie in Gesprächen sagen. Rehlinger hat sichergestellt, daß Flüchtlinge, wenn sie es wünschen, Vogel in Ost-Berlin anrufen und um anwaltlichen Beistand bitten können. Der Bonner Staatssekretär rät den Flüchtlingen, falls sie zurückkehren wollen, Vogel den Kontakt mif den öffentlichen Behörden zu überlassen. Es gebe die Zusicherung, daß Ausreiseanträge in jedem Fall bearbeitet werden. Aber, und das klingt für viele enttäuschend, „endgültige, verbindliche Zusagen" für eine alsbaldige Ausreisegenehmigung können nicht gegeben werden.

Rehlinger bleibt nur, den Menschen zu versichern, daß die Bundesregierung entsprechend der Verfassung jedem Deutschen, der in Not sei und um Hilfe bitte, diese nicht versagen werde. Bonn werde nicht ruhen, bis die Ausreiseanträge in die „besonderen humanitären Beziehungen" einbezogen seien.

Bis zum Ende dieses Jahres werden 36 000 Menschen aus der „DDR" in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sein und zwar mit Ausreisegenehmigungen Ost-Berlins. Dies ist, gemessen an den Jahren zuvor, ein absoluter Rekord. „Die Ausreisen gehen weiter. Tag für Tag kommen Leute." Diese Zahlen und Sätze sollen den Flüchtlingen in Prag, Warschau, Budapest und Bukarest sagen, daß sie trotz allem eine „reelle Chance" haben, in den Westen zu gelangen.

Aber Rehlinger sagt ihnen nicht, was sie tun oder nicht tun sollen. Er drängt schon gar nicht zur Rückkehr. In Prag haben ihn Flüchtlinge geradeheraus gefragt: „Was würden Sie an unserer Stelle tun, würden Sie zurückkehren?" Rehlinger ist nicht ausgewichen. Er hat diese Frage mit einem knappen „Ja" beantwortet, weil er weiß, daß den Leuten kaum eine Alternative bleibt.

Dennoch hat sich in Prag ein „harter Kern" zusammengefunden, der ausharren will. Rehlinger sagte ihnen weitergehende Unterstützung zu. Er will, daß auch diese Leute eine hoffnungsvolle Perspektive behalten. Dabei wissen die Betroffenen, daß ihr Vorgehen in der „DDR" nicht populär ist, vor allem nicht bei den vielen tausend Menschen, die Ausreiseanträge gestellt haben und auf eine positive Entscheidung hoffen.

Stimmen zum Tode von Matthias Walden

Der Journalist Matthias Walden, bis zu seinem Tode Mitherausgeber der Zeitung DIE WELT und Geschäftsführer der Axel Springer Holding, wird heute in Berlin, der Stadt seines Wirkens, beigesetzt. Zum Ableben des in beiden Teilen Deutschlands bekannten Publizisten erreichten die Familie des Verstorbenen und den Verleger Axel Springer viele Beileidsbekundungen und Würdigungen des Toten.

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** ehrte den Verstorbenen mit den Worten: „Der Tod von Matthias Walden berührt mich tief. Wir alle, ganz unabhängig vom eigenen politischen Standort, haben eine große Persönlichkeit des Journalismus verloren. Wer ihn gekannt hat, wird seine Freiheitsliebe und seinen unabhängigen Geist nicht vergessen. Aus den persönlichen Begegnungen mit Matthias Walden habe ich stets eine Mahnung verspürt und Hilfe gewonnen, das Wesentliche vom Beiläufigen zu unterscheiden und gewissenhaft zu handeln. Sein fester Charakter war um so eindrucksvoller, als er einen noblen und bescheidenen Menschen prägte. Wir alle werden Matthias Walden vermissen, uns aber nach seinen Maßstäben zu messen haben."

Der frühere Bundeskanzler **Helmut Schmidt** schrieb an Axel Springer: „Walden und ich haben uns seit einem Vierteljahrhundert gekannt. Wir waren politisch meist verschiedener Meinung. Aber wir wußten voneinander, daß auch der andere von ganzem Herzen und mit gleichem Tiefgang sich für die Interessen Deutschlands und für den Bestand der deutschen Nation einsetzte. Deshalb haben wir im Laufe der Jahre auch des öfteren unsere Auffassungen miteinander ausgetauscht . . . Sein Tod geht mir nahe. Ich wollte daß Sie dies wissen."

Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** bekannte: „Der Tod des Mitherausgebers der WELT geht mir sehr nahe. Er bedeutet einen herben Verlust für die internationale konservative Publizistik. Mir wird Matthias Walden als ein Mann in Erinnerung bleiben, der im christlichen Glauben verankert, von der Solidarität mit den Unterdrückten erfüllt und mit der Gabe ausgestattet war, für beides um der Menschenwürde willen die Stimme zu erheben. Ihr gilt es über seinen Tod hinaus Gehör zu verschaffen."

Bundesfinanzminister **Gerhard Stoltenberg** schrieb: „Die Nachricht vom Heimgang von Matthias Walden hat mich tief bewegt und erschüttert. Ich weiß, daß Sie mit ihm einen ganz besonders geschätzten und verdienstvollen Freund und Weggefährten verlieren."

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident **Uwe Barschel** schrieb: „Der internationale Journalismus verliert einen besonders gebildeten und scharfsinnigen Repräsentanten. Zu Recht wurde immer wieder seine politische gradlinige und persönliche Ehrenhaftigkeit von Gleich- und Andersdenkenden hervorgehoben."

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, **Peter Rebsch**, schrieb: „In Matthias Walden verliert Berlin einen hervorragenden Publizisten und einen engagierten Verfechter des demokratischen Rechtsstaates. Matthias Walden hat immer wieder daran erinnert, daß Freiheit keine Selbstverständlichkeit, sondern ein kostbares Gut ist, das wir alle sorgfältig bewahren müssen."

Jerusalems Bürgermeister **Teddy Kollek** kabelte: „Die Nachricht vom Tode Matthias Waldens traf uns unerwartet und war daher um so erschütternder, war es doch erst gestern, daß wir ihn hier in Jerusalem begrüßen durften. Welch großer Verlust für Deutschland, und über dessen Grenzen hinaus, von nun an auf Matthias Waldens unermüdliche und unbequeme Aufrufe an Gewissen und Bewußtsein verzichten zu müssen."

Der Bonner Justizminister **Hans Engelhard** erklärte: „Die deutsche Publizistik verliert mit Matthias Walden einen ihrer profiliertesten Vertreter, dessen unermüdliches und leidenschaftliches Eintreten für die Einheit Deutschlands, die Freiheit Berlins und für die Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden unvergessen bleiben wird."

Im Namen der CDU/CSU-Fraktion schrieb deren Vorsitzender **Alfred Dregger**: „Ich habe Matthias Walden immer als kritischen Wegbegleiter empfunden, der insbesondere die Phase meines politischen Wirkens in Hessen mit besonderer Intensität verfolgt hat. Seine Worte waren scharf, seine Thesen zwangen zur Auseinandersetzung – verletzend war sein Journalismus nie. Sein Wirken galt der Freiheit, dafür gebührt Matthias Walden Dank über den Tod hinaus."

Der Botschafter des Staates Israel in Bonn, **Jitzhak Ben-Ari**, telegrafierte: „Wir betrauern mit Ihnen das so frühe Ableben von Matthias Walden. Seine Liebe zu Deutschland, seine Menschlichkeit, sein Geschichtsbewußtsein und Verantwortungsgefühl werden uns stets in Erinnerung bleiben."

Der Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens, **Professor Dieter Stolte**, schrieb an Axel Springer: „Matthias Walden gehörte zu den herausragenden deutschen Journalisten, die nicht müde geworden sind, sich in Wort und Schrift für die Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes einzusetzen. Gerade in seiner Überzeugungstreue und Geradlinigkeit war er vielen jüngeren Journalistenkollegen des Rundfunks ein Vorbild."

Rias-Intendant **Peter Schiwy**: „Ich trauere mit Ihnen um einen großen journalistischen Streiter und Kollegen im Kampf für Freiheit und Menschenrechte. Sein unermüdlicher Einsatz für unser Berlin bleibt unvergessen."

SFB-Intendant **Lothar Loewe**: „Matthias Walden war ein aufrechter Mann, der zu seiner Meinung stand, ein glühender Demokrat, der jede Form der Intoleranz und des Totalitarismus verabscheute. Das Schicksal des geteilten Deutschlands beschäftigte ihn bis in die letzten Stunden seines Lebens. Er war ein deutscher Patriot."

Für den Bundesverband deutscher Zeitungsverleger erklärte dessen Präsident **Alfred Neven Dumont**: „Mit dem Namen des Verstorbenen verbindet sich ein mutiges und konsequentes Engagement für unser freiheitliches Staatswesen. Durch sein reiches publizistisches Wirken über den Tag hinaus wird er der deutschen Presse unvergessen bleiben."

Rehberger: Die wichtigste Wahl seit der Volksabstimmung 1955

Union warnt vor einem rot-grünen Bündnis / Ruin des Landes prophezeit

GEORG BAUER, **Saarbrücken**

Die Karten sind gemischt und verteilt. Klar ist auch, welche der vier maßgeblichen Spieler, die bei der Landtagswahl im Saarland am 10. März um die (Prozent-) Punkte kämpfen, zusammenspielen. Auf der einen Seite sitzen – nach der eindeutigen Absage des FDP-Vorsitzenden und Wirtschaftsministers, Horst Rehberger, eine Koalition mit der SPD unter Führung ihres Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine einzugehen – Christdemokraten und Freidemokraten. Und ihnen gegenüber rücken Sozialdemokraten und Grüne zusammen, deren Sympathie füreinander zwar offensichtlich ist, die jedoch noch nicht wissen, ob sie sich gegenseitig *mit guten Karten* bedienen oder nur nicht ausstechen wollen.

Lafontaine signalisierte Entschlossenheit. Hatte der SPD-Landesvorsitzende, *der am Sonntag auf dem Landes*-Parteitag seine Linie gegenüber den Grünen wohl bekräftigen wird, doch erklärt, er dulde eher bis zu *einem* erneuten Urnengang *einen* geschäftsführenden Ministerpräsidenten Werner Zeyer, als daß er sich von den Grünen – sei es nun bei Koalitions- oder Tolerierungsverhandlungen einer SPD-Landesregierung – erpressen lasse. Doch auch sein Parteifreund Börner, dank der Hilfe durch *die Grünen Ministerpräsident* in Hessen, ließ einst wissen, daß er gegenüber den Grünen eine Politik der Härte einschlagen wolle. Auch Hans Apel, SPD-Spitzenkandidat in Berlin meinte zu einer SPD/Grünen-Partnerschaft, für Hessen und das Saarland sei das machbar, für Berlin aber nicht.

An diesem Punkt hakt die in Saarbrücken regierende CDU/FDP-Koalition mit zunehmender Schärfe ein. Eine rot-grüne Zusammenarbeit an der Saar, so vernimmt man aus den Reihen der Koalition, würde das Land mit seinen enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Ruin führen.

Wirtschaftsminister Rehberger *stufte die Entscheidung am 10. März* sogar als die „wichtigste Wahl der Saarländer seit der Volksabstimmung 1955" ein. Hunderttausende, so warnte er gegenüber der *WELT*, müßten auf der Suche nach Arbeit das Saarland verlassen, wenn die Grünen mit an die Regierung kämen.

Einen noch schärferen Ton schlug er an, als er sich zum Thema Arbed-Saar äußerte, das – abgesehen vom Umweltschutz – Wahlkampfthema Nummer eins sein wird. „Es käme Lafontaine zupaß, wenn Arbed in Konkurs ginge", sagte er. Dann hätte Lafontaine die Wahl gewonnen, sein Weg in die Staatskanzlei wäre aber mit Zehntausenden von Arbeitslosen gepflastert.

Der Verdacht, daß der SPD-Landesvorsitzende die Stimmung in der Bevölkerung über eine wachsende Konkursgefahr des Unternehmens gegen die Landesregierung aufbringen will, drängt sich nach Meinung



Rehbergers um so mehr auf, als auch der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende bei Arbed-Saar, der Gewerkschafter Rudolf Judith, in einem Interview mit dem Wirtschaftsmagazin „Capital" für einen Konkurs plädiert haben soll. Hier könne man den Eindruck gewinnen, daß Judith, der die Passage des Interviews dementiert hat, „mit seinem Freund, dem SPD-Landesvorsitzenden Lafontaine", ein „abgekartetes Spiel" getrieben habe.

Schließlich habe der Sozialdemokrat, so Rehberger, wenige Tage vor der Äußerung Judiths die Nützlichkeit der Finanzspritze für Arbed-Saar in Höhe von 72 Millionen Mark durch die EG-Kommission angezweifelt. Damit sei Lafontaine der Landesregierung in ihrem Bemühen um die wirtschaftliche Gesundung des Unternehmens einmal mehr in den Rücken gefallen. Auch Ministerpräsident Zeyer hatte Judith kritisiert. „Es ist schlimm, wie hier Leute bewußt verunsichert werden".

Eine Lösung des Problems „Arbed" verspricht sich die Landesregierung *von den Ratschlägen einer seit* kurzem tätigen Unternehmensberatergruppe. Erste Teilergebnisse sollen noch in diesem Jahr vorliegen. „Wenn das Ergebnis Hand und Fuß hat, dann muß das getan werden, was notwendig ist", meinte Rehberger. In der Vergangenheit sei eine Sanierung des Unternehmens vor allem deshalb gescheitert, weil man immer die am wenigsten schmerzhafte Therapie angewandt habe. Grundsätzlich aber müsse es der Landesregierung gelingen, glaubwürdige Positionen bei Arbed-Saarstahl zu vertreten.

Glaubwürdigkeit – ein Stichwort, das für die Stimmabgabe der Saarländer von entscheidender Bedeutung sein wird. Garantiert die Landesregierung, so wird sich mancher Wähler fragen, nach den verschiedenen kurzatmigen Rettungsaktionen diesmal ein Konzept zur langfristigen Sanierung? Oder hängt das Unternehmen weiter am Beatmungsgerät ohne Aussicht auf eigene Lungentätigkeit?

Die Geduld der Saarländer, die so oft in den Abgrund schauten, scheint nicht endlos strapazierbar. Auf diese Einstellung spekuliert wohl auch die SPD. Die Sozialdemokraten, die seit Jahren predigen, Arbed-Saar als ein zum luxemburgischen Arbed-Konzern gehörendes Unternehmen in die deutsche Stahlindustrie zu re-integrieren, fordern die Entscheidung des Problemfalles mit seinen mehr als drei Milliarden Mark hohen Verbindlichkeiten. Auf eine einfache Formel gebracht, heißt dies: Zuschüsse statt Bürgschaften. Der Staat soll's regeln.

Ob das Konzept der Sozialdemokraten, die der Regierung vorwerfen, sich *nie durch ein entschiedenes Nein* zur Kernenergie eindeutig für die Kohle ausgesprochen zu haben, das Ei des Kolumbus ist? Lafontaine ließ wissen, daß es auch bei einer SPD-Landesregierung nicht ohne soziale Härten abgehe, doch wie und was genau geschehen müsse, kann auch die SPD nicht sagen. Der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Burghard Schneider, erklärte dies mit dem Fehlen von Detailinformationen. Seit 1980 habe Zeyer kein Gespräch mehr mit Lafontaine geführt.

Haben die Saarländer also nur die *Wahl zwischen Skylla und Charybdis*? Mit Blick auf die Folgen einer möglichen rot-grünen Zusammenarbeit meinte Rehberger: „Die Wähler müssen sich fragen, ob sie diese Politik wollen."

„Lasten des Sparens auf alle Schultern verteilen"

Die Union ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe auf der Suche nach einer Ersatzlösung für die Investitionshilfe*abgabe. Der Generalsekretär der* CDU, Heiner Geißler formuliert in einem Gastbeitrag für die WELT seine Vorstellungen.

Von HEINER GEISSLER

Die CDU besteht nach der Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe auf einem Ausgleich für den Wegfall der Investitionshilfeabgabe, denn die Lasten der gewaltigsten Sparaktion *in der Geschichte der* Bundesrepublik (über 40 Mrd. seit 1982) müssen auf alle Schultern verteilt werden. Dies gilt vor allem auch deshalb, weil *die Bürger zum Sparen bereit* sind. Allerdings müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Das Sparen muß einen Sinn haben und

2. die Bürger müssen darauf vertrauen können, daß es in diesem Staat gerecht zugeht.

Nur wenn diese beiden Bedingungen erfüllt sind, bleibt in der Bevölkerung ein Konsens über die notwendige Politik der Bundesregierung erhalten.

Der Erfolg des Sparens ist bereits offenkundig: Die Wirtschaft wächst wieder, die Exporte steigen, wir haben Preisstabilität wie zu Ludwig Erhards Zeiten, die Zahl der Kurzarbeiter geht zurück.

Frage der Gerechtigkeit

Bei der Suche nach einer Ersatzlösung für die richtige Investitionshilfeabgabe muß nun die Frage nach der Gerechtigkeit beantwortet werden. Es ist bedauerlich, daß sich die Diskussion um alternative Lösungen auf eine Auseinandersetzung um die Ergänzungsabgabe zugespitzt hat.

Die Ergänzungsabgabe ist aus verschiedenen Gründen problematisch: Sie ist eine Steuer, die nur der Bund bekommt; *sie kann nur* erhoben werden, wenn ein unabweisbarer Bedarf des Bundes besteht, der auf andere Weise nicht gedeckt werden kann; und Ausnahmen für Handwerker und *Unternehmer, die investieren*, sind nur sehr schwer möglich.

Für die Suche nach einer Ersatzlösung ist es daher ein Gebot der Stunde, den Sachverstand aus Wissenschaft und Politik dafür einzusetzen, einen gangbaren und praktikablen Weg zu finden, für den auch weiterhin der Grundsatz gilt, Investitionen von dieser Belastung auszunehmen, da damit bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Handwerker und Unternehmer, die investieren, dürfen also nicht bestraft werden.

Soziales Gewissen

Aber wenn z. B. Rentner einen Krankenversicherungsbeitrag zur Sanierung des Sozialhaushalts zahlen müssen, und Arbeitnehmer mit der Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung an der Sparaktion beteiligt werden, dann kann Ministern, Intendanten, Chefredakteuren, Fernsehstars und Fußballspielern, also Höherverdienenden, auch ein entsprechendes Opfer zugemutet werden.

Bei dieser Diskussion wird der *Eindruck vermittelt, als solle auf die* Höherverdienenden eine zusätzliche Belastung zukommen. Es geht jedoch lediglich darum, eine Ersatzlö*sung für die nichtige Investitions*hilfeabgabe zu finden. Die Frage nach einer Ersatzlösung ist nicht vom Neid bestimmt wie manche *meinen, denn Neid ist ein schlechter* Ratgeber. Die Union hat vielmehr ein soziales Gewissen, es geht ihr um einen gerechten Weg. Würden beispielweise die Konsequenzen des wenig hilfreichen Wortes von der „Neidsteuer" zu Ende gedacht, so bedeutete dies schlußendlich, die Steuerprogression zu beseitigen.

Für die Suche nach Ersatzlösungen muß gelten, daß die politische Diskussion *nicht* ausufern darf. Die Zielrichtung einer nach vorn gerichteten Diskussion um die richtige Investitionshilfeabgabe muß klar sein: *Zwar ist die Zwangsanleihe* verfassungwidrig, doch wird damit keineswegs die Zielsetzung – nämlich alle Bürger an den Sparmaßnahmen zu beteiligen – nichtig.

„Kernpunkt ist die Entlastung von Steuern"

HH. Bonn

„Für überflüssig und schädlich" hält Theo Waigel, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, die Diskussion in der Bonner Koalition über einen Ersatz für die gescheiterte Zwangsanleihe. „Eine Ergänzungsabgabe wird es mit der CSU nicht geben", bekräftigt er die Position seiner Partei in der Münchner „Abendzeitung". Doch fällt sein Widerstand gegen eine Verschiebung von Steuervorteilen für Besserverdienende im Rahmen der 1986 beginnenden Steuerreform nicht ganz so deutlich aus. Davon halte er „nicht viel". Ein Kernpunkt der wirtschaftspolitischen Strategie sei die geplante Steuerentlastung. Die Erhebung einer Ergänzungsabgabe oder auch eine verminderte Entlastung „wären kontraproduktiv und somit das genaue Gegenteil von dem, was mit der Steuerreform erreicht werden soll". Für Waigel stellt sich nicht die Frage, „ob Handlungsbedarf besteht, sondern ob etwas richtig ist oder nicht". Die CSU werde geschlossen gegen den Gesetzentwurf für eine Ergänzungsabgabe stimmen, den die SPD in der nächsten Woche im Bundestag einbringen will.

Kujau wurde im Gerichtssaal festgenommen

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Der 46jährige Fälscher der Hitler-Tagebücher, Konrad Kujau, der vor einer Woche nach einem Haftverschonungsbeschluß der Großen Strafkammer 11 des Hamburger Landgerichts aus der Untersuchungshaft entlassen worden war, ist gestern im Gerichtssaal erneut festgenommen worden. Zuvor hatte der Erste Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts einer Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen die Freilassung Kujaus stattgegeben und den Haftverschonungsbeschluß der Strafkammer aufgehoben.

Von der erneuten Festnahme, die zu Beginn der Mittagspause stattfand, war Kujau offenbar völlig überrascht. Sein Verteidiger, Kurt Groenewald, erklärte, es sei ungewöhnlich, daß weder er noch sein Mandant vor der Entscheidung angehört worden sei. Das Oberlandesgericht habe damit nur nach der Aktenlage entschieden. Begründet hatte das OLG seinen Be*schluß ebenso wie die Staatsanwalt*schaft ihre Beschwerde mit dem Hinweis, angesichts der für Kujau zu erwartenden hohen Freiheitsstrafe bestehe weiter eine erhebliche Fluchtgefahr. Die Strafkammer hatte demgegenüber vor einer Woche ihren Haftverschonungsbeschluß auf die Feststellung gestützt, die Flucht- und Verdunkelungsgefahr habe erheblich abgenommen, weil inzwischen alle Zeugen zum Komplex des Angeklagten Kujau vom Gericht angehört worden seien. Kujau ist ebenso wie der frühere „Stern"-Reporter Gerd Heidemann des schweren Betrugs angeklagt. Der Militaria-Händler aus Stuttgart hat, wie berichtet, die Fälschung der Tagebücher gestanden.

Vor der erneuten Festnahme Kujaus hatte das Gericht die Vernehmung des Zeugen Thomas Walde fortgesetzt, der als Ressortleiter für Zeitgeschichte im „Stern" der Vorgesetzte Heidemanns gewesen war. Walde sagte aus, er und Heidemann hätten dem Vorstand des Verlages Gruner + Jahr empfohlen, die Chefredaktion nicht in die Recherchen einzuweihen. Der Vorstand unter dem damaligen Vorsitzenden Manfred Fischer sei diesem Rat gefolgt. Als das erste Exemplar der Tagebücher im Verlag eingetroffen sei, habe Fischer ihn, Walde, und Heidemann beauftragt, das Projekt weiter zu betreiben. Dieses erste Tagebuch habe bei den damit befaßten „Stern"-Redakteuren ein „*ambivalentes Gefühl*" *ausgelöst*: „Das Monstrum Hitler hat es geschrieben." Heidemann habe schon Anfang 1981 vorgeschlagen, möglichst *viele Historiker unterschiedli*cher Richtung einzubeziehen, um die Echtheit der Bücher sorgfältig zu überprüfen. Die Chefredaktion sei erst *im Mai 1981 über die* Tagebuch-Recherchen informiert worden, nachdem Heidemann auf ein anderes Thema angesetzt werden sollte. Walde: „*Uns war nicht wohl zumute*, aber wir wären stolz, als wir der gekränkten Chefredaktion von unserer Arbeit berichteten."

Keine Alternative zu neuer Technologie

DW. Bochum

Wissenschaft und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland haben nach Überzeugung von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) keine andere Wahl, als neue Techniken *komplett zu* entwickeln und möglichst schnell anzuwenden. Anderenfalls würden diese Technologien importiert, betonte der Politiker bei einer Fachtagung der nordrhein-westfälischen CDU gestern in Bochum. Dies aber hätte für ein so exportabhängiges Hochlohnland wie die Bundesrepublik unabsehbare Folgen – auch auf dem Arbeitsmarkt.

Hilfegesetz für ehemalige Häftlinge aus der „DDR" wird unterlaufen

Bund und Länder legen „persönliches Verhalten" neu aus / Der Fall Gisela Putzke

XING-HU KUO, **Frankfurt**

Die Kellnerin Gisela Putzke aus Frankfurt/Oder wurde am 24. Oktober 1976 am Grenzübergang Marienborn bei einem Fluchtversuch vom Staatssicherheitsdienst (SSD) der „DDR" verhaftet. Sieben Jahre verbrachte die damals 20jährige Frau unter unmenschlichen Bedingungen im Frauenzuchthaus Hoheneck. Die *langjährige Freiheitsstrafe war die* Rache des SSD: Frau Putzke hatte sich hartnäckig geweigert, als Serviererin Gäste zu bespitzeln. Der Fluchtversuch *war die verzweifelte Tat der* jungen Frau, sich dem wachsenden Druck der „DDR"-Geheimagenten zu entziehen. 1983, von Bonn freigekauft (für ihre Freilassung hatten sich zahlreiche Politiker, darunter der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, eingesetzt), begann in der Bundesrepublik ein neuer Kampf, diesmal gegen die hessischen Behörden.

Strengere Maßstäbe

*Der Regierungspräsident in Darm*stadt lehnt es ab, Frau Putzke Eingliederungshilfe nach Paragraph 9b des Häftlingshilfegesetzes (HHG) zu ge*währen. Dieser Paragraph sieht vor*, daß ein ehemaliger politischer Häftling, der länger als zwei Jahre inhaftiert war und „nur wegen seines per*sönlichen Verhaltens" in* Gewahrsam gehalten wurde, erhebliche finanzielle Leistungen bekommen soll.

Im Fall der Frau Putzke und in zahlreichen ähnlichen Fällen werden allerdings seit Mai 1983 strengere Maßstäbe angewandt als bisher. Nach bisheriger Verwaltungs- und Rechtspraxis wurde das „persönliche Verhalten" so gewertet, daß ohne dieses Verhalten der Antragsteller „nicht in Gewahrsam genommen worden wäre". *Nach dieser Definition* hätten die meisten politischen Häftlinge aus der „DDR", sofern sie länger als zwei Jahre im Gefängnis waren, einen An*spruch auf diese Hilfe*.

Die Flüchtlingsbehörden in Hessen und anderen Bundesländern verweisen auf eine Vereinbarung zwischen dem *Bundesinnenminister und den* Länderverwaltungen vom Mai 1983 in Lübeck, die eine strengere Auslegung dieses „persönlichen Verhaltens" *vorsieht. Nunmehr sollen* 9b-Leistungen nur dann erfolgen, wenn der Betroffene „wegen seiner politischen Tätigkeit oder politischen Meinungsäußerung sich in einer besonderen Zwangslage befunden hat, aus der er sich durch die Flucht aus dem Gewahrsamsstaat befreien wollte". Vor allem die Formulierung „besondere Zwangslage" öffnet der Verwaltung Tür und Tor für Ablehnungsbescheide, die jetzt in immer größerer Zahl gerade den langjährigen Opfern der SED-Justiz ins Haus flattern.

Im Falle von Frau Putzke schrieb die Darmstädter Behörde am 29. Juni 1984 wörtlich: „In der bloßen Abwendung von der DDR ist aber keine politische Widerstandshandlung im Sinne von Paragraph 9b HHG zu sehen." Ferner heißt es: „Ob die Dauer der Haft möglicherweise auch von Ihrer nachträglichen Weigerung abhängig war, für das Ministerium für *Staatssicherheit zu arbeiten, läßt sich* nicht feststellen und ist auch nicht entscheidungserheblich."

Frau Putzke hat am 7. November dieses Jahres das Land Hessen beim Verwaltungsgericht Darmstadt auf Zahlung der HHG-Leistungen nach Paragraph 9b verklagt. Sie habe durchaus durch „mein persönliches Verhalten alle Werbeversuche des MfS, auch unter dem Druck der Verhaftung, abgelehnt". Die Bewertung ihres Falles sei, so Frau Putzke verbittert, „eine indirekte Aufforderung zur Mitarbeit" für den SSD der „DDR".

Einen ähnlichen Ablehnungsbescheid erhielt das Spitzensportlerehepaar Joachim und Monika Weiser, die nach dreijähriger politischer Haft im Frühjahr 1984 in den Westen gekommen sind. Der Hammerwerfer und Trainer Joachim Weiser und seine Frau, Physiotherapeutin der Handballnational- und Olympiamannschaft der „DDR", wurden nach einem Fluchtversuch in Bulgarien zu drei Jahren Haft verurteilt. Frau Weiser, im siebten Monat schwanger, mußte nach der Entbindung ihre Strafe antreten. Das neugeborene Kind haben die Eltern erst drei Jahre später wiedergesehen.

Scharfe Kritik der Hilfsorganisationen

Zur Flucht hatte sich das Ehepaar entschlossen, nachdem der SSD sie zu Spitzeltätigkeiten aufgefordert hatte. Auch hier teilte der Regierungspräsident in Darmstadt mit, „Handlungen, die nur darauf gerich*tet sind, sich dem Einfluß des herr*schenden politischen Systems zu entziehen (zum Beispiel versuchte Republikflucht oder Kontakt mit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin), seien „kein persönliches Verhalten" im Sinne des HHG-Paragraphen 9b.

Mit Ausnahme von Berlin, wo durch den Blick auf Mauer, Minenfelder und Stacheldraht das politische Fingerspitzengefühl gegenüber den Opfern der SED-Justiz offenbar noch nicht so verkümmert ist wie sonst bundesweit, gibt es neuerdings sehr viele solcher Bescheide.

Hilfsorganisationen, die diese Praxis mit zunehmender Sorge beobachten, kritisieren deshalb die neue, verschärfte Auslegung des „persönlichen Verhaltens" als ungesetzlich und vor allem unmenschlich gegenüber den längere Zeit in „DDR"-Gefängnissen Inhaftierten. Ehrhard *Göhl von der „Internationalen* Gesellschaft für Menschenrechte" (IGFM) in Frankfurt zur WELT: „Es ist unzumutbar für die Leidgeprüften aus der *DDR, sich nach langer Haft mit den* westdeutschen Behörden gerichtlich herumzuschlagen. Oft haben sie auch Angst, dies zu tun, da es drüben keine Verwaltungsgerichtsbarkeit gibt. Sie resignieren dann häufig." Das IGFM-Vorstandsmitglied, das viele solcher Fälle für die Betroffenen aufgegriffen und die Ex-Häftlinge auch vertreten hat, fordert die Bundes- und Landesbehörden auf, zur früheren gesetzeskonformen Praxis zurückzukehren. Das neue Abkommen zwischen Bonn und den Flüchtlingsverwaltungen sei ein unzulässiges „Unterlaufen des Häftlingshilfegesetzes". Der Freikauf von Häftlingen solle nicht dazu führen, daß man „Menschen ans rettende Ufer bringt, ohne Wiederbelebungsversuche zu machen".

Ein Signal aus Karlsruhe

Inzwischen haben die Betroffenen ein Signal aus Karlsruhe erhalten. Das dortige Verwaltungsgericht hat am 23. August einem Kläger recht gegeben, dem ebenfalls die HHG-Leistungen nach Paragraph 9b wegen angeblich unzureichenden „persönlichen Verhaltens" verweigert worden waren (Az: 3K 60/84). Wörtlich: „Denn nach wie vor gilt, wie das Bundesverwaltungsgericht bereits in einem Urteil vom 12.4.1978 entschieden hat, daß auch das HHG den Bewohnern der DDR grundsätzlich nicht zumutet, sich Verhältnissen anzupassen, wenn sie es nicht wollen. Wie das Bundesverwaltungsgericht ausge*führt hat*, ist die Ausreisefreiheit nach freiheitlich-demokratischer Auffassung ein so hohes Rechtsgut, daß der Staat es seinen Bewohnern so unein*geschränkt wie möglich gewähren* muß. Das in der praktischen Wirkung nahezu uneingeschränkte Verbot der Ausreise auf Dauer, das die DDR *über ihre Bewohner verhängt hat*, ist nicht freiheitlich. Der einzelne muß sich dem Machtanspruch entziehen können, der ihm eine wesensgemäße Entfaltung seiner Persönlichkeit verwehrt . . ."

Ein Posten für Wiesheu

Neuer Geschäftsführer der *Hanns-Seidel-Stiftung*

PETER SCHMALZ, **München**

Neuer Posten für den CSU-Politiker Otto Wiesheu: Der Vorstand der CDU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung beschloß gestern in München, den wegen eines Verkehrsunfalls mit Todesfolge beurlaubten CSU-Generalsekretär mit Wirkung vom 1. Dezember zum neuen Geschäftsführer zu berufen. Er wird damit die Nachfolge des ehemaligen Strauß-Referenten Wolfgang Maurus antreten, dem künftig als Abteilungsleiter die Bereiche Koordinierung und Außenorganisation unterstehen.

Mit der gestrigen Entscheidung beendete die CSU-Führung eine seit Monaten anhaltende Spekulation über die politische Zukunft des 40jährigen Nachwuchspolitikers, dessen steile Karriere im Oktober vergangenen Jahres durch einen schweren Verkehrsunfall unterbrochen wurde. Wiesheu hatte mit seinem Dienstwagen unter Alkoholeinfluß einen Fiat 500 gerammt, dessen Fahrer getötet wurde. Das Amtsgericht München verurteilte den CSU-Politiker daraufhin zu 13 Monaten ohne Bewährung. Wiesheu legte gegen dieses Urteil Berufung ein, der Termin der zweiten Verhandlung ist noch offen.

Abgeschlossen hat Wiesheu gestern auch das Kapitel Generalsekretär. Nach dem Unfall war er auf eige*nen Wunsch beurlaubt worden, die* Funktion des CSU-Generalsekretärs nimmt seither der CSU-Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag, Ge*rold Tandler*, wahr. *Wiesheu* erklärte von sich aus, eine Rückkehr in dieses Amt komme für ihn nicht mehr in Betracht. Damit ist eine wichtige Voraussetzung geschaffen, daß Tandler vom CSU-Vorstand am 3. Dezember beauftragt werden kann, bis zur Bundestagswahl 1987 auf diesem Posten zu verbleiben.

Dagegen erhält Wiesheu, dessen Fähigkeiten von Strauß und Tandler hoch geschätzt werden, als Geschäftsführer der Stiftung die Chance, in einer von der Öffentlichkeit weniger beachteten Position politisch aktiv zu bleiben. Der Jahresetat der Stiftung beträgt rund 40 Millionen Mark, die Hälfte davon wird für Projekte in Entwicklungsländern verwendet.

Worte gegen Gewehre

Der Sender „Freies Afghanistan" vor der Realisierung

WALTER H. RUEB, **Bonn**

Die „Gesellschaft für Menschenwürde, Befreiung und Humanität" in Stuttgart ist ihrem Ziel, in Afghani*stan den UKW-Sender „Stimme* freies Afghanistan" zu installieren, ein wichtiges Stück näher gekommen. Tragbares Mini-Studio sowie 30-Watt-Sender *mit Batterieversorgung* sind produktionsreif und bei einer japanischen Firma in Auftrag gegeben worden.

„Wo Menschen *hingemetzelt* werden, müssen zumindest die Todesschreie in die freie Welt übertragen werden", sagte Bundeswehr-Major *Erik Kothny*, Gründer und Vorsitzender der Gesellschaft, über Sinn und Ziele seiner Initiative. „Denn wenn es uns nicht gelingt, die Berichterstat*tung aus Afghanistan zu verstärken*, wird dieser Völkermord unter Ausschluß der Öffentlichkeit weitergehen."

*Trotz der Weigerung des Stuttgar*ter Finanzamtes, der Gesellschaft den Status der Gemeinnützigkeit zu gewähren, sind Kothny und seine *Freunde optimistisch*, die für eine Realisierung des Projekts notwendigen Finanzmittel zusammenzubekommen. Bisher ist das Spendenaufkommen zufriedenstellend.

In einer Versammlung wurden jetzt die künftigen Aktivitäten festgelegt. Anfang Dezember soll in der Stuttgarter Innenstadt zusammen mit der Jungen Union ein Info-Stand eingerichtet werden, am 27. Dezember, dem fünften Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan, soll in einer Versammlung die Sum*me sämtlicher Spenden ermittelt*, bekanntgegeben und über ihre Verwendung entschieden werden.

Im Januar 1985 will Kothny bei einem Besuch in Peschawar alle Gruppen des afghanischen Widerstandes für eine Mitarbeit und Unterstützung des „Senders freies Afghanistan" gewinnen. „Es ist geplant, den Sender nach rein journalistischen Gesichtspunkten zu betreiben", sagte Kothny. „Wir hoffen, daß junge Afghanen in der freien Presse der Bundesrepublik geschult werden können. Nur wenn es gelingt, Verleger, Journalisten-Organisationen und Redakteure für das Projekt zu gewinnen, kann die Berichterstattung aus Afghanistan verstärkt werden. Nicht Propaganda wird unsere Arbeit sein, sondern die Wahrheit. Und wir wollen das Wort gegen die Kalaschnikow setzen. Das Wort wird siegen."

Die erste Sendung für die „*Stimme* freies Afghanistan" soll im Frühjahr in der Schwabenlandhalle in Stuttgart-Fellbach öffentlich aufgezeichnet werden. Deutsche und afghanische Künstler haben ihr Mitwirken bereits zugesagt. Die Sendung „Ein Lied für die Freiheit" wird durch politische Referate, Interviews, Nachrichten und Meinungen vervollständigt.

Geringeres Nettoeinkommen durch höhere Abzüge vom Weihnachtsgeld

Jetzt jährliche Bemessungsgrenze für Beitragsberechnung von Sonderzahlungen maßgebend

PETER JENTSCH, Bonn

Wer in diesen Tagen mit seinem Lohn oder Gehalt das Weihnachtsgeld erhält, wird feststellen, daß im Vergleich zum vergangenen Jahr höhere Abzüge zu einem geringeren Nettoeinkommen führen. Der Grund: Das Weihnachtsgeld wird stärker als bisher in die Beitragspflicht zur Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung) einbezogen.

Eingeführt wurde diese Regelung durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984. Danach ist für die Beitragsberechnung von Sonderzahlungen nicht mehr die monatliche, sondern die anteilige jährliche Beitragsbemessungsgrenze (sie wird jährlich der Gehaltsentwicklung angepaßt) maßgebend. In diesem Jahr liegt die Beitragsbemessungsgrenze für die Renten- und Arbeitslosenversicherung bei 5200 Mark, für die Krankenversicherung bei 3900 Mark.

Mit der neuen Regelung wurde zunächst mehr Gerechtigkeit erreicht. Dazu ein Beispiel: Ein Arbeitnehmer erhielt 1983 zwölf gleiche Monatsgehälter à 3750 Mark, im Jahr also 45 000 Mark. Davon zahlte er 7785 Mark an die Sozialversicherung. Das Jahreseinkommen eines Kollegen ist mit 45 000 Mark gleich hoch, nur erhielt er es anders verteilt: nämlich monatlich 3200 Mark und zusätzlich im Sommer und zu Weihnachten mit jeweils 6500 Mark gut zwei Monatsgehälter. Er zahlt im Jahr nur 7116 Mark Sozialversicherungsbeiträge – immerhin 669 Mark weniger als sein Kollege mit dem gleichen Jahreseinkommen. Diese Ungerechtigkeit ist jetzt beseitigt.

Wie nach dem neuen Recht die Beitragsberechnung erfolgt, mag ebenfalls ein Beispiel verdeutlichen: Bei einem Monatsgehalt von 4000 Mark und einem im November gezahlten Weihnachtsgeld in gleicher Höhe wären nach altem Recht bei einer monatlichen Beitragsbemessungsgrenze von 5200 Mark nur 1200 Mark des Weihnachtsgeldes (5200 minus 4000 Mark) in der Renten- und Arbeitslosenversicherung beitragspflichtig.

Nach dem neuen Recht werden hingegen die (im November erreichten) Jahresanteile berechnet. Nämlich: elfmal 5200 Mark, also 57 200 Mark, steht ein (erreichtes) Jahresgehalt von 44 000 Mark (elfmal 4000 Mark) gegenüber. Damit liegt die Jahresbeitragsbemessungsgrenze um 13 200 Mark über dem Jahreseinkommen. Damit ist auch das „elfte Gehalt", das Weihnachtsgeld, voll beitragspflichtig.

Anders ausgedrückt: Bisher waren vom Weihnachtsgeld in Höhe von 4000 Mark 1200 Mark beitragspflichtig. Für die zusätzlich beitragspflichtigen 2800 Mark (4000 minus 1200 Mark) ergibt sich folgende Rechnung: Der Beitrag liegt – bei einem Beitragsanteil des Arbeitnehmers von 9,25 Prozent in der Renten- und 2,3 Prozent in der Arbeitslosenversicherung – um rund 320 Mark höher als nach altem Recht. Eine Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung entfällt, da das Monatsgehalt von 4000 Mark bereits über der Bemessungsgrenze von 3900 Mark liegt.

Betroffen sind alle Arbeitnehmer, die bei einem Monatseinkommen von 2600 bis 5200 Mark im November ein 13. Monatsgehalt erhalten. Wer bis 2600 Mark verdient, ist nicht betroffen. Höhere Beiträge zur Krankenversicherung ergeben sich für Einkommen zwischen 1950 und 3900 Mark. Nicht von der Neuregelung betroffen sind alle Arbeitnehmer, die 1984 mehr als 5200 Mark monatlich verdienen. Sie zahlen ohnehin die Höchstbeiträge bis zur Beitragsbemessungsgrenze.

Rundfunk mit Gegenkommentar

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Jedermann kann Rundfunk veranstalten, Rundfunkprogramme verbreiten, Kabelanlagen und Sender betreiben, soweit nur fernmelde- und urheberrechtliche Bundesgesetze sowie der Jugend- und Datenschutz beachtet werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf vor, den ein „Koordinierungsbüro der Bürgerinitiativen freier Rundfunk" gestern in Bonn vorstellte.

Das Büro war im April dieses Jahres durch Zusammenschluß verschiedener Initiativen in Hagen gegründet worden. Der FDP-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages, Hans Gattermann, hat als Jurist im Auftrag der Bürgerinitiativen nach deren Zielvorgaben den Entwurf eines Landesrundfunkgesetzes erarbeitet. Im Gegensatz zu den bisherigen, laut Gattermann „auf vorkonstitutionellem und Besatzungsrecht aufgebauten Ansichten und der danach geübten Rundfunkpraxis" regele das nun vorgeschlagene Gesetz Verbreitung und Weiterverbreitung von Rundfunk- und Fernsehsendungen „im Sinne presserechtlicher und gewerberechtlicher Vorbilder".

Abweichend von der bisher von den Ministerpräsidenten der Länder diskutierten Einrichtung von „Landeskabelanstalten" wird in dem Entwurf die Einrichtung eines „Landesrundfunkbeauftragten" vorgeschlagen, der nicht weisungsgebunden ist und vom Landesparlament direkt gewählt wird. Einschränkung von Werbung sieht der Entwurf nicht vor, „da der Markt dies automatisch regeln wird". Lediglich die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, deren Existenz und Finanzierung durch Gebühren vom Gesetzentwurf nicht eingeschränkt werden, sollen in Art und Umfang der Werbung auf dem Stand des 1. Januar 1984 eingefroren sein.

Als zusätzliche Sicherung gegen einseitige Darstellungen in Rundfunk und Fernsehen wird in dem von Gattermann anläßlich eines medienpolitischen Kongresses des „Koordinierungsbüros" gestern in Bonn vorgelegten Gesetzentwurf unter anderem das Instrument eines „Gegenkommentars" eingeführt.

WELT-Redakteur Enno von Loewenstern setzte sich auf dem Kongreß in seinem Beitrag „Von der Furcht vor der Freiheit" für ein Rundfunk-/Fernsehmodell „mit Kabelverlegung und Zuschauerfinanzierung" ein und plädierte gegen „Zwangsgebühren für die öffentlich-rechtlichen Günstlinge", wie sie gegen das Interesse des Bürgers von den Ministerpräsidenten auch der Unionsländer jetzt in Bremerhaven beschlossen worden seien.

Ausschußvotum für Lizenzbau des Leopard-2

DW. Bern

Der Militärausschuß des Schweizer Nationalrats hat mit 17 gegen vier Stimmen beschlossen, für die Beschaffung von 380 Panzern des Typs Leopard-2 einen Kredit von 3,375 Milliarden Mark zu gewähren. Im bislang größten Rüstungsgeschäft der Schweiz sollen 345 Leopard-Panzer in Lizenz in der Schweiz gebaut und 35 direkt beim Hersteller Krauss-Maffei gekauft werden. Am Dienstag war ein neues Angebot von Krauss-Maffei eingetroffen, aus dem hervorging, daß der Direktkauf 484 Millionen Mark weniger als der Lizenzbau kosten würde. Nach dem Votum des Ausschusses wird erwartet, daß auch der Nationalrat sich über die Bedenken der Sozialdemokratischen Partei hinwegsetzt.

Politisierung der Kirche abgelehnt

Idea, Mönchengladbach

Eine „überwältigende Reaktion" hat die Ende September in Mönchengladbach gegründete „Aktion gegen die Politisierung der Kirche" gefunden, teilte der Initiator, Pfarrer Hans-Ulrich Rosocha (Mönchengladbach), mit. Zahlreiche Christen hätten der Aktion zugestimmt. Doch wende sich die Aktion nicht gegen das politische Engagement von Christen.

Die Initiative wirbt keine Mitglieder, bittet aber um schriftliche Zustimmung. Sie soll in der gesamten EKD bekannt gemacht werden. Vor allem wendet sich die Aktion gegen das „Umfunktionieren von Predigten zu Politreden" und den Mißbrauch des Talars bei Demonstrationen und politischen Kundgebungen. In einem sechs Punkte umfassenden Programm der Aktion werden die evangelischen Kirchenleitungen, Presbyterien und Kirchenvorstände aufgefordert, „endlich etwas gegen die Politisierung der Kirche zu unternehmen".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Genscher, Denkmäler und Probleme am Arbeitsplatz

H. R. KARUTZ, Berlin

Schuld ist wieder einmal Bonn: Mit diesem nicht verwunderlichen Tenor brachte jedenfalls das „Neue Deutschland" gestern den geplatzten Genscher-Besuch in Warschau unter sein Publikum. Das Blatt zitiert, obwohl ADN einen eigenen Korrespondenten in Warschau unterhält, lediglich den polnischen Rundfunk als Quelle: vom Genscher-Besuch am Grabe eines deutschen Soldaten ist keine Rede, von der Ehrerweisung am Grabe von Pfarrer Popieluszko ebenfalls nicht. Das Programm, so im ADN-Zitat, habe „bis zum letzten Augenblick nicht festgestanden".

Aus der Presse von drüben

Im übrigen macht sich die SED-Zeitung ohne Distanzierung offenbar die Warschauer Radio-Meinung zu eigen, die Entscheidung sei ein „Erfolg jener Kräfte in der Bundesrepublik, die gegen eine Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern seien". Hier klingt dieselbe Argumentation an, die Ost-Berlin teilweise nach der Absage des Besuchs von Erich Honecker gebrauchte.

Wie hoch die „DDR"-Führung nach wie vor ihre politische Liaison mit Nicolae Ceausescu bewertet, zeigte sich in der Plazierung von Meldungen und Fotos über einen SED-Besuch bei Rumäniens Nummer eins auf sämtlichen Titelseiten des Donnerstages. Nur das CDU-Organ „Neue Zeit" sparte sich das Foto mit dem Hausherrn und Gast Werner Krolikowski aus dem SED-Politbüro.

Was sich in den kommenden Monaten in puncto 40. Jahrestag des deutschen Zusammenbruchs in der „DDR" an Feierlichkeiten abspielen wird, tritt täglich neu ins Bild: Nach einem Bericht der „Berliner Zeitung" (SED) traf sich in Magdeburg zum 33. Mal die „Historikerkommission DDR-UdSSR". Das wissenschaftliche Thema wurde sogleich mit nützlichen politischen Wegweisungen für die Gegenwart verknüpft. Es lautete „Die Lehren des Zweiten Weltkrieges und der Kampf für die Erhaltung des Friedens, gegen die Gefahr eines neuen Krieges". Geschichte ist nach marxistischem Verständnis eben nie zweckfrei.

Mancherlei andere menschliche Beschwerde läßt sich jedoch marxistisch nicht so leicht bewältigen: Beispielsweise der um sich greifende Alkoholmißbrauch in der „DDR". Gewiß nicht ohne pädagogische Absicht hob das Fachorgan „Neue Justiz" in jetzt den Fall eines biederen Berliner S-Bahners in die Spalten, der Probleme mit geistigen Genüssen am Arbeitsplatz bekam.

Der gute Mann, Aufsicht- und Blockwärter bei der Ostberliner Stadtschnellbahn, war eines Morgens leicht „benebelt" im Dienst erschienen. Er weigerte sich, was auch in der „DDR" in der Regel nur im Straßenverkehr geschieht – in ein Röhrchen zu pusten, um seinen erkennbaren „Restalkohol" zu dokumentieren. Gegen einen disziplinarischen Verweis klagte er, ohne Erfolg. Denn das Ostberliner Stadtgericht befand im besten Juristendeutsch: „Um festzustellen, ob der Werktätige unter Alkoholeinfluß steht, ist der Betrieb berechtigt, diesen aufzufordern, ein Alkohohlprüfröhrchen zu beatmen." Wer einer solchen Weisung nicht folge, verletze „schuldhaft" seine Arbeitspflichten. Der Verweis sei „berechtigt".

Mit Recht stolz sind viele mitteldeutsche Amateur-Historiker auf ihre ehrenamtliche Arbeit. Die politische Zielvorgabe der Partei, Erbpflege zu betreiben, setzte der „Kulturbund" drüben in eine Gemeinschaftsaktion unter dem Titel „Gepflegte Denkmale und ihre Umgebung" um. Die „Wochenpost" berichtete, auf diese Weise seien 850 Denkmäler „restauriert, verschönt und vielfach erst öffentlich zugänglich" gemacht worden. 52 000 Interessenten machten sich über Wallanlagen, Burgmauern, Stadttore, Bürger- und Bauernhäuser her – deutsche Geschichte zum anfassen.

Mit immer neuen Varianten, durch eine Mischung von Lockung und Einschüchterung das vorherbestimmte Schülersoll an NVA-Offiziersnachwuchs zu rekrutieren, warten die „DDR"-Schulen auf. In der „National-Zeitung", Blatt der Nationaldemokraten, berichtete ein Ostberliner Vize-Direktor: „Auf der jüngsten Schulmesse wurden im September, in Wort und Bild Schüler vorgestellt, die einen militärischen Beruf ergreifen wollen." Mit dem Hinweis auf Salvador Allende in Chile wird den Schülern erklärt, daß „eine Revolution wirksam verteidigt werden muß".

„Umweltschutz durch bessere Technik"

W. WESSENDORF, Bremen

„Umweltschutz hat seinen Preis, aber unterlassener Umweltschutz ist noch teurer", sagte der Präsident des Bremer Senats, Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) auf dem Bundeskongreß des Verbandes Beratender Ingenieure (VBI) in der Hansestadt.

Bremens Bürgermeister sprach sich gestern gegen eine technikfeindliche Haltung aus. Koschnick: „Vielmehr können wir nur durch mehr und bessere Technik die Umweltschutzprobleme in den Griff bekommen, aber wir sollten uns darauf einstellen, daß wir in Zukunft mehr Arbeit und mehr Investitionen verwenden müssen, um der Umwelt den Kredit zurückzuzahlen, den wir von ihr aufgenommen haben."

Technischer Fortschritt allein könne allerdings keinen Sinn stiften und Werte setzen, betonte der Präsident des Senats. Deshalb müsse die Politik Vorgaben geben, die die Technik zu berücksichtigen habe, wenn sie gesellschaftlich akzeptabel bleiben wolle. Technik und Naturwissenschaften seien in der Lage, die Aufgaben zu lösen, die sich aus der Harmonisierung von Ökologie und Ökonomie ergeben würden.

Koschnick wies außerdem darauf hin, daß es bislang erst zaghafte Versuche gebe, die gesamtwirtschaftlichen Verluste durch die Umweltzerstörung zu quantifizieren. Oft komme es zu einer Sozialisierung der Kosten, beispielsweise bei der Gesundheitsbelastung durch Luftverunreinigung von Kraftwerken. Die Kosten der medizinischen Behandlung trage die Solidargemeinschaft der Versicherten.

„Es deutet vieles darauf hin, daß im Umweltschutz ein erhebliches industrielles und technisches Entwicklungspotential liegt", meinte der Bürgermeister. Dieses Potential sei wegen seiner Breitenwirkung höher einzuschätzen als das mancher technischer Großprojekte mit weitgezogenen Horizonten einer zweifelhaften kommerziellen Nutzung.

Um das industrielle Entwicklungspotential zu nutzen, bedürfe es einer starken Innovationsbereitschaft und Aufgeschlossenheit zum Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft. Ohne staatliches Handeln gebe es indes keinen Umweltschutz. Die USA lieferten viele Beispiele dafür, daß es ohne den Gesetzgeber nicht gehe.

Hussein nimmt nur eine „gemäßigte“ PLO auf

Herausforderung an Syrien / Nationalrat tagt in Amman

PETER M. RANKE, **Athen**

König Hussein von Jordanien ist bereit, eine „gemäßigte“ PLO unter Yassir Arafat aufzunehmen, wenn sie dem Terror abschwört und eventuelle Friedensinitiativen des Königs unterstützt. Dieses politische Angebot steht hinter der Zusage Husseins, den „Kulturpalast“ in Amman für die 17. Tagung des PLO-Nationalrats (PNC) zur Verfügung zu stellen, nachdem Algier die PLO-Konferenz abgelehnt hatte. Von der Tagung in Amman wird abhängen, ob die Rest-PLO die Offerte des Königs annimmt.

Die Hausherren-Rolle König Husseins und die Einberufung des PLO-Nationalrats nach Amman sind eine klare Herausforderung Syriens und der auf Damaskus setzenden PLO-Rebellen wie Abu Mussa und Achmed Dschebril vom „Generalkommando“. Die Abspaltung der Rebellen, die die Absetzung Arafats verlangen, *ist jetzt über ein Jahr alt.* Alle Aussöhnungsversuche scheiterten am Widerstand Syriens.

Praktisch ist nun in Amman lediglich die Fatah-Hausmacht Arafats versammelt, die stärkste PLO-Gruppe. Sie residiert in Tunis, doch scheint sie zum Umzug nach Jordanien bereit zu sein. Das hängt aber auch davon ab, ob Hussein der Arafat-PLO politische Aktivitäten erlaubt und ihren etwa 2000 „Kämpfern“ Bewegungsfreiheit gewährt.

Die längst vollzogene Spaltung der PLO in Arafat-Gegner und -Anhänger ist in den letzten Tagen durch die radikale „Volksfront“ von Habasch und die „Volksdemokratische Front“ von Hawatmeh bestätigt worden. Beide sprachen sich in Damaskus gegen die Sitzung des Nationalrats (384 nichtgewählte Vertreter) in Amman aus und folgten einem Wunsch der sowjetischen Führung, zu dringenden Beratungen nach Moskau zu kommen. Die Sowjets als aktive Förderer *der PLO hatten bisher nicht* offen für oder gegen Arafat Stellung bezogen. Doch scheint nun in Moskau eine Entscheidung gegen Arafat und damit für den syrischen Bundesgenossen zu fallen.

Hussein geht mit seiner neuen Aussöhnung mit der Arafat-PLO große politische und persönliche Risiken ein. Denn Arafat hatte nach seiner Vertreibung aus Jordanien während des „Schwarzen September“ 1970 mehrfach Mordanschläge gegen Hussein organisiert.

Für Arafat und die Rest-PLO hat eine neue Stationierung in Jordanien große Vorteile. Sie ist Israel und den besetzten Gebieten „näher“ als in Tunis und kann jederzeit eventuelle Zusagen brechen, keine Terror-Aktionen von Jordanien aus zu starten. Außerdem sind ihre „Kämpfer“ ein ständiger Druck gegenüber dem König, keine unerwünschten Konzessionen zu machen. Arafat kann gegenüber den prosyrischen Rebellen darauf verweisen, daß er in Jordanien eine bessere Ausgangsbasis als in Syrien erhält, zumal Syrien die PLO-Aktivitäten überwacht und begrenzt.

Politische Beobachter betonen, *daß zwar nach außen hin ein gutes* Verhältnis zwischen Arafat und Hussein besteht, zumal beide von Syrern als Erzfeinde betrachtet und verfolgt werden. Dennoch sind die politischen Differenzen zwischen ihnen weiter ungelöst. Hussein hat bisher nicht das Vertretungs- und Verhandlungsmandat der Arafat-PLO für alle Palästinenser bekommen. Außerdem will Arafat erst dann einem Staatenbund mit Jordanien zustimmen, wenn vorher im jetzt israelisch besetzten und *besiedelten Westjordanland ein unab*hängiger und souveräner PLO-Staat existiert. Gegen ein solches Staatsgebilde ist König Hussein nicht weniger energisch eingestellt als Israel.

Für Hussein ist eine Verständigung mit der „gemäßigten“ PLO Arafats aber vor allem ein politischer Gewinn gegenüber dem Westen, wo die Politiker vom König neue „Friedensinitiativen“ erwarten. Hussein braucht diesen propagandistischen Erfolg, weil er immer noch auf umfangreiche Waffenlieferungen *aus den USA* hofft, unter anderem auf mobile Hawk-Flugabwehrraketen und Kampfflugzeuge F-16. Daher hat er den wiederholt angekündigten Besuch in Moskau bisher immer wieder vertagt. (SAD)

Was der Sowjetunion auf Grenada mißlang, versucht sie jetzt in Surinam

„Strategisches Dreieck“ in der Karibik als Ziel / USA ziehen nach der Rückkehr zur Demokratie von der Insel ab

Von RÜDIGER MONIAC

Wenn am 6. Dezember auf der kleinen Insel Grenada freie Parlamentswahlen stattfinden und damit die Voraussetzung für die Bildung einer demokratischen Regierung geschaffen wird, sehen die USA ihre Aufgabe dort als erfüllt an. Amerikanische Truppen besetzten am 25. Oktober 1983 die Insel vor der Küste von Südamerika im Handstreich und kamen damit einem kubanischen Oberst zuvor. Aus Grenada sollte nach Kuba ein neuer sowjetischer Vorposten zwischen den beiden amerikanischen Kontinenten entstehen.

Die USA wollen im kommenden Jahr bis auf eine kleine Zahl von militärischen Beratern alle Truppen endgültig von der Insel abziehen. Dann wird Präsident Reagan das Versprechen eingelöst haben, das er gleich nach der Invasion abgab: Die amerikanische Intervention sollte ausschließlich dazu dienen, eine kleine Gruppe von Menschen, die auf einer Insel frei ihren eigenen politischen Willen verwirklichen wollen und ei*gene wirtschaftliche Interessen* verfolgen, dem Machtzugriff einer Weltmacht wie der Sowjetunion zu entziehen. Was das für die Einwohner von Grenada bedeutet, kann nur der ermessen, der die Feiern am Jahrestag der Befreiung, am 25. Oktober, auf der Insel selbst erlebte.

Der amerikanische Admiral Ralph Hedges, der in Key West (Florida) das von den USA vor einiger Zeit neugeschaffene Militärkommando Karibik befehligt, war seinerzeit in Grenada. Kurz danach berichtete er deutschen Journalisten über seine Erlebnisse. Der Bischof gedachte der bei den kurzen Kämpfen umgekommenen 19 Menschen; der Generalgouverneur der Insel kündigte an, daß künftig *eine kleine eigene Polizei für die Ver*teidigung der Freiheit sorgen werde. Mehr als 8000 Menschen waren zur Feier des Tages zum Flughafen von Grenada gekommen. Mit einer Startbahn von mehr als drei Kilometern Länge ist er gut für Kampf- und Aufklärungsflugzeuge sowjetischer Bauart geeignet und gibt damit Grund für Washingtons Sorge hinsichtlich neu *sich eröffnender militärischer* Möglichkeiten für Moskau. Allen Ereignissen sei gemeinsam gewesen, berichtete der Konteradmiral, daß sie sich durch die große Erleichterung auszeichneten, die die Menschen wegen der im letzten Jahr erlebten Ent*wicklung offen zur Schau trugen, und* durch große Dankbarkeit gegenüber den zivilen und militärischen Repräsentanten der USA.

Grenada gilt deshalb geradezu als Paradebeispiel dafür, was die Bevölkerung, wenn ihr nur die Möglichkeit freier politischer Willensäußerung gelassen wird, im karibischen Raum mehrheitlich denkt und fühlt. Wer die Region bereist, dem entgeht nicht, daß in Mittelamerika und in der Inselwelt zwischen dem Golf von Mexiko *und den südamerikanischen* Küsten ein ungleicher Kampf der beiden Weltmächte tobt. Die Sowjets suchen mit den Mitteln der indirekten Agitation das starke soziale Gefälle in der Bevölkerung durch Erzeugung von Neid und letztlich politischem Haß als Hebel für ihre Einflußvergrößerung zu nutzen. Nächstes Ziel wäre, mit massiven Waffenlieferungen Brückenköpfe eigener Macht in der Karibik zu sichern und, wo es zusätzlich geht, weitere einzurichten.

Kuba ist seit vielen Jahren ein Brückenkopf

Kuba ist seit vielen Jahren in ihrer Hand. *Um* diesen Brückenkopf im Herzen der Karibik zu halten, liefert die Sowjetunion jährlich Waren und Energieträger wie Öl und Ölprodukte im Wert von 4,5 Milliarden Dollar nach Kuba. Das ist ein täglicher Leistungsentzug für die sowjetische Wirtschaft von rund 12,5 Millionen Dollar. Fidel Castros Existenz ist ohne diese Hilfe nicht vorstellbar.

Auch militärisch ist er vollständig von Moskau abhängig. Die kubanische Armee benutzt nur sowjetische Waffen. Mit zwei Fregatten, drei U-Booten und fast hundert kleineren schwimmenden Einheiten, ausgerü*stet mit Raketen und Torpedos*, läßt sich keine andere Marine der Region mit der kubanischen vergleichen. Ähnlich die Luftwaffe. 260 Kampfflugzeuge, 72 Hubschrauber und mehr als hundert Transportflugzeuge werden von der kubanischen Luft*waffe genutzt.*

Der Kommentar des amerikanischen Admirals Hedges zum kubanischen Militärpotential: „Die USA können Kuba nicht übersehen, auch weil es gleichzeitig nach Europa wie nach Asien schaut.“ Überraschend daran ist, daß die USA nicht so sehr um ihre eigene Sicherheit besorgt sind, sondern um die ihrer Verbündeten in Europa und Asien.

Was Kuba militärisch bewirkt, wird aus Hedges zweitem Gedanken deutlich: „Der Preis, den die Sowjetunion jeden Tag an Kuba mit mehr als zehn Millionen Dollar zahlt, ist vergleichsweise niedrig, um auf diese Weise die USA in der karibischen Region zu binden.“

Was will der Admiral damit ausdrücken? Sollte es zu einem Konflikt zwischen beiden Supermächten kommen, der eventuell Europa und auch Asien mit einbezöge, müßten die USA ausschließlich wegen der Tatsache, daß Kuba lebenswichtige Versorgungslinien über See abschneiden könnte, starke Kräfte bereithalten, um das verhindern zu können. Solche, bestehend aus Schiffen, U-Booten, aber auch weitreichenden Kampfflugzeugen würden an anderen Konfliktherden auf der Welt fehlen, wo amerikanische Verstärkungen wahrscheinlich dringend gebraucht würden.

Damit ist Kubas strategische Rolle umrissen. Sie schält sich noch eindeutiger heraus, wenn man sie, wie *amerikanische Fachleute das mit gro*ßer Sorge tun, in Beziehung zu anderen Ländern der Region setzt, in denen die Sowjetunion dabei ist, machtpolitisich Fuß zu fassen oder das schon – fast – getan hat. Die jüngste Entwicklung in Nicaragua läßt befürchten, daß die Sandinisten nicht anders als Castro von Moskau abhängig sein werden. Auch in Nicaragua geht der Bau *eines Großflughafens* mit Ausmaßen ähnlich wie auf Grenada unter sowjetischer Regie dem Ende entgegen. Auf dem Platz mit dem Namen Puente Hueta werden nach amerikanischen Erkenntnissen bereits Bunker gebaut, die zur Aufnahme von *Kampfflugzeugen* der Typen MiG 21 oder MiG 23 geeignet sind.

Amerika nicht direkt konfrontieren

Daß die Sowjetunion in den letzten Wochen „nur“ Hubschrauber von sowjetischen Frachtern im Hafen von Corinto ausladen ließ und nicht, wie in Washington gemutmaßt, auch Kampfflugzeuge, beweist nicht, daß dies in der nähereren oder weiteren Zukunft nicht erwartet werden müßte. Es zeigt nur, daß Moskau das Risiko einer direkten Konfrontation mit den USA gegenwärtig meidet.

Bisher von der Weltöffentlichkeit unbemerkt, hat Moskau in Surinam mit der Organisation einer größeren Gruppe sowjetischer Staatsangehöriger begonnen. Surinam, an der Nordküste Südamerikas, liegt in der Reichweite Grenadas. Was der Sowjetunion dort nicht gelang, wäre für die Sicherheit des Westens genauso bedenklich, wenn es in Surinam möglich würde. Moskau würde ein „strategisches Dreieck“ in der Karibik beherrschen, gebildet von Kuba, Nicaragua und Surinam. Surinams Präsident Bouterse kam durch einen Umsturz an die Macht. Er gilt als linksunabhängig. Nach der US-Invasion auf Grenada verwies er die Kubaner des Landes, ließ aber verstärkt die Sowjets hinein. *Heute unterhält Moskau* ein sehr großes Büro der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass in der Hauptstadt, gleichfalls eine, wie es heißt, „überdimensionierte“ Botschaft. Militärs sind freilich offen noch nicht aufgetreten.

Neue „MiG-35“ auf Sachalin stationiert?

AFP, **Tokio**

Auf dem sowjetischen Luftwaffenstützpunkt Dolinsk im Süden der Insel Sachalin sind japanischen Pressemeldungen zufolge zehn „MiG-35“-Abfangjäger, der modernste Typ der MiG-Serie, in Dienst gestellt worden. Das japanische Verteidigungsministerium hat diese Berichte nicht bestätigt.

„Asahi Shimbun“ berichtete, japanische Radarstationen hätten auf Nord-Hokkaido Übungsflüge der hochmodernen Abfangjäger über dem Ochotskischen Meer registriert. Die Zeitung vermutet, daß der Einsatz der hochmodernen Abfangjäger im äußersten Osten der UdSSR beschlossen wurde, um Zwischenfällen wie dem Abschuß der südkoreanischen Linienmaschine über Sachalin im September 1983 vorzubeugen, weil die sowjetische Luftwaffe damals offensichtlich nicht in der Lage gewesen sei, die KAL-Maschine abzufangen, ehe sie in sowjetischen Luftraum eindrang.

Ausgangssperre in Sri Lanka

dpa/rtr. **Colombo**

Über Sri Lanka ist eine Ausgangssperre verhängt worden. Im ganzen Land wurde die Schließung der Schulen angeordnet. In den Straßen patrouillieren Truppen. Extremisten der tamilischen Minderheit hatten am Dienstag im Norden des Landes mit einer Sprengladung mindestens 40 Polizisten getötet. Bereits an den Vortagen waren mehrere Attentate verübt worden, bei denen der regionale Befehlshaber der Streitkräfte sowie mehrere Soldaten und Zivilisten getötet wurden.

Die Polizei teilte mit, daß in der Hauptstadt am Dienstag abend drei *Tamilen gehörende Läden angegrif*fen und niedergebrannt worden seien. Die Regierung hat im Ausland ausgebildete Extremisten und Auswirkungen der bevorstehenden indischen Wahlen für diese Ereignisse verantwortlich gemacht.

Force Ouvrière schiebt sich nach vorn

Überflügelt sie die CGT, ändert sich Frankreichs gewerkschaftliche Landschaft

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Die seit dem Zweiten Weltkrieg ungebrochene Vorherrschaft der von der kommunistischen Partei kontrollierten Gewerkschaft CGT mit etwa 1,3 Millionen Mitgliedern, die vermutlich noch immer größte Frankreichs, könnte in nicht allzu ferner Zeit beendet sein. Das Ziel, ihren Platz einzunehmen, hat sich jetzt die gemäßigte Arbeiterorganisation „Force Ouvrière“ (FO) gesteckt. Gelingt es, würde die seit 35 Jahren auf einen stark linkspolitischen Kurs fixierte französische gewerkschaftliche Landschaft eine entscheidende Veränderung erfahren.

Erster Platz im Visier

Auf ihrem am Mittwoch in Paris begonnenen 15. Kongreß forderte der langjährige Generalsekretär der FO, André Bergeron, seine Anhänger auf, bis zum nächsten Kongreß in vier Jahren „den von jeher anvisierten ersten Platz auf dem gewerkschaftlichen Schachbrett Frankreichs“ einzunehmen.

„Ich weiß, daß euch dies viel Arbeit und Schweiß kosten wird, aber ich kenne *euch zur Genüge, um* zu wissen, daß ihr vor nichts zurückschreckt“, rief er unter dem donnernden Applaus der 4000 Delegierten in den Saal.



Die „Force Ouvrière“ ist 1947 entstanden, als sich unter den Eindrükken des Krieges und der Widerstandszeit die total kommunistisch beherrschte, seit 1895 bestehende Einheitsgewerkschaft „Confédération Générale du Travail“ (CGT) zum dritten Male in ihrer Geschichte in einen totalitären und einen gemäßigten Flügel teilte.

Der große Arbeiterführer Leon Jouhaux nahm 1435 führende nichtkommunistische Delegierte mit sich, die wie er gegen die alleinige Besetzung der Vorstandsposten durch Kommunisten protestierten. Er gründete die „CGT-FO“, die seitdem in tiefer Fehde zu den Kommunisten liegt und sich von wenigen Ausnah*men abgesehen niemals an den von* den Kommunisten angezettelten politischen Streiks beteiligte.

Seit 1963 führt der ehemalige Schriftsteller André Bergeron als zweiter Nachfolger von Jouhaux die Gewerkschaft FO. Unter seiner geschickten Führung, die auf dem Prinzip der absoluten Nichteinmischung in den politischen Tageskampf und der Unabhängigkeit von politischen Parteien fußt, hat sich die Organisation aus kleinen Anfängen heraus zur heute zweitgrößten unter Frankreichs Arbeiterzentralen hochgearbeitet. Die den Sozialisten nahestehende CFDT wurde auf den dritten Platz verdrängt. Sie umfaßt 15 000 Einzelgewerkschaften, unter denen die der öffentlich Bediensteten die größte ist, sie zählt 1,2 Millionen Mitglieder. In ihren Reihen finden sich Sozialisten und Gaullisten, aber jede parteiliche Betätigung ist ihnen innerhalb der Gewerkschaft verboten.

Ihren größten Triumph feierte die FO am 19. Oktober 1983, als sie bei den Wahlen zu den Betriebsräten der Arbeiter-Versicherungskassen 25 Prozent der Sitze eroberte und die CGT-Vertreter klar auf den zweiten Platz verwies.

Kontakte zum DGB

Die Wahlen zur „Secu“ (Versicherung) gelten als statistisch bester Gradmesser einer Verankerung einer Gewerkschaft in den Betrieben.

FO-Betriebsräte haben nach und nach auch die Zitadellen in der CGT, in der metallverarbeitenden Industrie, vor allem den Automobilwerken, eingenommen. Die FO ist stark in den Führungsgremien der internationalen Arbeiterorganisationen vertreten und arbeitet eng mit dem deutschen DGB zusammen.

In dem heute 80jährigen pensionierten Albert Preuss hatte der DGB am Pariser Sitz der FO seit 1948 einen unermüdlichen, besonders um die Belange der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen bemühten „Sonderbotschafter“.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

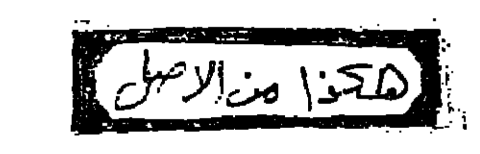
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.



Mitterrand mit Pfeifkonzert empfangen

dpa, Mülhausen

Mehrere tausend Franzosen haben Staatschef Mitterrand vor dem Rathaus in Mülhausen, der ersten Station seiner zweitägigen offiziellen Reise durch die französische Provinz, mit einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert empfangen. Sie protestierten gegen eine Entscheidung der Regierung, wonach der Bau einer ursprünglich der Stadt Straßburg versprochenen Großanlage zur Elektronenforschung nach Grenoble in den Alpen vergeben worden ist. Die Elsässer hatten sich von der Anlage neue Arbeitsplätze erhofft. In seiner Ansprache erkannte Mitterrand an, daß in einer Demokratie nicht alle einer Meinung sein könnten. Im übrigen aber sei die Angelegenheit Sache der Regierung und nicht des Präsidenten.

Zuvor hatte der Bürgermeister von Mülhausen, Klifa, den Präsidenten bei dem Rathausempfang „offen, ja brutal" aufgefordert, den mit Straßburg vereinbarten Planungsvertrag für die Großanlage zu „respektieren". Der Bürgermeister von Colmar, der zweiten Station der Präsidentenreise, kündigte bereits an, er wolle Mitterrand im Rathaus nicht empfangen.

Peking dementiert Waffenkauf in Israel

AP, London

Das Verteidigungsministerium Chinas hat gestern einen Bericht der britischen Fachzeitschrift „Jane's Defense Weekly" dementiert, wonach die Volksrepublik Verträge über Waffenkäufe in Israel im Wert von fast neun Milliarden Mark unterzeichnet haben soll. Ein Sprecher des Ministeriums sagte, dieser Bericht entbehre jeder Grundlage. Die Wochenzeitschrift hatte gemeldet, eine Anzahl israelischer Berater befinde sich zur Unterrichtung chinesischer Soldaten in der Handhabung israelischer Waffen und Geräte in der Volksrepublik. Die angeblich geplanten Waffenkäufe stellten einen neuen Abschnitt in den „Geheimbeziehungen" der beiden Länder dar. Die Zeitschrift berichtet weiter, die von beiden Regierungen bestrittenen Beziehungen bestünden seit etwa fünf Jahren. Ausländischen Beobachtern war bei der Parade zum 35. Jahrestag der Volksrepublik erstmals aufgefallen, daß einige Panzer offenbar mit aus israelischer Produktion stammenden Kanonen ausgerüstet waren.

USA sollen alte C-Waffen vernichten

dpa, Washington

Die amerikanische Armee hat Tausende Tonnen veralteter, teilweise schon schadhafter und militärisch nutzloser chemischer Waffen gelagert, die nach Ansicht von Experten dringend vernichtet werden müssen. Ein Gremium von Wissenschaftlern empfahl nach einer entsprechenden Untersuchung der US-Regierung, die 16 bis 40 Jahre alten chemischen Waffen „so bald wie möglich" am Ort der Lagerung zu verbrennen. Chemische Waffen lagern in Armeestützpunkten in acht US-Staaten.

Etat '84 stürzt Portugals Koalition in die Krise

Streit über Soares als Kandidat für die Präsidentschaft

ROLF GÖRTZ, Lissabon

Flügelkämpfe in der Sozialdemokratischen Partei Portugals (PSD) können noch an diesem Wochenende den Bruch der Regierungskoalition mit den Sozialisten einleiten und damit eine schwere Krise für die portugiesische Demokratie heraufbeschwören.

Von seinen Partnern an die Wand gedrückt, hatte der sozialistische Ministerpräsident Mario Soares die Sozialdemokraten aufgefordert, Farbe zu bekennen: „Man kann nicht mit einem Bein in der Regierung und mit dem anderen in der Opposition stehen."

Mota Pinto, stellvertretender Regierungschef und Vorsitzender der PSD, rief deshalb den Nationalrat seiner Partei zu einer Sondersitzung in Viseu zusammen. Er verlangt ein Bekenntnis zur Regierungsverantwortung und verbindet dieses mit seiner Position als Parteichef.

Ausgelöst wurde die jüngste Koalitionskrise durch einen überraschend hohen Nachtragshaushalt für 1984, der das gesamte Finanzgefüge Portugals erschütterte.

Die Unzufriedenheit weiterer Bevölkerungskreise über zunehmende Verarmung und die sich wie ein Ölfleck ausdehnende Korruption mögen zusätzlich dafür gesorgt haben, daß die PSD – ihrem Inhalt nach eine rein bürgerliche Partei – bei jüngsten Gemeindenachwahlen erhebliche Stimmengewinne verbuchen konnte.

Dies ermunterte die parteiinterne Opposition, bei den Präsidentschaftswahlen 1985 zusammen mit den Christdemokraten einen eigenen Kandidaten, „Zivil oder Militär", aufzustellen. Parteichef Mota Pinto hatte sich jedoch für Mario Soares als den gemeinsamen Kandidaten der Regierungskoalition und damit für die Kontinuität stark gemacht.

Sollte über diesen Streit die Koalition der Sozialisten und Sozialdemokraten auseinanderfallen, wird Staatspräsident General Eanes keine eigene Präsidentenregierung einsetzen, wie er es schon einmal machte. Er wird vielmehr die derzeitige Regierung verpflichten, bis zu Wahlen weiterzumachen. Diese Wahlen aber würde er soweit als möglich hinausschieben, um in der Zwischenzeit seine eigene Partei auszubauen – eine Volkspartei im Stile der Dritten Welt.

Eanes selbst kann laut Verfassung nicht ein drittes Mal kandidieren. Die Kandidaten seiner Anhänger, die Linkskatholikin und Ex-Ministerpräsidentin Lurdes Pintasilgo und andere Politiker seines Lagers, garantieren für diesen Kurs eines nationalen Sozialismus, den Eanes selbst nie anfocht. Wie 1980, so wird auch diesmal die KP die Eanes-Anhänger unterstützen – und ihren Kurs mitbestimmen.

Angesichts dieser Aussichten scheint sich die Mehrheit des Nationalrates der PSD in Viseu zu entschließen, „mit beiden Beinen in der Koalition zu bleiben" – wenn auch zähneknirschend. In diesem Fall kommt es auf die Bedingungen an, die die PSD zur Fortsetzung der gemeinsamen Regierung stellen wird.

Als Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiederbelebung werden die Sozialdemokraten verstärkt jene Reformen verlangen, die endgültig das gefährliche Erbe der Revolution von 1974 in Staatswirtschaft und in der kommunistisch diktierten Arbeitsgesetzgebung abbaut.

Die Notwendigkeit derartiger Reformen führte Ford vor Augen, der eine Automobilfabrik mit vielen Arbeitsplätzen bei Sines plante, aber sogar seine Anfangsinvestitionen in den Sand setzte, weil sich die kommunistischen Gewerkschaften nicht einmal zu einem Kompromiß auf Betriebsebene bereitfanden.

Die revolutionäre Entschlossenheit der KP veranlaßte denn auch Mario Soares, immer nur soviel „ideologischen Ballast" abzuwerfen, wie die



Fühlt sich an die Wand gedrückt: Mario Soares FOTO: SVEN SIMON

KP es gerade noch hinnahm. Nur zögernd entschloß sich die Regierung zur Wiederzulassung der ersten Privatbank und zu einem Gesetz zur Entlassung von unbeschäftigten Arbeitern der Staatsbetriebe.

Ein Prüfstein dürfte die Entwicklung auf der Reparaturwerft Lisnave sein. Für die nunmehr weit unterbeschäftigte Werft setzte die Regierung den gesetzlichen Status „Betrieb in Notstand" durch. Dies als Voraussetzung dafür, daß viele seit Monaten nicht mehr beschäftigte Arbeiter entlassen werden können. Schon jetzt kündigten die Kommunisten an, die Werftarbeiter auf die Straße zu schicken und sie wie im Baskenland der Polizei gegenüberzustellen.

Soares hatte vielleicht zu sehr auf den erfolgreichen Beitritt zur EG gesetzt. Tatsächlich hängt das Prestige seiner Regierung weitgehend von dem Beitritt ab. Angesichts der damit verbundenen Gefahren für ganz Portugal entschloß sich deshalb sein einstiger Rivale, der frühere Chef der christdemokratischen CDS, Freitas do Amaral, den Regierungschef zu dessen offiziellem Besuch in London zu begleiten.

Freitas will dort die Premierministerin Thatcher, der er politisch sehr nahe steht, von der Dringlichkeit des termingerechten Beitritts in die EG überzeugen. „Nicht Portugal würde sonst verlieren, sondern Europa", sagte Mario Soares vor seiner Abreise. Es gibt keinen ernsthaften Beobachter, der die negativen Auswirkungen einer politischen Unstabilität auf der iberischen Halbinsel auf die Gemeinschaft abstreiten könnte.

(SAD)

Immer mehr Taiwanesen reisen heimlich in die Volksrepublik

Hongkong wird Testfall für Taipehs Alleinvertretungsanspruch / Peking gesprächsbereit

JÜRGEN KAHL, Taipeh

Die Bevölkerung der chinesischen Inselrepublik Taiwan interessiert sich immer mehr für die nur durch eine schmale Wasserstraße getrennte, jahrzehntelang aber nur feindselig betrachtete Volksrepublik China. Während der Olympischen Spiele in Los Angeles, als sich vor den Fernseh-Schaufenstern der großen Kaufhäuser in der Hauptstadt Taipeh die Menschen drängten, gab es auch spontanen Applaus und Jubel für die Medaillengewinner „von drüben".

Taxifahrer forschen ausländische Besucher wißbegierig nach ihren Erlebnissen und Eindrücken vom Festland aus, und einige Tausend auf Formosa lebende Chinesen reisen inzwischen jedes Jahr heimlich und unter nicht unerheblichen persönlichen Risiken über Zwischenstationen wie Hongkong und Tokio zu Verwandtenbesuchen in die Volksrepublik.

Politik der Abschottung

Neugier bei der jungen Generation und Heimweh bei den Älteren sind die treibenden Motive dieser neuen Entwicklung, die sich im Widerspruch zu der unveränderten Politik der Abschottung der allein regierenden Nationalpartei (Kuomintang) vollzieht. „Besuche auf dem kommunistischen Festland sind illegal", lautet der knappe Kommentar von Kabinettssprecher Chang Ching-yu zu dem Thema. Wer dennoch reist, so erst kürzlich wieder die Regierung in einer gezielten öffentlichen Erklärung, müsse mit „ernsten Konsequenzen" rechnen.

Das Beharren der Kuomintang auf dem Alleinvertretungsanspruch trotz weitgehender internationaler Isolierung steht 35 Jahre nach Gründung der Republik China vor der bislang härtesten Belastungsprobe, seit sich Peking und London Ende September vertraglich auf die Rückgabe der britischen Kronkolonie Hongkong zum 1. Juli 1997 an China geeinigt haben. Für Taiwan, das nach der Logik seiner bisherigen Politik die vielfältigen Beziehungen zu Hongkong spätestens zu diesem Termin abbrechen müßte, ist das in doppelter Hinsicht ein Existenzproblem.

Die britische Kronkolonie ist für die hochgradig exportabhängige chinesische Inselrepublik nach den USA und Japan der drittgrößte Absatzmarkt und der wichtigste Verkehrsknotenpunkt außerhalb Taiwans. Die Fluggesellschaft China Airlines (CAL) genießt unbeschränkte Landerechte in Hongkong, und über die Kronkolonie – nur 50 Flugminuten von Taipeh entfernt – kommt auch der größte Teil der jährlich über eine Million ausländischen Geschäftsleute und Touristen. Außerdem hat Peking seine Absicht erklärt, nach dem modifizierten Hongkong-Modell konzentriert die Wiedervereinigung mit Taiwan zu betreiben.

„Wir starren nicht wie gebannt auf Hongkong, aber wir machen uns natürlich vor allem politisch Sorgen", meint eines der wenigen unabhängigen Regierungsmitglieder im privaten Gespräch. Diese Sorgen reichen von Befürchtungen chinesischer Infiltrationsversuche via Hongkong bis zur Unsicherheit über das langfristige Verhalten der einstigen Schutzmacht USA, in deren wiederholte Plädoyers für eine „friedliche Lösung" des Taiwan-Problems und beschränkte Waffenlieferungen die Regierung in Taipeh eine indirekte Garantie gegen eine gewaltsame Übernahme sieht.

Schon jetzt ist erkennbar, daß der eigene Bevölkerungsdruck auf der Insel, die mit ihren fast 19 Millionen Menschen zu den dichtest besiedelten Ländern gehört, sowie Sicherheitsängste die Aufnahmebereitschaft für die Hongkong-Chinesen, die sich aus der Kronkolonie absetzen wollen, erheblich drosseln werden. „Solange es sich um loyale Antikommunisten handelt", sind sie willkommen, umreißt Kabinettssprecher Chang die Auswahlkriterien, mit denen Taipeh offenbar in erster Linie die treuen und kapitalkräftigen Kuomintang-Anhänger in Hongkong anziehen möchte.

Option bleibt offen

Damit bleibt Taiwan zwar weit hinter seinen anfänglich großzügigen Versprechungen zurück, hält sich aber ansonsten wegen seiner vitalen Wirtschaftsinteressen alle Optionen für die Behandlung der Kronkolonie nach 1997 offen. „Einen völligen Abbruch der Verbindungen befürwortet hier kaum jemand", urteilt ein langjähriger ausländischer Beobachter die Stimmung in der Geschäftswelt.

Anfang Oktober hat Peking das Verhandlungsangebot an Taiwan erneuert, das für die Insel ebenfalls weitgehende Teilautonomie, im Unterschied zu Hongkong aber zusätzlich das Recht auf eigene Streitkräfte vorsieht. Selbst unter diesen relativ großzügigen Bedingungen zieht es auf Taiwan auf Regierungs- wie auf Oppositionsseite kaum jemanden an den Verhandlungstisch. (dpa)

London verliert Geduld mit Unesco

Harte Worte von Frau Thatcher / Innere Reformen reichen nicht / Steht Auszug bevor?

SAD, London

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat erneut die Unesco scharf kritisiert und den Mutmaßungen über einen kurz bevorstehenden Auszug Großbritanniens aus der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur neue Nahrung gegeben. Nachdem sich die Außenminister der EG und anderer europäischer Länder dafür ausgesprochen hatten, die wegen Einseitigkeit ihrer politischen Haltung und Verschwendung unter Beschuß geratene Unesco durch „innere Reformen" wieder mit ihrem ursprünglichen Auftrag in Einklang zu bringen, setzte Frau Thatcher für ihr Land ein deutliches Signal.

In der Fragestunde des Unterhauses erklärte sie: „Die zahlreichen kritischen Äußerungen über die Unesco sind in der Tat mehr als genug gerechtfertigt, und das gilt für ihre Ausgabenpraxis ebenso wie für die von Zeit zu Zeit unternommenen Versuche, die Redefreiheit und Pressefreiheit in einigen Ländern der Welt zu unterbinden."

Frau Thatcher antwortete damit auf den Vorstoß des Labour-Abgeordneten Thomas Clarke, positiv auf den Appell des ehemaligen australischen Labour-Premierministers Gough Whitlam an Großbritannien zu reagieren, nicht dem Beispiel der USA durch Auszug aus der UN-Organisation zu folgen.

Gough Whitlam, Australiens Unesco-Botschafter, sagte bei einem kurzen London-Besuch, ein Auszug Großbritanniens aus der Unesco würde die „anglo-französische Initiative" vom Mai dieses Jahres, eine Liste überfälliger Reformen für die Unesco zusammenzustellen, zum Scheitern bringen. Clarke forderte Frau Thatcher auf, „wenigstens diesmal auf die Dritte Welt und die blockfreien Nationen zu hören, statt sich an amerikanische Rockschöße anzuhängen".

Mit dem angekündigten Auszug der Vereinigten Staaten verliert die Unesco etwa 25 Prozent ihres Budgets. Schließt sich London diesem Schritt an, würden der Unesco weitere rund 16 Millionen Mark, das sind fast fünf Prozent ihres Jahresbudgets, entzogen. Neben den Amerikanern haben auch die Briten wiederholt die Ausgabenpolitik der Unesco scharf kritisiert und angemerkt, daß 76 Prozent des Jahresetats für die grandiose Pariser Zentrale der Organisation statt für Feldprojekte aufgewendet würden.

Die Aufkündigung der Mitgliedschaft durch die USA und England würde nach Auffassung von Whitehall einen derartigen Aderlaß für die Unesco bedeuten, daß der umstrittene senegalesische Generalsekretär Amandou M'Bow sehr viel tiefgreifendere Reformen als bisher ins Auge fassen würde. In London wurde die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Unesco-Generalsekretär angesichts der drohenden drastischen Etatbeschneidung sein Amt zur Verfügung stellt.

Die Hochkommissare (Botschafter) von 40 Commonwealth-Ländern sprachen sich bei einer Zusammenkunft mit Außenminister Sir Geoffrey Howe gegen einen Auszug Großbritanniens aus der Unesco aus. Ein Sprecher des Foreign Office bestätigte gegenüber der WELT jedoch nur die Tatsache, daß dieses Thema angeschnitten worden sei. Aus Kreisen der Hochkommissionen war jedoch zu erfahren, daß der Verbleib Londons in der Unesco zum wichtigsten Punkt der Zusammenkunft erhoben worden war. Schriftlich hatten sie Sir Geoffrey zuvor schon dringend ersucht, sich innerhalb des Kabinetts gegen einen Bruch mit der Unesco zu verwenden.

Ein Unterausschuß des Kabinetts, der mit der Prüfung der Frage beauftragt ist, wird voraussichtlich Ende dieser Woche eine endgültige Entscheidung fällen.

EG bleibt weiterhin zurückhaltend

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß auf dem Dubliner Europagipfel am 3. und 4. Dezember zwar Unterstützung für nahöstliche Friedensbemühungen signalisiert, aber keine neue Grundsatzerklärung zum Nahost-Konflikt im Stile der Venedig-Erklärung vom 13. 6. 1980 beschlossen wird. Trotz des Drängens anderer EG-Partner wird es spektakuläre neue europäische „Initiativen" in Dublin nach Bonner Darstellung nicht geben.

Allerdings wird damit gerechnet, daß die Gipfelteilnehmer den italienischen Außenminister Giulio Andreotti beauftragen werden, Anfang nächsten Jahres eine politische Sondierungsreise durch den Nahen Osten anzutreten. Italien übernimmt am 1. Januar 1985 turnusmäßig den Vorsitz im EG-Ministerrat. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte schon Anfang September vorgeschlagen, daß die EG-Partner durch eine Mission des guten Willens ihr Interesse an einer friedlichen Lösung des Nahost-Konflikts sichtbar unter Beweis stellen sollen.

Damit soll aber keineswegs eine neue Phase eigenständiger Nahost-Politik der EG eingeleitet werden. In Bonner Regierungskreisen sieht man es vielmehr als Aufgabe der Europäer an, Friedenswünsche der Nahost-Parteien zu unterstützen und die Bemühungen der USA zu flankieren.

Dazu gehören eine Förderung des ägyptischen Strebens nach Reintegrierung in die arabische Welt, die Unterstützung eines neuen Dialogs zwischen Israel und Ägypten und die Bekräftigung des Wunsches nach einer Räumung Libanons.

Für wichtig halten Bonner Experten eine enge Abstimmung mit den USA. Deshalb sollte Bundeskanzler Helmut Kohl nach ihrer Ansicht die Nahost-Frage bei seinem Gespräch mit Präsident Ronald Reagan in der kommenden Woche in Washington anschneiden. Dies böte die Möglichkeit, in einem frühen Stadium Details über die amerikanischen Absichten zu erfahren

Als günstige Voraussetzung dafür wird in Bonn die Tatsache angesehen, daß die Bundesregierung als einziger EG-Partner die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Ägypten und Jordanien öffentlich begrüßt hat.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Bleifrei jetzt" lohnt sich

„Die Diskussion um Autoschadstoffe in Schlagworten und Stickers" sowie „Bleifreie Zapfsäulen": WELT vom 3. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein Gedanke des Beitrages kann nicht unwidersprochen bleiben, nämlich, daß bleifreies Benzin nur Mittel zum Zweck sei, Katalysatoren nicht zu zerstören.

Der Bleianteil im Abgas ist selbst Schadstoff Nummer 1, gibt es doch gar kein Mittel, die in die Landschaft gelangenden Bleiverbindungen „unschädlich" zu machen, etwa abzubauen wie Stickoxide oder unverbranntes Benzin. Deshalb häuft sich Blei im Lauf der Zeit auf der Oberfläche an, und wo es über Pflanzen, Tiere oder Grundwasser in die Nahrungskette gelangt, richtet es Schäden an.

Schließlich sind Bleiverbindungen nicht nur für Wirbeltiere giftig; und das heimtückische daran ist, daß sich die Folgen einer Bleivergiftung sehr verzögert zeigen, beim Menschen oft erst nach 15 bis 30 Jahren. Das ist übrigens schon seit Jahrhunderten bekannt.

Die Benutzung von bleifreiem Benzin – und die Mehrzahl der in Deutschland seit 1978 gefertigten Motoren ist dafür geeignet – hat aber noch einen entscheidenden weiteren Vorteil: Das Benzin wird besser verbrannt (gute Vergasereinstellung sollte selbstverständlich sein). Bei gleicher Leistung kann der Verbrauch um mehr als 5% sinken, das kompensiert schon die Mehrkosten von bleifreiem Benzin. Der Gedankengang, daß der Minderverbrauch auch weniger Abgas produziert und daß darin auch weniger unverbrannte Anteile enthalten sind, das Abgas also umweltfreundlicher sei, kann durch Messungen bestätigt werden.

„Bleifrei jetzt" lohnt sich also doch für jeden, der Umweltschutz nicht immer nur von anderen verlangt!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Prof. Dipl.-Ing. H. Esser, Hagen

Suche nach den Ursachen

„Leserbrief: Bitte fundiert"; WELT vom 9. November

Sehr geehrte Redaktion,

auch ich meine, daß es noch keine wissenschaftlich abgesicherten Erkenntnisse darüber gibt, daß das Waldsterben „maßgeblich" durch die Schadstoffe aus den Kraftfahrzeugabgasen und Industrieanlagen usw. hervorgerufen wird. So hat z. B. der bekannte Strahlenforscher und Baum-Experte Dr. Aloys Bernatzky aus Frankfurt behauptet, daß „Mikrowellen eine der Hauptursachen für das Waldsterben sind". Und dieses hat sich gerade in den letzten zehn Jahren gezeigt, weil in dieser Zeit der schnelle Ausbau von Mikrowellen-Einrichtungen vorgenommen worden ist. Interessant ist dabei, daß die größten Baumschäden besonders in ziemlich sauberen Gebieten, unter anderem des Harzes, des Schwarzwaldes und der Alpen, eingetreten sind. Und dort stehen nun mal sehr viele Radaranlagen und andere Sendeeinrichtungen usw., von denen ständig Mikrowellen ausgestrahlt werden. So wurden auch Schneisen von braun gefärbten Bäumen im unmittelbaren Richtstrahlbereich von Fernsehsendern ermittelt. Solche Feststellungen hat Dr. Bernatzky auch in der reinen Luft im Norden von Kanada um große Radarstationen herum gemacht.

In der Schweiz hat sich übrigens bei Versuchen auf Autobahnen ergeben, daß nur bei „gleichmäßigem Tempo 100", was aber über längere Strecken nie durchzuhalten sein wird, der Stickoxid-Anteil in den Abgasen etwa um acht Prozent niedriger liegt als bei 130 km/h, so daß dabei also kaum von der erhofften Auswirkung gesprochen werden kann. Auch wird von Waldkennern mit Recht gefragt, warum Waldstreifen, durch die stark befahrene Autostraßen führen, gar nicht nachteilig betroffen sind, während in anderen, weniger von Autoabgasen befallenen Wäldern Bäume krank werden. Hier glaubt man, daß das Waldsterben z. B. auch eng mit dem rückläufigen Grundwasserspiegel zusammenhängen kann. Somit dürfte feststehen, daß es verschiedene Ursachen gibt und viele Möglichkeiten des Handelns notwendig sein werden.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Spindler, Lübeck

Korrekte Fakten

„Bakterien als Räumtrupp"; WELT vom 27. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

der nachdenklich stimmende Bericht macht schlagartig deutlich, daß erhebliche Anstrengungen kaum absehbaren Ausmaßes erforderlich sind, um in den nächsten Jahren eine noch nicht genau bekannte, aber in die Tausende gehende Zahl von problematischen Altablagerungen und kontaminierten Betriebsstandorten zu sanieren. Wirksame Sanierungsinstrumente müssen dabei größtenteils erst noch entwickelt werden.

Leider muß immer wieder festgestellt werden, daß die Diskussion über Altlasten emotionalisiert und nicht mehr ausschließlich sachbezogen geführt wird. Um so wichtiger ist es, daß die Information zur Altlastenfrage korrekte Fakten vermittelt. Insoweit bedarf Ihr Bericht in einem Punkt der Korrektur. Sollte der Autor davon ausgegangen sein, daß nicht nur in Georgswerder, sondern auch in Gerolsheim im Sickerwasser der dortigen Deponie TCDD gefunden wurde, so bedarf dies der Richtigstellung. TCDD konnte bislang im Umfeld der Deponie Gerolsheim weder in Wasser- noch in Boden- oder Gasproben nachgewiesen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Jung,
Referent für Fragen der Abfallbeseitigung im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt, Mainz

Wort des Tages

„Es gibt nicht einen, es gibt viele ‚rechte Wege'. Aber treffen sie sich nicht alle einmal am gleichen Ort? Dort nämlich, wo der Mensch beginnt, in den Geheimnissen der Welt die Handschrift Gottes zu ahnen."

Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg; dt. Politiker (1921–1972)

Ohne Alternative

„Letztes Aufbäumen"; Welt vom 12. November

Sehr geehrter Herr Gehlhoff,

Sie bewerten in Ihrem Artikel die Anstrengungen der Niedersächsischen Landesregierung um die Erhaltung des Stahlstandortes Georgsmarienhütte als ein „letztes Aufbäumen der Unvernunft".

Es versteht sich, daß die deutsche Stahlindustrie bei Fortsetzung des Subventionsunwesens in den EG-Ländern über 1985 hinaus – was eben diese Länder angeblich nicht wollen! – sich kleiner setzen muß. Ihre Ausführungen über das Wo und Wie erfordern jedoch im Falle der Georgsmarienhütte Klarstellungen:

- Das Werk beschäftigt 2400 Arbeitskräfte. Die von Ihnen genannte Zahl liegt erheblich darunter.
- Die Hütte produziert ihren Stahl in einer erst jüngst installierten und hier erprobten KS-Anlage, die wirtschaftlich erfolgreich arbeitet. Zum Initiationsritus des neuen Verfahrens gehörte die feierliche Proklamation dieser Technik als Garant für den Bestand des Werkes.
- Nach Schließung der Hütte würde die Arbeitslosenquote dieser Region auf 28 Prozent schnellen. Der Arbeitsmarkt bietet hier keine Alternativen.

Ernst Albrecht, der sich gegen die Stillegung aufbäumt, bewegt sich also durchaus in den Kategorien wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit.

Übrigens: Die Niedersächsische Landesregierung hat für Klöckner/Krupp/CRA einen Alternativplan entwickelt, der sich am rechtverstandenen Gemeinwohl orientiert.

Mit freundlichen Grüßen
Th. Rolfes, Georgsmarienhütte

Fehlplanung

„Hauptleute stellen Wörner zur Rede": WELT vom 2. November und „Leserbriefe: Freiwilliger Ruhestand": WELT vom 9. November

In der Zeit der sozial-liberalen Koalition wurden durch vorzeitige Beförderung jüngerer Offiziere (Weißbuch-Beförderungen/Aktion „Abendsonne") entgegen bewährter Praxis die Stellen der Majore und Oberstleutnante auf Jahre blockiert und durch Georg Lebers sparwilliges Zusatz-Jahr zusätzlich zuzementiert. Die Leidtragenden sind die Hauptleute der Jahrgänge 1935/44 als Opfer einer Fehlplanung, obwohl sie meist „gut" und besser beurteilt sind. Das Problem ist heute durch Personalführung kaum noch lösbar, sondern ist ein Politikum geworden, zunächst für Minister Wörner, dann für alle Parteien.

Ganze Jahrgangsgruppen bewährter Hauptleute, Kriegskinder unserer Generation, aber einfach als lästigen Ballast abwerfen zu wollen wäre keine sachliche Lösung, sondern Flucht des Dienstherrn aus unabweisbarer Verpflichtung eines Laufbahn-Versprechens, Täuschung im berechtigten Lebens-Ziel und menschliches Unrecht. Ein etwaiges Ausscheiden von Hauptleuten muß freiwillig bleiben, denn es geht nicht um falschen Ehrgeiz der Betroffenen.

Warum ist das Lebersche Zusatz-Jahr noch nicht abgeschafft? Warum wird nicht ein früheres Ausscheiden aller Stabsoffiziere mit geringerer Qualifikation und gesundheitlichen Mängeln zur Bereinigung einmalig erwogen, indem die Verabschiedung daran statt an den Jahrgang Jüngerer gebunden wird? Das hat es zu allen Zeiten gegeben.

Mit Beschwichtigung oder Verheimlichung ist nichts mehr getan, wenn die Glaubwürdigkeit erhalten bleiben soll. Wo bleibt der Minister? Wo bleiben die Verteidigungsausschüsse der Parteien und verantwortungsvolle Abgeordnete, die hier mehr gewinnen können als persönliche Vorteile? Und hätte nicht zuletzt auch die Bundeswehr damit eine einmalige Chance, die Durchschnitts-Qualität ihrer Stabsoffiziere zu heben?

J. Engelmann, Oldenburg

Vom Vorgänger

„Dreimal im Monat trommeln die Musiker dienstlich"; WELT vom 14. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrer Berichterstattung über Beanstandungen des Bundesrechnungshofes entstand der Eindruck, hier handele es sich um Fehlentscheidungen der jetzigen Bundesregierung. Offenkundig wurde übersehen, daß hier Maßnahmen aus der Zeit der Verantwortung von Minister Dr. Apel (SPD) kritisiert werden.

Wir stellen ergänzend fest, daß zu allen berechtigten Kritikpunkten nunmehr von Minister Dr. Wörner (CDU) Verbesserungen eingeleitet wurden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Boller, Bundesministerium der Verteidigung

Normal-Karriere?

„Dioskuren vor Königgrätz"; WELT vom 13. November

Die Bemerkung, Moltkes Karriere habe lange Zeit nichts Ungewöhnliches geboten, ist verwunderlich. Am 12. 3. 1822 trat er in preußischen Dienst. 1823–26 Allgemeine Kriegsschule, dann Lehrer an einer Divisionsschule. Anschließend Versetzung in die topographische Abteilung des Großen Generalstabs; es folgt eine Reise auf den Balkan und ein Kommando in die Türkei. Generalstabstätigketi im IV. A. K., Adjutantur bei Prinz Friedrich-Wilhelm und schließlich Chef des Generalstabes.

Weder war er jemals Truppen-Adjutant noch Kompaniechef, noch Truppenkommandeur; Truppendienst hat er anderthalb Jahre lang geleistet. „Ungewöhnlicher" kann eine Laufbahn nicht sein. Als „keine gute Acquisition" galt er, weil er bei einer Parade keine gute Figur gemacht hatte; das spielte in Preußen keine Rolle.

Friedrich Doepner, Celle

Seerechts-Vertrag

„Seerecht: Genscher tritt gegen Bangemann an"; WELT vom 15. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Gemeinsames Erbe der Menschheit" war die Begleitphilosophie der III. UN-Seerechtskonferenz. Sie sollte zum Ausdruck bringen, daß die Meere, in allen ihren Erscheinungs- und Definitionsformen, als auch die in und unter ihnen befindlichen Schätze das „gemeinsame Erbe der Menschheit" sind. Der Kompromiß, der schließlich am Abschluß dieser Marathonkonferenz gefunden wurde, fiel zugunsten derjenigen aus, die diese Formel eingebracht hatten, nämlich vorwiegend die Länder der Dritten Welt. Den Industrieländern fiel die Pflicht zu, technisches „Knowhow" zu liefern oder bereitzustellen, ohne adäquat an der Ausbeutung dieser Schätze, durch Meeresbergbau, beteiligt zu werden. Gegen diese Konstellation haben sich während der Konferenz sowohl die westlichen Industrienationen als auch die Sowjetblockstaaten gewandt. Von den satellistischen Staaten des Sowjetblocks haben sich diejenigen mit den größten Fischfangflotten darüber Gedanken gemacht, angesichts der künftigen Fangrechte ihre Flotten oder Teile davon gewissen Drittweltländern zur Verfügung zu stellen.

Andererseits fanden vernünftige Regelungen bezüglich der Durchfahrtsrechte für die Seeschiffahrt, für die Meeresforschung und für die Streitschlichtung in der Konvention ihren Niederschlag, die nun nur noch bis zum 9. Dezember 1984 zur Zeichnung offen liegt.

Wir wissen, daß ein Vertrag immer ein Kompromiß ist. Je umfassender ein Vertrag, um so größer die Anforderung an die Kompromißbereitschaft. Nur muß man wissen, daß ein Kompromiß immer eine Abweichung von der eigenen Position ist, daß diese Abweichung zu einem kalkulierten Zeitpunkt zinsträchtig werden muß und nicht etwa zur Erpreßbarkeit führen oder dazu verwendet werden darf. Das zu erreichen bzw. zu verhindern liegt nun unter Zeitdruck im Entscheidungsermessen der Bundesregierung.

Man möge nicht zuletzt bedenken: Großbritannien ist bereits seit über zwei Jahrzehnten Gastland der UN-Sonderorganisation IMO (früher IMCO, Internationale Seeschiffahrtsorganisation); die USA sind Gastland des Hauptsitzes der Vereinten Nationen. Beide könnten ihre Nichtzeichnung politisch wie moralisch besser kompensieren als die Bundesrepublik Deutschland.

Eine gastgebende Bundesrepublik Deutschland für eine seerechtliche Institution der Vereinten Nationen dürfte für erlittene Nachteile zumindest politisch kompensiert worden sein. Für ein einheitlich agierendes Europa auf dem Gebiet des internationalen Seerechts ist auch die Bundesrepublik Deutschland mitverantwortlich. Es hindert sie auch niemand daran, so schnell wie möglich sich entwickelnden Schaden schon im Vorfeld dadurch abzubauen, indem sie eine arbeitsplatzfördernde, export-orientierte Meeresbergbau- und Meeresumweltschutzindustrie entwickelt.

Mit freundlichen Grüßen
Günter Mitschka, Hanau 1

Personalien

GEBURTSTAG

Axel Schützsack, einer der erfahrensten Redakteure der WELT, wird am Samstag 65 Jahre alt. Der gebürtige Nordschleswiger, durch eigenes Schicksal und Erleben Kenner des deutsch-dänischen Verhältnisses und darüber hinaus des europäischen Nordens, hat die Frucht seiner Erfahrungen als Korrespondent in Stockholm und Kopenhagen unter anderem in dem Band „4x Skandinavien" zusammengefaßt. Von dem promovierten Historiker, der auch aus Brüssel und später Berlin berichtete und der sich heute für die WELT mit dem Problem der deutschen Einheit und beider deutscher Staaten beschäftigt, stammt neben vielen richtunggebenden Artikeln auch das Buch „Der preußische Traum", eine Darstellung des „Hohenzollernstaat zwischen Gehorsam, Pflicht und Freiheit", das auch lange nach dem „Preußen-Jahr" immer noch erschreckend aktuell ist.

VERANSTALTUNG

Der ehrwürdige Arts Club in Mayfair war ein trefflich gewählter Platz, um **Fritz Wirth**, den Korrespondenten der WELT in London, von seinen Freunden, Kollegen und Bekannten Abschied nehmen zu lassen. Siebzehn Jahre berichtete Fritz Wirth für die WELT aus Großbritannien, bevor er jetzt in die amerikanische Hauptstadt wechselte.

Aus Deutschland waren **Christian Herfurth**, Mitglied des Vorstands der Axel Springer Verlags AG, WELT-Chefredakteur **Herbert Kremp** und Verlagsleiter **Ernst-Dietrich Adler** gekommen, um Wirth zu verabschieden und den mehr als einhundert Gästen aus Politik, Wirtschaft und Presse dessen Nachfolger, **Reiner Gatermann**, vorzustellen. Seit 1975 berichtet Gatermann für die WELT aus Skandinavien. Anfang Januar wird er seine Arbeit als politischer Korrespondent der WELT in London aufnehmen.

Zu dem illustren Kreis der Gäste im Arts Club zählten **G. Z. Steffens**, Vorsitzender der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Großbritannien, **Frederick Ullstein**, ein in London lebendes Mitglied der berühmten Verleger-Familie, nahezu alle aus London berichtenden Korrespondenten der deutschen Medien, Mitarbeiter der führenden britischen Tageszeitungen, Direktoren deutscher und britischer Banken und Unternehmen, der Gesandte der Deutschen Botschaft in London, **Freiherr von Stein**, und, last not least, der deutsche Botschafter, **Rüdiger von Wechmar**. Der WELT und in erster Linie Fritz Wirth war zuvor besondere Ehre zuteil geworden: In der Deutschen Botschaft am Belgrave Square gab Botschafter von Wechmar Fritz Wirth einen Abschieds-Lunch, zu dem neben Herfurth, Adler und Kremp auch Gatermann und der Wirtschafts-Korrespondent der WELT in London, **Wilhelm Furler**, geladen waren. Zum Gästekreis gehörte der Chefredakteur der Times, **Charles Douglas-Home**, ein Neffe des früheren konservativen Premierministers Sir **Alexander Douglas-Home**. Der Times-Chefredakteur zu Wirth, als dieser von seinem Vorhaben erzählte, einen letzten Bericht aus London über die Geschichte der Times zu schreiben: „Den geben Sie mir aber zu lesen, bevor er gedruckt wird".



Ablösung: Reiner Gatermann, Fritz Wirth FOTO: DIE WELT

EHRUNGEN

Für seine Untersuchungen von Schadensfeuern in Chemieanlagen hat der Stuttgarter Wissenschaftler Professor **Axel Schönbucher** den mit 20 000 Mark dotierten Dechema-Preis 1983 der Max-Buchner-Forschungsstiftung erhalten. Schönbuchers Untersuchungen haben zu neuen Erkenntnissen über Strahlungsvorgänge geführt und damit wesentlich zur Sicherheit von Chemieanlagen beigetragen. Der 1945 in Korntal in Württemberg geborene Wissenschaftler war von 1974 bis 1982 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für physikalische Chemie der Universität Stuttgart und ist seitdem Professor für Technische Chemie.

*

Im Rahmen eines Empfanges wurden Professor em. Dr.-Ing. **Xaver Hafer**, ehemaliger Leiter des Instituts für Flugtechnik der Technischen Hochschule Darmstadt, Professor Dr. rer. nat. **Hermann Jordan**, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V., und Dr. rer. nat. **Hans-Georg Knoche**, Hauptabteilungsleiter Aeromechanik Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, zu Ehrenmitgliedern der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt e. V. ernannt.

DFB-POKAL / Karlsruhe blamierte sich bei Amateuren – Köln und Bochum scheiterten an Zweitligaklubs – Ganze Branche macht Jagd auf ein Talent

Maximilian Heidenreich oder Wie man sich zwischen alle Stühle setzen kann

PETER STÜTZER/DW. **Bonn**

Es war wieder so, wie es eigentlich in Pokalrunden immer wieder passiert: Ist es die Arroganz, ein überzogenes Selbstbewußtsein oder eine mangelhafte Berufsauffassung, einige Bundesligaklubs jedenfalls geraten im Pokal gegen vermeintliche Außenseiter stets ins Stolpern. So überraschte eine unbekümmert aufspielende Oberliga-Mannschaft aus Haiger den Karlsruher SC und gewann mit 1:0 in der Verlängerung. Der 1. FC Köln und der VfL Bochum konnten bei Zweitligaklubs nicht bestehen.

Nachdenklich stimmen muß auch, daß eine Mannschaft wie der Titelverteidiger und Bundesliga-Tabellenführer Bayern München im Pokal einen Amateurgegner braucht, um sich selbst aus der Krise zu schießen. Also sagte Bayern-Trainer Udo Lattek nach dem 8:0 bei den harmlosen Amateuren von Friesen Hänigsen: „Das Gerede von einer Krise bei uns. Wir mußten hier beweisen, daß wir nicht abgeschrieben sind."

Der Pokal als Bühne der Selbstdarstellung. Ein junger Mann hat diese Chance nicht nutzen können. Eine ganze Branche macht Jagd auf das Talent Maximilian Heidenreich von Hannover 96. Der Erwartungsdruck wird immer größer, seine Zukunft aber auch immer ungewisser.

Noch aber wertet Maximilian Heidenreich die Dinge in der Sorglosigkeit und der Sprache eines 17jährigen Gymnasiasten. „Die Geschichte mit mir hat jetzt eine Eigendynamik entwickelt. Sie geht ganz einfach von allein weiter." Wer könnte ihm die träumerische Sorglosigkeit auch verdenken: Noch nicht volljährig, Schüler, Amateur, Zweitligaspieler bei Hannover 96 und doch schon der zur Zeit umworbenste Fußballspieler Deutschlands.

Frei nach den zweifelhaften Gesetzen dieser Branche: Was der andere für sich will, soll lieber mir gehören. Bis ins nahe Hamburg hatte es sich zuerst herumgesprochen, daß da einer sei, der den Ball über fünfzig Meter schlagen kann wie Felix Magath. Also reiste HSV-Manager Günter Netzer an, um tatsächlich zu befinden, dieser Heidenreich werde ein zweiter Magath.

Womit er den VfB Stuttgart auf den Plan rief, denn mittlerweile war auch den Schwaben zu Ohren gekommen, daß es oben in Hannover jemanden gebe, der könne den Ball streicheln wie einstmals Hansi Müller. Und das ganze 50 000 Mark Ablöse billig. Geschäftsführer Ulrich Schäfer begab sich also auf die Reise in den Norden, um festzustellen, daß dem VfB gerade so einer wie Heidenreich noch gefehlt habe.

Damit war nun endgültig auch Uli Hoeneß im Spiel. Denn dem reichte das auffällige Interesse der Konkurrenz, um, ohne diese Mischung aus Magath und Müller jemals gesehen zu haben, am Dienstagabend im Hotel Interconti von Hannover gleich mit Vater Heidenreich die Verhandlungen aufzunehmen. In Augenschein nahm der Manager des FC Bayern München den 17jährigen schließlich am Mittwoch beim 2:1-Sieg von Hannover 96 gegen den 1. FC Köln, wobei dieser jedoch unter seinen so gepriesenen Möglichkeiten blieb. In der nächsten Woche will Hoeneß die Gespräche fortsetzen.

Soviel zur Eigendynamik. Talent Heidenreich könnte im Grunde unter dem Feinsten vom Feinen wählen, zum Ausloten der finanziellen Möglichkeiten hat er den Vater vorgeschickt. Und an diesem Punkt setzen die Probleme ein. Denn Klaus Heidenreich, ehemals Manager bei Arminia Hannover, lotet nicht nur aus, er fordert: Mit „Maxi" soll auch die ganze Familie übersiedeln, und zwar komplett: Mutter Renate, Vater Klaus, die Brüder Phillip (13) und Christian (12), dazu der Hund. *Verdienen soll „Maxi" viel* (ab 150 000 Mark aufwärts), arbeiten aber wenig, denn zum Schulbesuch bis zum Abitur 1987 muß er vormittags freigestellt werden. Die Hamburger sprangen als erste ab. HSV-Präsident Dr. Wolfgang Klein zur WELT: „Solchen Forderungen können wir nicht folgen. Wer wie ein Vollprofi verdienen will, muß wie ein Vollprofi arbeiten." Für Mutter Heidenreich war das Thema erledigt: „Das HSV-Angebot war ohnehin eine Frechheit. Da kann man ja in Hannover mehr verdienen."

Seither ist Stuttgart Favorit. Geschäftsführer Schäfer hatte den Söhnen schließlich VfB-Trikots mitgebracht, die Familie umschmeichelt und die Mutter auf seine Seite gebracht, die prompt befand: „Ein ausgesprochen netter Mensch mit vorbildlichem Auftreten." Managment und Elternhaus Heidenreich (was ja keinen Unterschied macht) befanden: „Der VfB hat die besten Karten."

Nur wird längst das eigene Blatt immer schlechter. Vater Klaus Heidenreich nämlich, Anlageberater mit Finanz- (IOS) und Baupleiten (Dr. Ammanns Bauherrenmodelle) und somit Gläubigern im Nacken, läßt nämlich bei Verhandlungen so ganz nebenbei einfließen, daß er mit dem neuen Verein seines Sohnes auch selbst im Immobilienbereich ins Geschäft zu kommen gedenke. Nach dem HSV zögert nun auch der VfB Stuttgart, sich mit einem Talent ein ganzes Paket drohende Unbill einzukaufen. Und auch Hoeneß hat schon gesagt: „Wenn ein 17jähriger schon 200 000 Mark kosten und obendrein noch die Familie ernähren soll, tut er mir leid. Der Druck ist zu gewaltig für den Bub."



Harald Schumacher hält den aufgebrachten Hartmann zurück
FOTO HORSTMÜLLER

ERGEBNISSE

In der zweiten Runde des DFB-Pokals gab es folgende Resultate: **Bundesliga unter sich:** Schalke – Dortmund 3:2, Uerdingen – Düsseldorf 2:1, Gladbach – Frankfurt 4:2 n. V. – **Bundesliga gegen 2. Liga:** Wattenscheid – Mannheim 0:4, Bremen – Darmstadt 5:0, Aachen – Bochum 3:0, Hannover – 1. FC Köln 2:1. – **Bundesliga gegen Amateure:** Bochum (A) – Stuttgart 1:2, Friesen Hänigsen – München 0:8, Altona – Leverkusen 0:3, Haiger – Karlsruhe 1:0 n. V. – **Zweite Liga unter sich:** Hertha BSC – F. Köln 4:3 n. V., Saarbrücken – Nürnberg 4:1. – **Zweite Liga gegen Amateure:** Bayreuth – Solingen 1:2, Geislingen – Offenbach 4:2. – **Amateure unter sich:** Nürnberg (A) – Jülich 10 0:3.

AUSLOSUNG

Bayern München war für die Amateure des TSV Friesen Hänigsen gleich mehrere Nummern zu groß. Dennoch werden die Amateure für ihre gute Leistung im Spiel gegen den Titelverteidiger belohnt. Die ganze Mannschaft wurde zur Auslosung des Pokal-Achtelfinales vom Hessischen Rundfunk nach Frankfurt eingeladen. Torwart Ralf Krüger wird am Samstag im Ersten Deutschen Fernsehen (ARD) die Lose für die dritte Runde am 22./23. Dezember ziehen. Im Studio wird auch die Mannschaft von Eintracht Haiger sitzen. Die Spieler wurden für das 1:0 über Karlsruhe mit der Einladung ins Fernsehstudio belohnt. Das Endspiel des 42. Wettbewerbs wird am 26. Mai 1985 im Berliner Olympiastadion ausgetragen.

EISHOCKEY / Interessengemeinschaft half Schwenningen aus dem Tief

Hilfsaktionen – die Fans füllen Lottoscheine auf Klubnamen aus

U. HOLTHOFF, **Schwenningen**

Das erste Entsetzen ist der Zuversicht gewichen. „Wir sind sicher, daß wir diese Saison sportlich auf jeden Fall beenden können. Mit Ausnahme von zwei Spielern haben bereits alle neue Verträge zu geänderten Bedingungen unterschrieben." Karl-Henning Lichte, Sprecher einer unabhängigen Schwenninger Interessengemeinschaft zur Unterstützung des örtlichen Eishockey-Klubs ERC, zieht vor dem Bundesligaspiel heute abend in Kaufbeuren (19.30 Uhr) ein erstes optimistisches Resümee.

Die erste Gefahr scheint gebannt. Der Schwenninger ERC wird zwar die Liste der Finanzskandale in der Eishockey-Bundesliga verlängern, *doch eine ähnlich spektakuläre Pleite* wie beim Berliner SC, dem EHC München, ERC Freiburg, VfL Bad Nauheim oder Rosenheimer EC wird er voraussichtlich vermeiden können. Dank der spontanen Hilfe eishockeybegeisterter Bürger. „Der Verein hat Tradition. Er ist jetzt 80 Jahre alt. Er ist von Bürgern aufgebaut und zu dem gemacht worden, was er heute ist", erklärt Manfred Gruhl die Welle der Hilfsbereitschaft, die den ERC direkt nach Bekanntwerden einer Steuernachforderung in möglicherweise Millionenhöhe überschwemmte.

Manfred Gruhl gehört zu den Initiatoren der Interessengemeinschaft, in der sich spontan rund 100 Fans zusammenschlossen. Mit dem Ziel, „den Spielbetrieb aufrechtzuerhalten und die Notlagen, die den Spielern entstanden sind, auszugleichen", so ihr Sprecher Lichte. Die Steuerschulden wollen sie nicht bezahlen.

Der Mangel an einem geeigneten Großsponsor zwang zu ungewöhnlichen privaten Maßnahmen. Innerhalb von drei Wochen gelang es, genügend Leute zu aktivieren, die bereit sind, mit regelmäßigen Spenden den Spielbetrieb bis Saisonende aufrechtzuerhalten. Die neuen Verträge für die Spieler (zwei haben noch Bedenkzeit erbeten) noch vor Beginn der Wechselfrist am 1. Dezember sind ein sichtbarer Erfolg der ungewöhnlich engagierten Bürgeraktion.

1500 Mitglieder hat der Traditionsverein, der das sportliche Aushängeschild der Region ist. Von Stuttgart bis Lörrach kommt das Publikum zu den überdurchschnittlich gut besuchten Heimspielen. Eishockey wird überall gespielt, rangiert noch vor Fußball. In Betriebs- und Straßenmannschaften spielen sie in Schwenningen Eishockey wie anderswo Fußball. Ein fast familiäres Verhältnis der Spieler zum Publikum hat dazu geführt, daß Fans ihnen jetzt vor Auswärtsspielen Kuchen an den Bus bringen, Frauen des Fanclubs Weihnachtsgebäck zugunsten des Klubs verkaufen und Fans Lottoscheine auf den Klubnamen ausfüllen. Hilfsbereitschaft, die auch deshalb möglich wurde, weil die Anhänger das ungesetzliche Finanzgebaren tolerieren, das jetzt durch die Anzeige eines Spielers wieder einmal aufgedeckt wurde. „Hier wurde nur praktiziert, was überall im Eishockey üblich ist. Außerdem gab es keine schwarzen Kassen. Eine gewisse Blauäugigkeit ist den Herren jedoch nicht abzusprechen", erklärt Gruhl.



Georg Holzmann: Noch keinen neuen Vertrag
FOTO WEREK

Fehler seien gemacht worden, räumt auch Hermann Benzing ein, seit 17 Jahren Abteilungsleiter des ERC. Fehler, die durch unzeitgemäße Steuergesetze fast provoziert werden. Seit Jahren bewegen sich die Eishokkey-Klubs am Rande der finanziellen *Legalität, werden* die Bundesligaspieler über die Steuergrenze von 8400 Mark jährlich hinaus bezahlt; entweder über sogenannte größtenteils vom Finanzamt anerkannte Vorgeschaltgesellschaften oder durch die Vereine, die ihre 1. Mannschaften als wirtschaftliche Geschäftsbetriebe angeben und damit steuerpflichtig sind.

Seit Jahren bemüht sich der Deutsche Eishockey-Bund (DEB), dessen Ansehen durch immer neue Finanzskandale leidet, um eine akzeptable Lösung. „Wir haben einen Antrag gestellt, die Vereine wie wirtschaftliche Geschäftsbetriebe zu behandeln, was die Abgabenordnung den Vereinen gestattet. Wir wollen so behandelt werden wie der Fußball. Außerdem brauchen wir als DEB größere Möglichkeiten zur Wirtschaftlichkeitsüberprüfung unserer Vereine", erklärt Fritz Brechenmacher, der Ligenvorsitzende im DEB. Er war maßgeblich beteiligt an der Erstellung eines entsprechenden Antrages, den der DEB im Herbst 1982 den Körperschaftssteuerreferenten der Länder vorlegte. Eine Entscheidung darüber steht seit zwei Jahren aus.

SCHACH

Herren gut – Debakel für die Damen

DW. **Moskau/Saloniki**

Während Anatolij Karpow und Garri Kasparow bei ihrem Titelkampf in Moskau in der 26. Partie das 17. Remis hintereinander erreichten, spielten das sowjetische Team bei der 26. Mannschafts-Weltmeisterschaft in Saloniki voll auf Angriff. Es deklassierte Ungarn mit 4:0. Die deutschen Herren erreichten ebenfalls einen 4:0-Sieg gegen Mexiko, während die Damen ein 0:3-Debakel gegen Bulgarien erlebten.

Das 17. Remis hintereinander zwischen Karpow und Kasparow ist ein einmaliger WM-Rekord. Ludek Pachman kommentiert.

Die Notation (Weiß, Kasparow. *Englische Partie*): **1.Sf3 Sf6, 2.c4 c5, 3.Sc3 Sc6, 4.d4 cxd4, 5.Sxd4 e6, 6.g3 Db6, 7.Sb3 d5, 8.cxd5 Sxd5, 9.Lg2 Sxc3, 10.bxSc3 Le7, 11.0-0 e5 . . .**

Bisher war alles identisch mit dem 24. Spiel, in dem Schwarz rochierte.

12.Le3 Dc7, 13.Sc5 0-0, 14.Da4 LxSc5 !? . . .

Schwarz kann den Springer auf seiner starken vorgeschobenen Position nicht lange dulden. Möglich wäre auch Sa5, danach 15.Sa6?, was aber an Dxc3 scheitern würde, und 15.Sb3 mit Sc4, 16.Lc5 Lxc5, 17.Dcx4 Lb6.

15.LxLc5 Td8, 16.Tfd1 Le6, 17.h3 TxTd1, 18.TxTd1 Td8, 19.TxTd8 DxTd8, 20.Lxa7 . . .

Sonst wäre 20. . . . Ld5 eine einfache Abwehr gegen den vom weißen Läufer ausgeübten Druck.

20. . . . Da8, 21.Lxc6 bxLc6, 22.Kh2 h5, 23.Da5 f6 Remis.

Der weiße Mehrbauer hat nur einen symbolischen Wert. Nach 24.Db6 oder Lb6 geht der Bauer a2 verloren. Falls jedoch 24.a3 (mit dem Plan Dc5 und Lb6) erfolgt, so folgt Lc4, und der Bauer e2 ist nicht zu retten. Falls 25. e3? erfolgt, wäre c5! drohend und Lf1 oder Df3 für Weiß sogar gefährlich. Auch nach 25.e4 reicht c5 aus!

STAND PUNKT

Was wird aus Zola Budd?

Heute wird die in Südafrika geborene Weltrekordläuferin Zola Budd in Kapstadt bekanntgeben, wie die Fortsetzung ihrer Karriere aussehen soll. Die 18jährige startete bei den Olympischen Spielen in Los Angeles für Großbritannien. Danach kehrte sie nach Südafrika zurück, wo sie von der schwarzen Bevölkerung zur „Sportlerin des Jahres" gewählt wurde.

Zola Budd, die sich vorerst von ihren in Scheidung lebenden Eltern getrennt hat, wird heute folgendes mitteilen: Das internationale Comeback erfolgt am 30. Dezember beim traditionellen Silvesterlauf von Zürich. Als nächster großer Start sind die Cross-Weltmeisterschaften 1985 in Lissabon geplant – die Teilnahme soll im englischen Trikot erfolgen.

Allerdings möchte sich die Südafrikanerin Zola Budd so oft wie möglich in ihrer Heimat Südafrika aufhalten. Sollte dies vom englischen Verband nicht genehmigt werden, besteht der Plan, in die Schweiz zu übersiedeln. Deshalb wird Res Brugger, der Chef des großen Zürcher Sportfestes, zugleich versuchen, die Engländer davon zu überzeugen, daß eine in Südafrika geborene Engländerin durchaus auch dann für England laufen und siegen kann, wenn sie in der Schweiz lebt.

Zola Budd hofft auf einen Kompromiß. Sollte er nicht zustande kommen, kann die Karriere dieser hochtalentierten Läuferin ein jähes Ende finden. Sie wird sich dann wohl für immer nach Südafrika zurückziehen und gemäß den internationalen Verbandsstatuten keine internationalen Starts mehr absolvieren. Es ist das Los einer weißen Südafrikanerin, die von ihren schwarzen Landsleuten zum Vorbild erhoben wurde.

KLAUS BLUME

MOTORSPORT

Mitterrand um Hilfe gebeten

dpa. **Paris**

Im Konflikt um die Annullierung der Rallye Monte Carlo und der Weltmeisterschaftswertung für das Formel-1-Rennen im Fürstentum Monaco ist ein toter Punkt erreicht. Der Automobilclub von Monaco (ACM) und der Internationale Automobilsportverband (FISA) gerieten wegen eines Finanzstreits in eine Sackgasse.

ACM-Präsident Michel Boeri kündigte in Paris an, Monaco werde alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen, um eine globale Lösung für Rallye und Grand Prix zu erreichen. Eine weitgehend über Italien führende Rallye Monte Carlo schloß Boeri aus. Außerdem erwarte er vom französischen Staatsrat *bald* ein *Urteil* über die am 7. November eingereichte Klage gegen den französischen Verband wegen geforderter Straßenbenutzungsgebühr in Höhe von einer Million Franc (333 000 Mark) für die über französisches Territorium führende Rallye.

FISA-Präsident Jean-Marie Balestre rechtfertigte mit umfangreichen Dokumenten erneut die am 14. November bekanntgegebene Entscheidung, die für Januar 1985 geplante Rallye Monte Carlo und den für Mai 1985 vorgesehenen Grand Prix vom Terminkalender zu streichen. Balestre räumte indessen ein, es handele sich nur um einen Konflikt, der die Termine im Jahr 1985 betreffe. Er dementierte zugleich, an irgendwelchen Initiativen zu einer eventuellen Ersatzrallye „Monte Carlo-B" auf französischem Boden mit Zielort Nizza beteiligt zu sein.

Inzwischen aber hat sein Vorgänger Claude Bourilliot den französischen Staatspräsidenten Mitterrand gebeten, Balestre den Rücktritt nahezulegen, um weiteren Schaden von der französischen Republik abzuwenden.

NACHRICHTEN

Torwart verletzt

Braunschweig (sid) – Fußball-Bundesligaklub Eintracht Braunschweig muß am Samstag in Bremen mit dem Amateur-Torwart Jörg Hoßbach (20) spielen. Waldemar Josef, der bislang den Ex-Nationaltorwart Bernd Franke (Innenbandriß) vertrat, zog sich beim Training einen Bänderriß am Knöchel des linken Fußes zu und muß operiert werden.

Barcelona bleibt vorne

Madrid (dpa) – Durch einen 2:0-Erfolg über Hercules Alicante verteidigte der FC Barcelona seinen Fünf-Punkte-Vorsprung in der spanischen Fußball-Meisterschaft. Bernd Schuster erzielte diesmal keinen Treffer. Real Madrid gewann gegen Osasuna durch ein Tor von Santillana in der Schlußminute mit 1:0.

Sperre für Maradona

Neapel (sid) – Der argentinische Fußballstar Diego Maradona vom italienischen Erstligaklub AC Neapel wurde nach seinem Platzverweis beim Spiel in Ascoli mit einer Sperre von einem Spiel belegt. Maradona war gegen seinen Gegenspieler Nicolini, der als Anstifter zwei Spiele gesperrt wurde, handgreiflich geworden.

Kundgebung abgesagt

Düsseldorf (sid) – Die Sympathie-Kundgebung deutscher Spitzensportler für den Freiburger Sportmediziner Armin Klümper ist von den Organisatoren abgesagt worden. Die Absage erfolgte auf Wunsch des Freiburger Arztes.

Derwall Nationaltrainer?

Ankara (sid) – Der frühere Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall soll Trainer der türkischen Nationalmannschaft werden. Dazu ist offenbar der Verband entschlossen, nachdem der bisherige Trainer Candan Tarhan nach dem 0:8 in England zurückgetreten war. Derwall, Trainer in Istanbul, war bislang nur Berater der Nationalelf.

ZAHLEN

FUSSBALL

Länderspiel in Petah Tikva: Israel – Rumänien 1:1 (1:0). – **WM-Qualifikation, Gruppe 4, in Paris:** Frankreich – Bulgarien 1:0 (0:0). Tabelle: 1. Frankreich (5:0-Tore/4:0-Punkte), 2. Jugoslawien (3:2/3:1), 3. „DDR" (7:3/2:2), 4. Bulgarien (0:1/1:3), 5. Luxemburg (0:9/0:4). – **Länderspiel „U16" in Izmir:** Türkei – Deutschland 0:2 (0:0).

HANDBALL

Bundesliga, Männer: Kiel – Hofweier 26:22, Wallau-Massenheim – Großwallstadt 16:16, Essen – Dankersen 17:15. – Tabellenspitze: 1. Essen (145:123/13:3), 2. Großwallstadt (164:142/12:4), 3. Hüttenberg (155:146/11:3), 4. Kiel (164:147/10:4). – **Bundesliga, Damen, Gruppe Süd:** Humboldt Berlin – Auerbach 15:14, GW Frankfurt – Guts Muths Berlin 19:18, Lützellinden – Sindelfingen 28:10, Gießen – Nürnberg 10:23. – **Gruppe Nord:** List – Engelskirchen 19:18, Jarplund-Weding – Uerdingen 23:12, Herzhorn – Leverkusen 11:25, Minden – Oldenburg, Kiel – Eilbeck 19:17.

BASKETBALL

Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel, in Paderborn: Deutschland – Albanien 89:80 (47:39).

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Hamburger SV – Fortuna Bonn 3:1. – **Damen:** VfL Oythe – Viktoria Augsburg 0:3.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Johannesburg, Herren, erste Runde: Teltscher (USA) – Maurer (Deutschland) 6:2, 6:4. – **Turnier in Sydney, Damen, dritte Runde:** Garrison (USA) – Bunge (Deutschland) 6:3, 7:5.

SCHACH

Olympiade in Saloniki, dritte Runde, Herren: Deutschland – Mexiko 4:0 (Hübner – Sisniega 1:0, Lobron – Palma 1:0, Kindermann – Rusella 1:0, Ostermeier – Gonzales-Mata 1:0). – **Damen:** Deutschland – Bulgarien 0:2 (Hund – Vojska 0:1, Fischdick – Boyadjeva Hängepartie, Feustel – Angelova 0:1).

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 2, 3, 13, 22, 32, 35, 38, Zusatzzahl: 33. **Spiel 77:** 1 685 155. (Ohne Gewähr).

Tumulte im Londoner Parlament

● Fortsetzung von Seite 1

beitsplatz beschleunigt. Hinzu kam der Abscheu vor den sich verschärfenden Szenen an den Streikposten-Fronten. Beobachter melden, daß zunehmend Jugendliche, die mit den Bergleuten nichts zu tun haben, aus Lust an der Zerstörung das Geschehen in Kohlegemeinden brutalisieren.

Ein Großteil der streikenden Bergleute ist inzwischen auch von der Taktik Arthur Scargills desillusioniert. Er hatte ihnen immer wieder versprochen, sein Kampf gegen Regierung und Kohlebehörde würde erfolgreich sein, weil es ihm gelingen würde, die Strom- und Energieversorgung des Landes zusammenbrechen zu lassen. Davon kann keine Rede sein. Immerhin fahren, so Vertreter der Kohlebehörde gegenüber der WELT, inzwischen mehr als 60 000 von insgesamt 125 000 Bergleuten Tag für Tag in die Zechen ein. Vor wenigen Wochen arbeitete höchstens ein Drittel der Bergleute.

Allein in dieser Woche sind mehr als 5000 Bergleute wieder an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. In der Woche zuvor waren es 5016 Bergleute. Die bislang an einem Tag größte Zahl Rückkehrwilliger war am Montag zu verzeichnen, als 3278 Bergleute ihre Arbeit wieder aufnahmen. Eine ebenso große Zahl wird für den nächsten Montag erwartet, zumal das Weihnachtsfest immer näher rückt.

Tief getroffen hat viele Bergleute auch die Enthüllung, daß Scargill und seine engsten Vertrauensleute intensive Kontakte zu Oberst Khadhafi und dessen libyscher Regierung sowie zu führenden Regierungsmitgliedern der Sowjetunion unterhalten. Schließlich wissen sie, daß die staatlichen Gewerkschaften der UdSSR alles andere als freie Organisationen der Arbeiter sind.

Inzwischen haben sich Vertreter der beiden größten Kirchen in Großbritannien, der Church of England und der Katholiken, mit der Führung der Bergleute-Gewerkschaft getroffen, um Möglichkeiten einer Friedensformel zu sondieren. Bischöfe beider Kirchen sind in jüngster Zeit unter scharfen Beschuß von Mitgliedern der Regierung Thatcher geraten. London wirft der Geistlichkeit vor, gegen die Regierung Partei zu ergreifen, ohne über Kompetenz und Fachwissen zu verfügen.

Hoppe: Berliner Politik nur mit FDP kalkulierbar

Karl-Hermann Flach wird wieder als Kronzeuge genannt

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Freien Demokraten in Berlin befinden sich nach den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Hans-Günter Hoppe, in einer vergleichbaren Situation, wie sie 1971 der inzwischen verstorbene Generalsekretär Karl-Hermann Flach für die Bundesrepublik Deutschland beschrieben hatte. Vier Monate vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 10. März zitierte Hoppe in einem WELT-Gespräch aus den 13 Jahre alten Aussagen von Flach, die nach den Worten des Berliner FDP-Abgeordneten für die Stadt „heute aktueller denn je" sind. Denn wer Berlin nicht dem Zufall preisgeben wolle, müsse wissen, daß dort nur mit der FDP die Politik „kalkulierbar" bleibe. Wenn die Liberalen erneut den Einzug in das Abgeordnetenhaus schafften, würde es „mit hoher Wahrscheinlichkeit" zu einer Fortführung des Bündnisses mit der CDU kommen.

Karl-Hermann Flach hatte 1971 unter anderem erklärt: „So übertrieben das klingen mag: Die gesamte Entwicklung des innenpolitischen Gefüges in der Bundesrepublik Deutschland hängt vom Abschneiden der Freien Demokratischen Partei ab. Und darüber hinaus nicht nur die innenpolitische Entwicklung; denn wenn in dem wirtschaftlich stärksten westeuropäischen Staat, der Bundesrepublik Deutschland, die Kräfte wieder umschlagen, wird das weit darüber hinaus Wirkungen haben." Er hatte zur damaligen sozial-liberalen Koalition weiter erklärt: „Schafft es die FDP, schafft es diese Regierung wieder." Außerdem hatte Flach die Gefahr der personellen Polarisierung auf zwei Kandidaten als „eines der Hauptprobleme" bezeichnet: „Darum wäre es lebensgefährlich, wenn wir außerhalb der Auseinandersetzung stehen würden, d. h. wir müssen dem letzten für uns Ansprechbaren klar machen, daß es bei dieser Wahl um die FDP und nichts anderes geht."

Diese Feststellungen von Flach im Vorfeld des Bundestagswahlkampfs 1972, bei dem es um die Fortsetzung der SPD/FDP-Koalition in Bonn ging, sind nach Ansicht von Hoppe praktisch nur mit der Einschränkung auf den Berliner Wahlkampf übertragbar, daß es jetzt um die Fortführung des CDU/FDP-Bündnisses geht. Denn, so der Politiker: „Weder der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen mit der CDU und schon gar nicht der ‚Fremdkörper' Hans Apel mit der SPD können es in Berlin allein packen." Die „Fernseh-Alternative" Diepgen oder Apel könne zwar „bequem" sein, sei aber für die praktische Politik „irrelevant". Deshalb müsse auch jeder „mit Blindheit geschlagen" sein, der „die Schlüsselrolle" der FDP für den 10. März leugne.

Gleichzeitig wies Hoppe selbstkritisch auf die Querelen der letzten Monaten innerhalb der Berliner FDP hin. Insbesondere mit Blick auf den Bezirk Tiergarten meinte er, man könne von keinem Wähler erwarten, einer Partei die Stimme zu geben, die „ihre Chancen selbst ruiniert". Auch hier müßten die Freien Demokraten den Satz von Flach „Nur wer selber innerlich davon überzeugt ist, daß er das Richtige getan hat, wird auch am Ende die Wähler wieder auf sich ziehen" für sich aktualisieren.

Dabei könne die FDP „auf ihren Anteil an vier Jahren erfolgreicher Politik in Berlin stolz" sein. So habe sie die Wahl Richard von Weizsäckers zum Regierenden Bürgermeister erst möglich gemacht. Sie sei dann „nach einem Abschnitt der parlamentarischen Zusammenarbeit" mit der CDU in den Senat eingetreten, „um die Politik zu stabilisieren". Hoppe nannte hier im WELT-Gespräch vier Schwerpunkte, die ohne die Freien Demokraten nicht hätten umgesetzt werden können. Eine Politik,

- die sich an dem Dreiklang Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur orientiere,
- die den Bürgern wieder Selbstvertrauen gab,
- die wieder Sympathie für die Stadt gewann,
- die Arbeitsplätze schuf und zukunftsorientierte Branchen in die Stadt holte.

Dafür lohne es sich „zu kämpfen und in die Offensive zu gehen". Denn Berlin müsse „an der Nahtstelle zwischen Ost und West stabil bleiben". Hans-Günter Hoppe: „Nur dann werden die im Interesse der Menschen notwendigen deutschlandpolitischen Impulse auch künftig von Deutschlands Mitte ausgehen." Auch deshalb müsse es eigentlich jedem Liberalen „Lustgewinn" verschaffen, für die Fortsetzung der Koalition zu werben.

Verständigung mit Polen nur über „menschliche Versöhnung"

Kritik an der Vorbereitung von Genschers Polen-Reise / Warschau vermeidet offene Polemik

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat gestern in Straßburg betont, die Verschiebung seiner Polen-Reise ändere nichts an dem Wunsch der Bundesregierung, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, „um das Verhältnis zu Polen zu entwickeln und auszubauen". Die deutschen Beziehungen zu Polen hätten über das normale Nachbarschaftsverhältnis hinaus eine historische und moralische Dimension, sagte Genscher vor dem Ministerkomitee des Europarates. Er plädierte dafür, Polen nicht zu isolieren.

Auch Staatsminister Alois Mertes (CDU) vom Auswärtigen Amt hat die Fortsetzung des „schwierigen Dialogs" zwischen der Bundesregierung und der polnischen Regierung als unerläßlich bezeichnet. „Eine deutsche Polen-Politik an den Inhabern der Macht in Warschau vorbei ist weder möglich noch verantwortlich", erklärte Mertes.

Das Bemühen um politische Verständigung zwischen Bonn und Warschau muß nach seinen Worten allerdings durch die menschliche Versöhnung der Völker ergänzt werden. „Der Priester Jerzy Popieluszko ist eine Symbolfigur der tiefsten Hoffnungen des polnischen Volkes. Deshalb war es unzumutbar, den deutschen Außenminister öffentlich davor zu warnen, am Grabe Popieluszkos diesen Priester und Patrioten zu ehren. Bonn kann nicht ignorieren, was das polnische Volk zutiefst bewegt."

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja (CDU), äußerte sich kritisch über die Vorbereitung der abgesagten Polen-Reise. Offenbar sei der „alles lähmende tiefe Graben zwischen Volk und kommunistischer Militärdiktatur in Polen" im Auswärtigen Amt falsch eingeschätzt worden.

Bedauern über die Absage Genschers äußerten demgegenüber die Sozialdemokraten. Nach ihrer Ansicht hat das „ständige Störfeuer aus der Union" gegen die Reiseabsicht zum Scheitern beigetragen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel meinte, auch die „schlimme Diskussion über die Oder-Neiße-Grenze" habe eine Rolle gespielt.

Mit Interesse ist in Bonn vermerkt worden, daß in einer offiziellen Reaktion des Warschauer Außenministeriums auf Genschers Absage einerseits scharfe Polemik vermieden wurde, andererseits aber die Visa-Verweigerung für den WELT-Korrespondenten Carl Gustaf Ströhm eine Bekräftigung erfuhr.

Man habe Ströhm die Einreise verweigert, so hieß es in Warschau, weil er für seine „aggressiven und oft falschen Publikationen" bekannt sei, „die gegen unser Land gerichtet sind und in denen er die polnischen Autoritäten verleumdet und sogar beleidigt". Ströhm habe sich gegen Genschers Besuch in Polen und gegen eine Verbesserung der Beziehungen ausgesprochen. „Deshalb hat die polnische Seite entschieden, daß Ströhms Anwesenheit in der Begleitung von Herrn Genscher diesen Besuch politisch kompromittieren würde." Auch in einem künftigen Fall werde man Ströhm auf keinen Fall die Einreise gestatten, versicherte der Sprecher des Außenministeriums, Wladyslaw Klaczynski.

Engelhard: Kein Volk von Kriminellen

Das Bundeszentralregister ist ein „elektronischer Leumund" für jeden Bürger

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Deutschen sind „kein Volk von Kriminellen". Auch der Anteil der hier lebenden Ausländer, die straffällig werden, ist „prozentual nur unwesentlich höher" als der Anteil der Vorbestraften an der Gesamtbevölkerung. Unter Hinweis auf das Bundeszentralregister sagte Bundesjustizminister Hans Engelhard gestern, gegenwärtig seien in der 430 Mitarbeiter zählenden Behörde in Berlin etwa fünf Prozent der Gesamtbevölkerung mit Delikten oder Straftaten eingetragen. Allerdings gebe es bei einzelnen Delikten im Vergleich zu deutschen Tätern prozentuale Abweichungen. So wurden 1983 mit 6055 Fällen 0,011 Prozent aller Deutschen wegen Mordes verurteilt. Bei den Ausländern waren es mit 1315 Fällen 0,028 Prozent. Von den hier lebenden 61,5 Millionen Menschen wurden 7370 (0,012 Prozent) verurteilt. Wegen Totschlags wurden 7245 Deutsche (0,012 Prozent) verurteilt. Bei den Ausländern waren es 2655 oder 0,057 Prozent. Insgesamt kam es zu 9900 Verurteilungen (0,016 Prozent).

In dem Zentralregister sind laut Engelhard 4,5 Millionen Personen mit 9,5 Millionen Eintragungen erfaßt. Allein im letzten Jahr seien rund 7,7 Millionen Auskünfte erteilt worden. Fast 60 Prozent aller Anträge auf Auskunftserteilung wurden von Behörden zum Beispiel zur Erteilung von Führungszeugnissen oder der Justiz erteilt. Nur 8,8 Prozent der Anträge auf Auskunft stellten Bürger für eigene Zwecke. Außerdem erhält das Zentralregister pro Jahr rund 1,6 Millionen Mitteilungen von Justiz, Verwaltung und ausländischen Gerichten.

Die Berliner Dienststelle als eine „der größten und modernsten Karteien Europas zur Erfassung von Straftaten", so der Minister, enthalte ein „geballtes" kriminalistisches Informationspotential. Das Register sei für die tägliche Praxis von Rechtsprechung und Verwaltung, aber auch als „elektronischer Leumund" für jeden Bürger „unerläßlich". Außerdem diene die statistische Auswertung dazu, „Folgerungen für die Rechtspolitik" ziehen zu können.

Damit möglichst kein Mißbrauch mit den in Berlin gespeicherten Daten getrieben werden kann, kann das Zentralregister nicht über Leitungen „abgefragt" werden. Auskünfte werden nur schriftlich gegenüber klar erkennbar Berechtigten erteilt. Für sie werden pro Jahr etwa 11 Millionen Mark eingenommen. Entsprechend den gesetzlich vorgeschriebenen Tilgungsfristen, die zwischen drei Jahren und „lebenslang" betragen, werden nach täglicher Prüfung hinfällig gewordene Daten völlig vernichtet.

Flüchtlinge: Strafanzeige gegen Genscher?

W. K. Bonn

In einem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren soll untersucht werden, ob die Herausgabe der Namen der „DDR"-Flüchtlinge in der Prager Botschaft der Bundesrepublik an „DDR"-Behörden eine strafbare Handlung darstellt. Das will der Lehrbeauftragte für „DDR"-Recht an der Würzburger Universität, Hannes Kaschkat, mit einer Strafanzeige bei der für diesen Staatsschutzvorgang zuständigen Kölner Staatsanwaltschaft klären lassen. Die Anzeige richtet sich gegen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, sowie gegen Unbekannt, weil auch andere Dienststellen, etwa das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, in Betracht kämen, sagte Kaschkat.

Nach Angaben des Anwaltes bestehe „der Verdacht, daß von Seiten des Auswärtigen Amtes eine Namensliste der derzeit und vorher in der Botschaft befindlichen Deutschen aus dem Gebiet der DDR an deren Behörden weiter gegeben" worden sei. Eine solche Mitteilung erfülle jedoch den Tatbestand des Paragraphen 241 a des Strafgesetzbuches. Sowohl die in diesem Fall genannten Personen, die in die Botschaft kamen, um die Ausreise zu erreichen, als auch weitere Personen, die mit den Flüchtlingen verwandt oder bekannt sind, würden damit der Gefahr politischer Verfolgung ausgesetzt.

Die SED-Führung habe zwar angeblich bei Rückkehr in die „DDR" Straffreiheit in Aussicht gestellt, diese jedoch nicht gegenüber Kontaktpersonen ausgesprochen. Paragraph 241 behandele ein Gefährdungsdelikt, erklärte Kaschkat.

In der Prager Botschaft hielten sich in den letzten Wochen bis zu etwa 160 „DDR"-Bewohner auf. Eine Anzahl von ihnen ist in die „DDR" zurückgekehrt und will von dort aus die Ausreise betreiben.

In Bonn wurde gestern die Erwartung geäußert, daß sich auch die übrigen Flüchtlinge für diesen Weg entscheiden, obwohl die SED-Führung keinerlei Zugeständnisse für eine Ausreise machte. Einem Anwalt der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) war es kürzlich in der Prager Botschaft verwehrt worden, mit den Flüchtlingen zu sprechen.

Aussicht auf Erfolg

adh. – Wer kennt sie nicht, die Geschichte von dem Ostblockland oder Handelspartner in der Dritten Welt, der dringend Maschinen oder andere Investitionsgüter kaufen möchte: Dringend benötigt, um das eigene produzierende Gewerbe in Schwung zu halten und so die eigenen Bürger zu versorgen und möglicherweise sogar etwas für den Export herzustellen. Denn nur dabei lassen sich schließlich die für vieles andere nötigen Devisen erwirtschaften.

Allzuoft enden die Anschaffungspläne heute allerdings an den von leeren (Devisen-)Kassen gesetzten Grenzen. Manch lukratives und auch sinnvolles Geschäft kommt deshalb nicht zustande, wissen deutsche Investitionsgüter-Produzenten aus leidvoller Erfahrung.

Bei der Schwierigkeit, Einkäufe in den Industrieländern zu finanzieren, kamen findige Strategen rasch auf einen anderen Einfall: Lastwagen gegen Kernseife beispielsweise. Freilich haben die zunehmend verlangten Kompensationsgeschäfte oft einen Haken: Das liefernde Unternehmen im westlichen Industrieland tut sich schwer mit der Vermarktung der zur Finanzierung angebotenen Ware. In diese immer deutlicher werdende Lücke ist jetzt die Metallgesellschaft AG gesprungen. Gemeinsam mit der First Boston Corporation hat sie eine Gesellschaft gegründet, die Hilfestellung leisten soll.

Die Idee riecht nach Erfolg. Denn angesichts der anhaltenden Finanzknappheit in der Dritten Welt werden diese Geschäfte noch lange die Einkaufsmöglichkeiten jener Länder bestimmen.

Spekulation

ed. – Die Diskontsenkung in den USA, die von der amerikanischen Notenbank mit einer etwas reichlicheren Geldversorgung der Banken vorbereitet worden war, nährt an der deutschen Börse Spekulationen, daß nun auch die Bundesbank die Leitzinsen, zumindest den Lombardsatz von 5½ auf fünf Prozent senken könnte. Einen Fingerzeig glauben manche Börsianer zu erkennen, weil die Bundesbank dem Geldmarkt mit ihrem jüngsten Pensionsgeschäft relativ viel Liquidität zugeführt hat, und das auch noch zu einem Zins, der anders als bei den bisherigen Offenmarktgeschäften unterhalb des Lombardsatzes lag. Zweifellos hat die Bundesbank damit demonstriert, daß sie trotz des nach wie vor hohen Dollarkurses einen etwas niedrigeren Zins am Geldmarkt anstrebt. Doch spricht einiges für die Vermutung, daß die Notenbank zunächst einmal nur eine flexiblere Steuerung der Geldmarktzinsen zwischen dem Diskont- und dem Lombardsatz beabsichtigt. Das hieße aber zugleich, daß eine Senkung des Lombardsatzes derzeit kein Thema ist.

ZUKUNFT DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT / Berlin-Symposium zeigt Wege

Neue Technologien erfordern auch andere Strategien der Sozialpartner

tb. **Berlin**

Der Weg in die Zukunft hat bereits begonnen. Neue Technologien, aber auch der Wandel der Wertvorstellungen beeinflussen die Organisation und Formen der Arbeit. Ein Wegweiser in die richtige Richtung will das Erste Berliner Symposium zur Zukunft der Industriegesellschaft sein. An dem zweitägigen Seminar unter dem Motto „Technologie – Wertewandel – Zukunft der Arbeit" nehmen mehr als 300 Vertreter aus der deutschen Wirtschaft teil.

Neue Techniken können helfen, die Arbeit flexibler zu gestalten und mehr den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen anzupassen, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, zur Eröffnung der Tagung. Allerdings verliere der Fortschritt den Boden unter den Füßen, wenn die Menschen ihn gegen sich gerichtet empfinden.

Eine humane Arbeit in einem durch neue Technologien geprägten Umfeld bedeute auch ein Überprüfen mancher Handlungsweisen und Strategien der Sozialpartner. Mit Blick auf die Arbeitgeber nannte er als Stichwort „Phantasiedefizit" und „Trägheit". Selbst bei der Teilzeitarbeit seien gestalterische Anstöße von seiten der Unternehmen nur in wenigen Fällen bekannt geworden.

Und die Gewerkschaften seien skeptisch bei der Teilzeitarbeit, weil sie ihre Organisationsinteressen berühre. Auf längere Sicht werde man sich an den spezifischen Arbeitszeitwünschen der Menschen aber nicht vorbeimogeln können. An die Adresse der Gewerkschaften gerichtet meinte Vogt, das geradezu zwanghafte Streben nach Vereinheitlichung und umfassender Normierung habe keine Zukunft.

Der Staatssekretär setzte sich auch für eine Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer bei der Einführung neuer Techniken ein. Jedes Unternehmen, daß seine Mitarbeiter frühzeitig informiere, leiste sich und dem Fortschritt einen wichtigen Dienst. Nach seiner Ansicht sollte ohne Vorurteile darüber diskutiert werden, ob das Betriebsverfassungsgesetz neuen Erfordernissen der Mitbestimmung angepaßt werden muß. Vorschläge dazu sind bereits von den Koalitionsfraktionen und auch von den CDU-Sozialausschüssen gemacht worden.

Auf die Konsequenzen für die Beschäftigung bei Einführung neuer Technologien wies Herman van Zonneveld von der EG-Kommission in Brüssel hin. Die Kommission habe zur Stimulierung der Technologie in Europa viele Vorschläge gemacht, unter anderem das „Esprit"-Programm (European Strategic Programm for Research and Development in Information Technology). Regierungen und Sozialpartner in der EG müßten sich nun national und auf europäischer Ebene zusammensetzen, um sicherzustellen, daß die neuen Technologien genutzt würden.

Nach Ansicht von Reimar Birkwald, Bezirksleiter der IG Metall in Hannover, seien für Arbeitnehmer und Gewerkschaften die Interessen beim Einsatz neuer Technik darauf gerichtet, an der Produktivitätssteigerung teilzuhaben, sozusagen als Bedingung zur Unterstützung von Technik überhaupt. Technik müsse die Anstrengung werden, um sozial verträgliche Bedingungen zu schaffen, sonst gebe es soziale Konflikte mit neuen Dimensionen.

Berlins Wirtschaftssenator Elmar Pieroth erwartet von dem Kongreß, daß er Kristallisationspunkt und Prüfstein für neue Wege in der Arbeitswelt wird. Das Symposium soll Aufschluß geben, wie die Modernisierung der deutschen Wirtschaft auf die Ansprüche und Wünsche der Arbeitnehmer eingehen könne und müsse.

Die Einführung neuer Technologien führt nach Ansicht des Berliner DGB-Vorsitzenden Michael Pagels zu steigender Arbeitslosigkeit, wenn die Arbeitszeit nicht verkürzt werde und das Wirtschaftswachstum gering bleibe. Auf einer Tagung „Neue Technologien und gewerkschaftliches Handeln" in Berlin sagte er, der immer stärkere Einsatz von Computern verändere nicht nur Arbeitsbedingungen und -inhalte, sondern zerstöre auch Arbeitsplätze.

FÖRDERUNG DES WOHNUNGSEIGENTUMS

Der Bund der Steuerzahler lobt Regierungsvorschläge

PETER JENTSCH, **Bonn**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat gestern einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der steuerlichen Förderung selbstgenutzten Wohneigentums vorgelegt. Die SPD will mit dem Gesetzentwurf nach ihrer Darstellung einmal die steuerliche Förderung selbstgenutzten Wohneigentums zugunsten der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen verbessern, die ohne stärkere staatliche Förderung kein Wohneigentum erwerben können. Darüber hinaus sollen auch Bauherren mit Kindern stärker gefördert werden.

Der Gesetzentwurf der SPD folgt den bereits im Juli dieses Jahres von der Bundesregierung vorgelegten „Leitlinien zur Neuordnung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums". Auf ihrer Basis will die Bundesregierung die steuerliche Grundförderung für Bauherren und Erwerber von selbstgenutztem Wohneigentum verbessern, die familienpolitische Komponente „wesentlich verstärken" und schließlich eine steuerliche Gleichbehandlung aller Formen von selbstgenutztem Wohneigentum erreichen.

Nach SPD-Vorstellungen soll die Reform kostenneutral finanziert werden. Das heißt, die Verbesserung für die genannten Personenkreise soll in erster Linie zu Lasten der Bezieher von hohen Einkommen sowie zu Lasten jener, die heute über den „Zweifamilienhaus-Vorteil" hohe Steuervorteile haben, erfolgen.

Unter anderem sieht der SPD-Gesetzentwurf die Abschaffung der Nutzungswertbesteuerung vor: selbstgenutztes Wohneigentum soll künftig als Privatgut behandelt werden. Darüber hinaus schlägt die SPD vor, die mit steigendem Einkommen stärker entlastende erhöhte Abschreibung nach § 7b EStG durch einen einkommensunabhängigen Eigenheimabzugsbetrag für selbstnutzende Wohneigentümer zu ersetzen. Schließlich soll das Baukindergeld auf das erste Kind ausgedehnt und von 600 auf 1200 Mark verdoppelt werden.

Unterdes hat der Bund der Steuerzahler in einem Gutachten die Reformvorschläge der Bundesregierung begrüßt. Dies gelte aus Gründen der Steuersystematik insbesondere für die Ablösung der Nutzungswertbesteuerung durch eine Konsumgutlösung. Vorteilhaft erscheine auch, daß es künftig nicht mehr zu Ungleichbehandlungen insbesondere zwischen Eigentümern von Ein- und Zweifamilienhäusern kommen soll. Der Bund der Steuerzahler lobt schließlich die mit der beabsichtigten Neuregelung zu erwartende Steuervereinfachung.

Als „nicht unbedenklich" betrachtet der Bund die Festschreibung der Förderung auf ihr bisheriges hohes Niveau. Ein stufenweiser Abbau könnte nach dem Gutachten einen Spielraum von etwa acht Milliarden Mark schaffen, der für allgemeine Entlastungen bei der Einkommensteuer zu verwenden wäre.

Kampf um Stahlbeihilfen

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Zeit gewonnen, alles gewonnen, mögen sich manche Politiker gesagt haben, als zu Beginn der 80er Jahre der Streit in der EG über die staatlichen Subventionen für die Stahlindustrie immer heftiger wurde. Statt die wettbewerbswidrigen Beihilfen kurzerhand für unzulässig zu erklären, wie es der Vertrag über die Gründung der Montanunion eigentlich verlangt, wartete die EG-Kommission 1981 lediglich mit einem „Beihilfekodex" für die Gemeinschaft auf, der später auf deutsches Drängen verschärft wurde.

Versucht werden sollte dadurch die zum Ärgernis gewordenen Subventionen wenigstens in den Dienst ernsthafter Bemühungen um die Modernisierung veralteter Anlagen und des Abbaus unrentabler Kapazitäten zu stellen. Beihilfen sollten nur noch genehmigungsfähig sein, wenn sie der Schaffung lebensfähiger Produktionseinheiten dienten und auch dann spätestens 1985 auslaufen.

Für die meisten EG-Regierungen brachte dieser Beschluß eine willkommene Atempause. Von niemandem konnte schließlich erwartet werden, daß er dem Konkurs von Betrieben untätig zusah, der – zumal in Regionen mit einseitiger Wirtschaftsstruktur – eine Gefährdung des sozialen Friedens heraufbeschworen hätte. Fraglich ist indes, ob allenthalben genug getan wurde, um die Stillegung überschüssiger Kapazitäten voranzutreiben. Schon jetzt sieht es so aus, daß der Termin für die Wiederherstellung fairer Wettbewerbsverhältnisse nicht einzuhalten sein wird.

Vereinbart worden war, daß öffentliche Zuschüsse zur Sicherung des laufenden Betriebs der Stahlunternehmen nur noch bis Ende 1984 zulässig sein sollten. Mehrere Regierungen haben inzwischen eine Verlängerung dieser Frist beantragt. Die Kommission versucht wenigstens den Zeitplan für die endgültige Beseitigung aller Beihilfen zu retten. Schmackhaft gemacht hat sie dies den Regierungen mit dem Angebot, die eigentlich auslaufende Frist für die Notifizierung von Betriebsbeihilfen zu verlängern und den Finanzrahmen für die Umstrukturierungsmaßnahmen erheblich aufzustocken.

Von Frankreich ist bekannt, daß es noch einmal zehn Milliarden Franc an öffentlichen Mitteln in seine Stahlindustrie pumpen will, um die Modernisierung der Branche voranzutreiben. In ähnlicher Größenordnung haben auch die Italiener Aufstockungswünsche, was in der deutschen Stahlindustrie verständlicherweise auf wenig Begeisterung stößt. Immerhin wollen die Franzosen durch Umstellungen im Profilstahlbereich Kapazitätsdrosselungen vornehmen, die mit dem Verlust von nochmals 15 000 Arbeitsplätzen verbunden sind. In der Bundesrepublik ist ebenfalls schwer zu sehen, wie das marode Unternehmen Arbed-Saarstahl 1985 ohne neue Betriebsbeihilfen auskommen soll.

Insgesamt ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Umstrukturierung der Stahlindustrie weit fortgeschritten ist. So rechnet die EG-Kommission damit, daß die Mitgliedsstaaten von einer Flachstahlkapazität von 168,6 Millionen Tonnen im Jahre 1980 bis Ende nächsten Jahres über 30 Millionen Tonnen stillgelegt haben werden. Als Mindestbeitrag zur Sanierung der Branche hatte sie 26,7 Millionen Tonnen verlangt.

Die Bundesrepublik ist wie üblich „Musterschüler" bei der Erfüllung der ihr auferlegten Pflichten gewesen. Trotz gewaltiger Anstrengungen in den vorausgegangenen Jahren hat sich ihre Produktionskapazität seit 1980 von 53,1 auf 46,2 Millionen Tonnen verringert. Erreicht oder überschritten haben auch die Beneluxländer und Großbritannien ihr Soll. Dagegen liegen Frankreich und Italien noch deutlich hinter ihren Zielsetzungen zurück. Die Italiener haben sogar noch nicht einmal ausreichend Pläne für Kapazitätsbeschränkungen vorgelegt.

Die Wirtschaftsminister der EG, die gestern zu einer Bestandsaufnahme der Stahlprobleme nach Brüssel gekommen sind, standen vor der Entscheidung, entweder einer Lockerung der Beihilfenregelung zuzustimmen oder den koordinierten Plan zur Gesundung der Branche ernstlich in Frage zu stellen. Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann ließ keinen Zweifel, daß Bonn einer Verschiebung des Endtermins für das Auslaufen der Beihilfen unter keinen Umständen akzeptieren will. Wer weiß allerdings, was geschieht, wenn das Jahr 1985 verstrichen ist und sich ein weiterer Nachholbedarf für Umstrukturierungsmaßnahmen als unumgänglich erweist?

AUF EIN WORT

»Wer hervorragende Fachkräfte für die Bewältigung des technischen Fortschritts will, muß Ausbildung für alle anstreben: ohne Breitensport gibt es auch hier keine erfolgreiche Olympiamannschaft.«

Dr. Hermann Schmidt, Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung. FOTO: DIE WELT

Industrie wird mehr investieren

dpa/VWD, **München**

Das verarbeitende Gewerbe in der Bundesrepublik wird 1985 voraussichtlich real acht Prozent mehr investieren als in diesem Jahr. Wie das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung nach einer Umfrage schreibt, werden 1984 die Bruttoanlageinvestitionen erstmals seit drei Jahren wieder leicht wachsen. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften 1985 sogar um über zehn Prozent zunehmen. Zuwachsraten in dieser Größenordnung waren zuletzt 1979 und 1980 beobachtet worden. Getragen wird das Investitionswachstum nach Mitteilung des Instituts in erster Linie von Modernisierungsaktivitäten. Erweiterungsbestrebungen hätten im Zuge der Konjunkturerholung zwar etwas an Gewicht zugenommen, spielten jedoch nach wie vor nur in wenigen Branchen eine Rolle.

EG-STAHLBEIHILFEN

Bonn lehnt Verlängerung über Ende 1985 hinaus ab

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die Bundesregierung will unter keinen Umständen einer Verlängerung des Ende 1985 auslaufenden Beihilfenkodex für die europäische Stahlindustrie zustimmen. Dies hat Wirtschaftsminister Martin Bangemann noch einmal in Brüssel klargestellt. Sie wendet sich auch gegen Pläne der EG-Kommission, den bisherigen Finanzrahmen für die staatlichen Subventionen aufzustocken.

Bangemann äußerte sich allerdings aufgeschlossen gegenüber Wünschen, die eigentlich nur bis Ende 1984 zulässigen Betriebsbeihilfen für notleidende Stahlunternehmen bis Ende 1985 weiterzahlen zu dürfen. Auch die Arbed Saarstahl GmbH müsse voraussichtlich von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Auch Bangemann ließ jedenfalls Verhandlungsbereitschaft erkennen. So scheint die Bundesregierung eine Aufstockung des bereits genehmigten Beihilfenvolumens dann akzeptieren zu wollen, wenn sich die begünstigten Unternehmen zu zusätzlichen Kapazitätsanstrengungen bereit erklären.

Die Aussprache des Rates begann mit dem Problem der Röhrenlieferungen in die USA. Dabei schien grundsätzlich Einigkeit darüber zu bestehen, daß die Gemeinschaft auf das von EG-Vizepräsident Etienne Davignon ausgehandelte Selbstbeschränkungsabkommen eingehen sollte. Es sieht eine Rückführung des gegenwärtigen Marktanteils der EG-Lieferungen von 14,3 auf 7,6 Prozent vor, wobei allerdings nach Meinung der EG bestimmte Lieferungen – zum Beispiel von europäischen Firmen an ihre Tochtergesellschaft in den USA – nicht einbezogen werden sollen.

HWWA

Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich kaum verbessern

JAN BRECH, **Hamburg**

Eine Änderung der Wirtschafts- und Tarifpolitik hat das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, gefordert, um eine Verringerung der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit zu erreichen. Wie das HWWA schreibt, müßten die Finanzpolitik wachstumsorientiert und die Tarifpolitik beschäftigungsfördernd sein. Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich hätten diese Eigenschaften nicht.

Nach Meinung des Instituts ist es notwendig, die Kosten der Arbeit im Vergleich zu denen des Kapitals zu senken und die Löhne stärker nach Branchen, Regionen und Qualifikationen zu differenzieren. Außerdem sollten Schutzvorschriften für Arbeitnehmer, die sich als beschäftigungshemmend erwiesen haben, geändert werden. Das lang diskutierte Beschäftigungsförderungs-Gesetz sei ein erster Schritt in diese Richtung.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bezeichnet das HWWA als unverändert angespannt. Sie werde sich bei dem zu erwartenden Anstieg von Nachfrage und Produktion auch im nächsten Jahr nicht wesentlich verbessern. Keine beschäftigungssteigernde Wirkung erwartet das HWWA von den vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen.

Das Erwerbspersonenpotential wird, wie das HWWA schreibt, gleich bleiben, da die demographisch bedingte Zunahme durch eine Abnahme infolge von Abwanderung von Ausländern und von Vorruhestandsregelungen kompensiert wird. Unter diesen Umständen werde die Zahl der Arbeitslosen im günstigsten Fall unverändert bleiben, eher aber über der von 1984 liegen.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Weniger Aufträge für die Bauwirtschaft

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Bauwirtschaft in der Bundesrepublik leidet unter mangelnden Aufträgen. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes blieben im Bauhauptgewerbe im September 1984 die Auftragseingänge insgesamt um elf Prozent unter dem für September 1983 gemeldeten Wert. Hierzu trug vor allem die Entwicklung im Wohnungsbau (minus 29 Prozent) und im sonstigen Hochbau (minus zwölf Prozent) bei. Im Tiefbau (insgesamt plus 3,4 Prozent) wurden 13 Prozent mehr öffentliche Aufträge als vor einem Jahr verbucht, im gewerblichen Bereich lagen die Tiefbauaufträge dagegen deutlich unter dem Vorjahreswert (minus 7,6 Prozent). Die Beschäftigtenzahl des Bauhauptgewerbes hat sich von August auf September 1984 um rund 2300 auf 1,121 Mill. verringert.

Diskontsatz gesenkt

Washington (dpa) – Die amerikanische Notenbank (FED) hat mit sofortiger Wirkung den Diskontsatz von 9,0 auf 8,5 Prozent gesenkt. Zur Begründung verwies die Bank in Washington darauf, daß die Geldmenge „im unteren Bereich" des angestrebten Korridors gewachsen sei. Der Leitzins der FED hatte seit April 1984 bei 9,0 Prozent gestanden. Die Verbraucherpreise in den USA sind im Oktober im Vergleich zum Vormonat um 0,4 Prozent gestiegen. Damit ergibt sich für die ersten zehn Monate dieses Jahres gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eine Inflationsrate von 4,2 Prozent.

Schiffbauhilfen verlängert

Brüssel (VWD) – Der EG-Ministerrat hat die Verlängerung des Beihilfesystems im Schiffbau um zwei Jahre bis Ende 1986 beschlossen. Entgegen den deutschen Wünschen wurde in der neuen Richtlinie die sogenannte Degressivitäts-Klausel gestrichen. Bisher galt als Auflage bei der Subventionierung der Werften, daß die öffentlichen Beihilfen schrittweise reduziert werden müssen. Die EG-Kommission hatte den Verzicht damit begründet, daß der Preisdruck asiatischer Schiffländer unvermindert anhalte.

Gegen übereiltes Vorgehen

Bonn (VWD) – Gegen ein übereiltes Vorgehen bei der von der Bundesregierung angekündigten zweiten Stufe des Vermögensbeteiligungsgesetzes hat sich der Staatssekretär des Bundesfinanzministeriums, Hans Tietmeyer, ausgesprochen. Ziel sei, die Beteiligung an nichtemissionsfähigen mittleren und kleinen Unternehmen zu erleichtern. Aus seiner Sicht, so Tietmeyer, sollte hierbei das Konzept der Unternehmensbeteiligungsgesellschaft angewandt werden. Ferner sei in der zweiten Stufe eine noch stärkere Konzentration der Förderung auf Produktivkapitalbeteiligungen anzustreben.

Agrarpreise gestiegen

Brüssel (dpa/VWD) – Die Landwirte in der Europäischen Gemeinschaft haben im Juni 1984 für ihre Produkte 8,9 Prozent mehr erhalten als ein Jahr zuvor. Wie das Statistische Amt der EG (Eurostat) in Brüssel mitteilte, war die Preissteigerung in Griechenland und Italien mit 19,5 und 17,3 Prozent besonders kräftig. Den geringsten Anstieg stellten die Statistiker mit 1,8 Prozent für die Bundesrepublik fest. Ebenfalls deutlich unter dem Durchschnitt blieben Großbritannien mit 2,9 Prozent, Belgien mit 3,6 Prozent und Irland mit 4,3 Prozent.

Geringeres Wachstum

Düsseldorf (Py.) – Das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik wird sich nach Ansicht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI) erheblich abschwächen. In seiner neuesten Konjunkturprognose wird für 1985 die Arbeitslosenquote weiter auf 9,2 Prozent geschätzt, das Wachstum des Bruttosozialprodukts werde sich auf 2 (1984: 2,5 Prozent) vermindern, die private Preisentwicklung mit 2 (2,5) Prozent weiter niedrig bleiben. Erneut macht sich das WSI dafür stark, die 1984 vermiedene Neuverschuldung als Einstieg in ein mittelfristiges Beschäftigungsprogramm zu nutzen.

INTERNATIONALER WETTBEWERB

WestLB: Südostasien holt den deutschen Vorsprung auf

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Bundesrepublik kann ihre internationale Wettbewerbsposition zur Zeit zwar noch behaupten, gegenüber der südostasiatischen Konkurrenz wird die deutsche Wirtschaft ihren Vorsprung aber sicher nicht halten können. Das stellt die Westdeutsche Landesbank (WestLB), Düsseldorf, in einer Analyse fest. Dagegen sollte es jedoch möglich sein zu verhindern, daß die westeuropäischen Nachbarn die Bundesrepublik überholen und die USA – kaum eingeholt – wieder davonziehen. Die Bank meint, daß die Einstellung zur Arbeit und zu neuen Technologien, die Bewertung von Unternehmenserträgen und Investitionen für den technischen Fortschritt sich wieder verbessern und der Staat sich aktiver um die Förderung des strukturellen Wandels bemühen müsse.

Hinsichtlich der Leistungsbilanzüberschüsse, gesunkener Lohnstückkosten, führender Stellung in Investitions- und Technologiestandards stellt das Institut einer optimistischen Sicht schon seit langem erkennbare negative Entwicklungstendenzen entgegen.

Die Tatsache, daß die deutsche Exportwirtschaft auf den meisten Märkten sich trotz anhaltend schwacher Binnenkonjunktur nicht habe verbessern können, spreche dafür, daß die Erhaltung und Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eine vorrangige Aufgabe von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik bleiben müsse. Dieses Ziel sei jedoch nur zu erreichen, wenn durch Qualität und Quantität der Investitionen Arbeitsplätze geschaffen werden, auf denen hohe Reallöhne verdient werden könnten.

FORSCHUNGSETAT / Riesenhuber setzt andere Prioritäten als seine Vorgänger

Schlüsseltechnologien favorisiert

HEINZ HECK, **Bonn**

Der Forschungsetat 1985 erreicht nach Abschluß der Beratungen im Haushaltsausschuß knapp 7,2 Milliarden Mark (plus zwei Prozent gegenüber 1984). Steigerungen auf einigen Gebieten um 100 und mehr Prozent zeigen die neu gesetzten Förderschwerpunkte von Riesenhuber.

Beispiel Fertigungstechnik: Hier wird der Ansatz auf 140 Millionen Mark verdoppelt. Das im Herbst 1983 verabschiedete und 1984 wegen der starken Inanspruchnahme aufgestockte Programm sieht für 1984 bis 1988 610 Millionen Mark vor. Der Löwenanteil entfällt auf die Förderung von Entwicklungsarbeiten mit dem Ziel, die betriebliche Anwendung von rechnerunterstützten Systemen zur Konstruktion und Steuerung des Fertigungsablaufs zu beschleunigen sowie die industrielle Basis für Industrieroboter zu verbreitern.

Hohe Zuwachsraten – wenngleich bei zum Teil niedrigen absoluten Beträgen – zeigen sich in der ganzen Palette der Wirkungsforschung („Forschung und Entwicklung zur Gewinnung von Orientierungswissen und zur Daseins- und Zukunftsvorsorge"), zum Beispiel Umweltschutz-, Klima-, Sicherheitsforschung und Forschung im Dienste der Gesundheit.

Typisches Beispiel ist die ökologische Wirkungsforschung: Hierfür sollen 66 oder rund 18 Millionen Mark mehr ausgegeben werden als 1984 (plus 39 Prozent). Zur Bewältigung aktueller Umweltprobleme habe die Gewinnung von Orientierungswissen über die ökologischen Zusammenhänge sowie die Aufklärung der Ursachen und Wirkungen von Umweltbelastungen „höchste Priorität".

Die Ausgaben für Informationstechnik gehen geringfügig auf rund 513 Millionen Mark zurück. Das Sonderprogramm „Mikroelektronik" läuft aus. Die Förderung der Informationstechnologien beruhe im wesentlichen auf Maßnahmen, die im Regierungsbericht Informationstechnik für 1984 bis 1988 mit 2,1 Milliarden Mark Bundesmitteln beschlossen worden seien. Das neue Konzept sieht den Einsatz der Mittel in Verbundprojekten der Wirtschaft, Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit dem Ziel einer wirkungsvolleren Anwendung der Forschungs- und Entwicklungsergebnisse vor.

Der Anteil der Grundlagenforschung am Gesamtetat geht um 6,0 Prozent auf knapp 3,2 Milliarden (das entspricht rund 44,2 Prozent der Mittel) zurück. Zuwächse zeigen sich dagegen vor allem bei der erwähnten Daseins- und Zukunftsvorsorge (plus 7,5 Prozent auf 1,2 Milliarden Mark oder 16,9 Prozent Anteil), noch ausgeprägter bei Schlüsseltechnologien (plus 44,1 Prozent auf 379,5 Millionen oder 5,3 Prozent Anteil).

BUDGETDEFIZIT

Pariser Rechnung durchkreuzt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Wirtschaftskrise und die Dollarhausse haben die französische Haushaltsrechnung durcheinandergebracht. Das im Finanzgesetz für 1984 auf 125,8 Mrd. Franc bezifferte Budgetdefizit soll deshalb um 18,6 Mrd. Franc hinaufgesetzt werden. Mit 144,4 Mrd. Franc würde es 3,3 statt drei Prozent des Bruttosozialprodukts erreichen, erklärte Finanzminister Beregovoy zum Nachtragshaushalt, der noch parlamentarisch genehmigt werden muß.

Darin werden die Steuereinnahmen um 10,6 Mrd. Franc niedriger veranschlagt als geplant. Bei der Mehrwertsteuer wird zwar wegen der höheren Inflation ein Mehrertrag von 4,2 Mrd. Franc erwartet. Aber die Unternehmenssteuern bleiben um 6,9 Mrd. Franc und die Einkommensteuern wegen des Lohnabschwungs und der gestiegenen Arbeitslosigkeit um 6,8 Mrd. Franc hinter den Planziffern zurück.

Die Ausgaben für den Schuldendienst übertreffen das Limit um 14,7 Mrd. Franc, da die Zinsen im Inland weniger als erhofft gefallen und da wegen der Dollarhausse die Verzinsung und Amortisierung der staatlichen Auslandsschulden stärker als befürchtet gestiegen sind.

SCHIFFBAU / Japanische Werften leiden unter der weltweiten Flaute und den Niedrigpreisen der Südkoreaner

Die meisten Unternehmen schreiben rote Zahlen

FRED de LA TROBE, Tokio

Mit der weltweiten Flaute im Schiffbau hat sich die Geschäftslage der japanischen Werften verschlechtert. Mit einem Anteil von 60 Prozent an allen Neuaufträgen in der Welt ist Japan aber noch die führende Schiffbaunation. Südkorea, das den zweiten Platz belegt, folgt mit einem Anteil von 17 Prozent an den Neuaufträgen in weitem Abstand.

Die Neuorder für die japanischen Werften beliefen sich in den ersten neun Monaten 1984 auf 6,9 Millionen Bruttoregistertonnen (BRT). Gegenüber der gleichen Vorjahresperiode kam das einer Abnahme von 22 Prozent gleich. In Südkorea kamen in der gleichen Zeit Aufträge über 1,9 Mill. BRT herein oder 40 Prozent weniger. Die Bestellungen an beide Länder betrafen zu etwa 60 Prozent Bulk Carrier. Der Rest entfiel auf Fracht- und Containerschiffe, Tanker, Erztransporter und andere.

Die Ablieferungen erreichten im ersten Halbjahr 1984 in Japan eine Tonnage von 4,9 Mill. BRT. Das entsprach einem Weltanteil von 57,2 Prozent. In Südkorea betrugen sie 524 000 BRT, was einem Weltanteil von nur 6,1 Prozent entsprach. Während die japanischen Werften im Fiskaljahr 1983 (April 83–März 84) für inländische Auftraggeber 130 Schiffe mit 2,6 Mill. BRT und für ausländische Auftraggeber 130 Schiffe mit 2,6 Mill. BRT und für ausländische Auftraggeber 503 Schiffe mit 9,8 Mill. BRT fertigstellten, waren die entsprechenden Zahlen im Halbjahr April–September 1984 31 Schiffe mit 686 000 BRT und 165 Schiffe mit 3,3 Mill. BRT. Der Auftragsbestand der japanischen Schiffbauer belief sich Ende Juni dieses Jahres auf 13,5 Mill. BRT. Das entsprach einem Weltanteil von 43,3 Prozent. In Südkorea waren es zur gleichen Zeit 5,1 Mill. BRT (Weltmarktanteil 16,3 Prozent).

Die Geschäftsberichte der sechs größten Werftunternehmen Japans, die gleichzeitig auch große Maschinenhersteller sind, schlossen im Halbjahr April–September 1984 überwiegend unbefriedigend ab. Bei der Mitsubishi Heavy Industries erhöhte sich zwar der Bruttogewinn im Vergleich zur Vorperiode um 48,3 Prozent, dafür mußten Ishikawajima-Harima eine Abnahme von 15,3 Prozent, Hitachi Shipbuilding einen Rückgang von 7,3 Prozent, Mitsubishi Shipbuilding ein Minus von neun Prozent und Sumitomo Heavy Industries eine Abnahme von 15,9 Prozent hinnehmen. Kawasaki Heavy Industries schloß mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Bei alleiniger Berücksichtigung des Schiffbaus schlossen die Unternehmen noch wesentlich schlechter ab als beim Gesamtergebnis. Der Wert der Neuaufträge sank während der Zeit April–September 1984 im Vergleich zur Vorperiode bei Mitsubishi um 30 Prozent, bei Ishikawajima-Harima um 67 Prozent, bei Kawasaki um 68 Prozent, bei Hitachi um 33 Prozent, bei Mitsui um 32 Prozent und bei Sumitomo um 27 Prozent.

Wie schon im Vorjahr wurde der Wettbewerb um die Aufträge unter den ostasiatischen Werften auch 1984 hauptsächlich über die Preise ausgetragen, die vielfach nicht mehr kostendeckend waren. Nach den letzten verfügbaren Angaben des japanischen Verkehrsministeriums waren die Durchschnittspreise für eine CBRT von 273 000 Yen Ende 1982 auf 237 000 Yen Ende 1983 gesunken.

Angesichts der roten Zahlen bei den meisten Unternehmen und einer durchschnittlichen Kapazitätsauslastung von nur 60 Prozent kam die Branche um eine Straffung ihrer Anlagen nicht herum. So sind die Kapazitäten in den letzten zehn Jahren um mehr als ein Drittel reduziert worden. Die Zahl der in der Werftindustrie Beschäftigten ist von 288 363 im April 1975 auf 195 468 im April dieses Jahres gesunken.

Die südkoreanischen Schiffbauer sind die Hauptkonkurrenten der japanischen Werften im Ausland. Vor allem die niedrigeren Löhne bei längeren Arbeitszeiten (60-Stunden-Woche) lassen die Koreaner Preise anbieten, die wesentlich unter den japanischen liegen. Hyundai, Samsung, Daewoo und andere koreanische Unternehmen haben ihre internationale Wettbewerbsstärke durch die Anwendung moderner Techniken und intensive Schulung ihrer Beschäftigten in den letzten Jahren beträchtlich erhöht. (SAD)

BOUSSAC / Das Vergleichsverfahren zieht sich hin

Neuer Bewerber im Gespräch

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Gebrüder Willot wollen dem auf die Herstellung von Einfamilienhäusern spezialisierten Bauunternehmen Ferret-Savinel (Ferinel) die Kontrolle über den seit drei Jahren im Vergleichsverfahren befindlichen Textilkonzern Boussac-Saint Frères (BSF) verschaffen. Das Anliegen betrifft ebenso die aus der Konkursmasse des „Baumwollkönigs" Marcel Boussac übernommenen Mode-Warenhausgesellschaften (Christian Dior, Bon Marche, Conforama).

Die dazu jetzt getroffenen Vereinbarungen bedürfen aber noch der gerichtlichen Genehmigung. Diese ist deshalb erforderlich, weil die 42prozentige Willot-Beteiligung an der Finanzholding SFFAW (Societé Fontière et Financière Agache-Willot), welche die genannten Unternehmen kontrolliert, zur Absicherung der Boussac-Schulden von 2,7 Mrd. Franc beschlagnahmt worden sind. Jedoch haben die Willots inzwischen über knapp die Hälfte ihrer SFFAW-Beteiligung (20 Prozent deren Kapitals) einen Abtretungsvertrag mit Ferinel unterzeichnet.

Für den Fall, daß das Gericht zustimmt, will Ferinel im Rahmen einer Kapitalaufstockung der SFFAW um 400 Mill. Franc an dieser eine Beteiligung von etwas über 50 Prozent verlangen. Der Willot-Anteil würde sich dadurch auf 17 Prozent vermindern. Außerdem will Ferinel CBSF (Compagnie Boussac-Saint Frères), der Pächterin der BSF-Unternehmen, einen umfassenden Restrukturierungsplan vorlegen, der insbesondere vom staatlichen Institut für die industrielle Entwicklung (IDI) als Hauptaktionär der CBSF genehmigt werden müßte.

Schon vor einem Jahr hätten die Willots mit dem CBSF-Präsidenten Meyer einen (vom IDI nicht gebilligten) Übernahmevertrag abgeschlossen, der ihnen aber nur 68,50 Franc je SFFAW-Aktie (zahlbar in 20 Jahren) versprach. Ferinel dagegen bietet 250 Franc je Aktie (zahlbar zinslos innerhalb von 7 Jahren). Diese und die weiteren finanziellen Transaktionen sollen, wie es heißt, von der Banque Dreyfus abgesichert werden. Das letzte Wort ist allerdings noch nicht gesprochen.

WELTBÖRSEN / Zweiwöchige Schwächephase in New York jetzt überwunden?

Ausländerverkäufe drücken Kurse in Tokio

New York (VWD) – Nach zunächst schwächerem Verlauf kam es am Mittwoch an der New Yorker Effektenbörse in der letzten Sitzungsstunde zu einer Trendwende, womit die Aufwärtsbewegung vom Dienstag, die nach einer Schwächephase von rund zwei Wochen eingesetzt hatte, ihre Fortsetzung fand. Dabei vermochte der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte, der im Tagesverlauf um bis zu 6 1/2 Punkte eingebüßt hatte, zum Schluß mit 1.201,52 Punkten (Vorwoche 1206,93)einen Tagesgewinn von 6,40 Punkten erzielen. Die späten Gewinne waren offensichtlich auf Vermutungen des Anlagepublikums auf eine bevorstehende Diskontsatzsenkung zurückzuführen. Kurz nach Börsenschluß wurden die Vermutungen zur Gewißheit, als die US-Notenbank eine Senkung des Diskontsatzes von neun auf 8½ bekanntgab. Wegen des Feiertags blieben gestern alle Börsen in den USA geschlossen.

London (AP) – Dem Beispiel der Wall Street vom Vortag folgend und aufgrund günstiger Ertragsberichte verschiedener Unternehmen hat die Londoner Wertpapierbörse am Mittwoch Kursgewinne verbuchen können. Der Financial-Times-Index für 30 Industriewerte verbesserte sich um 5,9 Punkte auf 918,7 (Vorwoche 911,6). Bevorzugt waren Zeitungsverlage, der Lebensmitteleinzelhandel. Chemiewerte sowie Banken und Versicherungen.

Wohin tendieren die Weltbörsen? - Unter diesem Motto gibt die WELT jede Woche jeweils in der Freitagsausgabe einen Überblick über den Kurstrend an den wichtigsten internationalen Börsen.

Paris (J. Sch) – Weder die neuen Devisenerleichterungen, noch die weitere Preisliberalisierung haben die Pariser Börse beflügelt. Andererseits wirkte sich die Verschlechterung der französischen Handelsbilanz im Oktober nicht negativ auf die Aktienkurse aus. In den stark gestiegenen Importen von Ausrüstungsgütern erblickt man den Beweis dafür, daß sich die Investitionstätigkeit belebt. Die Ertragsaussichten der Unternehmen werden danach zuversichtlicher eingeschätzt. Umgekehrt enttäuschte der Rückgang des privaten Verbrauchs. Die kleinen Ausschläge nach oben und unten werden vor allem als Nachvollziehen der Wall-Street-Entwicklung erklärt.

Tokio (dlt) – Gewinnmitnahmen drückten das Kursniveau in Tokio. Vor allem Ausländer waren auf der Verkäuferseite. Der Dow-Jones-Index verlor im Wochenverlauf 93,9 Punkte auf 11 207,7. Die Tagesumsätze bewegten sich zwischen 230 und 440 Millionen Aktien.

Chef-Goldhändler wurde entlassen

rtr, Zürich

Die Wozchod-Handelsbank in Zürich, das größte im Ausland ansässige Edelmetall-Haus der Sowjetunion, hat nach Angaben eines Wozchod-Sprechers ihren Chef-Goldhändler wegen mutmaßlicher Überschreitung seiner Kompetenzen entlassen. Unregelmäßigkeiten habe der Händler jedoch nicht begangen, erklärte der Sprecher des von der Außenhandelsbank und der Staatsbank der UdSSR kontrollierten Instituts. Eine Überprüfung habe ergeben, daß der Goldhandelschef jedoch gegen bankinterne Handelslimits verstoßen habe.

Ungeklärt sei, ob die schlechten Resultate im Goldgeschäft der Wozchod-Bank 1983 etwas mit den Aktivitäten des Händlers zu tun hatten, sagte der Sprecher. Wozchod gibt zwar keine Gewinn- oder Verlustzahlen ihres Goldgeschäfts bekannt, der Sprecher bestätigte jedoch, daß 1983 aus den Reserven 29 Mill. Schweizer Franken zur Deckung von Verlusten aus dem Goldgeschäft entnommen werden mußten.

Der Chef-Goldhändler einer Zürcher Großbank erklärte, die Bank Wozchod habe sein Haus im Rahmen ihrer internen Untersuchung um Einzelheiten über einige Goldtransaktionen gebeten. Anderen Händlern war zwar nichts über ähnliche Anfragen bekannt, man wisse aber, daß bei Wozchod Nachforschungen angestellt würden, hieß es. An Unregelmäßigkeiten glaube man jedoch nicht.

Am Markt sei es kein Geheimnis, daß die Sowjet-Bank im vergangenen Jahr Abschreibungen auf Goldtransaktionen vornehmen mußte, man glaube aber nicht, daß das Ansehen der Bank durch die jetzige Untersuchung in Mitleidenschaft gezogen werde. Alle kontaktierten Händler sprachen von einem graduellen Rollenwechsel der Bank Wozchod, nachdem die Sowjetunion in den vergangenen Jahren zunehmend Gold direkt über andere Zentren verkauft habe. Dies sei jedoch ein reiner Diversifikationsprozeß.

AGRAR / Fachtagung zu Rationalisierungsmöglichkeiten

Zusammenarbeit mit Ungarn

KAREN SÖHLER, Bonn

Die Landwirtschaften in der Bundesrepublik und in Ungarn stehen unter Rationalisierungsdruck. Der ökonomische und ökologische Aufwand muß reduziert, die vorhandenen Ressourcen müssen sinnvoller genutzt werden. Zwar bemüht sich die Wissenschaft um Hilfestellung; die Übertragung der theoretischen Erkenntnisse in die Praxis bereitet dennoch Schwierigkeiten. Hier gäbe es für Ungarn und die Bundesrepublik Möglichkeiten, zusammenzuarbeiten und Erfahrungen auszutauschen, meint die Südosteuropa-Gesellschaft in München.

Diese Überzeugung war für die Gesellschaft auch der Anlaß, die Fachtagung „Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Ungarn bei der Förderung von Innovationsprozessen in der Landwirtschaft und der Ernährungsindustrie" auszurichten, die am kommenden Montag in München von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle eröffnet wird.

Ohnehin betrachtet der Westen die Wandlung des ungarischen Wirtschaftssystems mit viel Interesse. Private Nebenerwerbe und Kleingewerbe spielen besonders in der Landwirtschaft eine große Rolle. Ihre Vielfalt ist so außergewöhnlich, daß der gemeinsame Nenner sich auf die landwirtschaftliche Produktion und den großen Freiraum für privates Erwerbsstreben reduziert.

An den rund 35 Prozent, die der Agrarbereich zum Bruttosozialprodukt beiträgt, sind die privaten Erzeuger mit weit über 50 Prozent beteiligt, das Kleinbauerntum lediglich mit vier Prozent, und auf die „klassischen Hoflandwirtschaften" der Mitglieder von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften entfallen nicht ganz 20 Prozent.

Markt für deutsche Musikinstrumente

dpa/VWD, Singapur

Die Bundesrepublik will als führender europäischer Hersteller von Musikinstrumenten künftig verstärkt auf dem von den Japanern beherrschten südostasiatischen Markt auftreten. Der Vorsitzende des Bundesverbandes der deutschen Musikinstrumente-Hersteller (Frankfurt), Horst Link, räumte zum Abschluß der ersten europäischen Musikmesse in Singapur den deutschen Herstellern gegenüber der „Massenproduktion" der Japaner und den Billigprodukten aus Korea, China und Hongkong gute Chancen ein.

Auf der Messe, auf der 34 europäische Hersteller – vorwiegend aus der Bundesrepublik und Frankreich – vertreten waren, habe man ein reges Interesse für die Qualitätsinstrumente aus der Bundesrepublik registriert.

FRANKREICH / Investitionen gestiegen – Ausländer sollen umworben werden

Handelsbilanz wieder mit Passivsaldo

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Handelsbilanz ist wieder in die roten Zahlen geraten. Nach Aktivsalden von 3,5 Mrd. Franc im August und 0,5 Mrd. Franc im September entstand im Oktober auf saisonbereinigter fob-Basis ein Defizit von 3,4 Mrd. Franc. Für die ersten zehn Monate ergibt sich danach ein Passivsaldo von 22,4 Mrd. Franc. In der gleichen Vorjahreszeit hatte er 41,6 Mrd. Franc erreicht.

Der Rückschlag im letzten Monat wird vom Außenhandelsministerium vor allem mit der verstärkten Investitionstätigkeit erklärt, die eine starke Erhöhung der Einfuhr von Ausrüstungsgütern (auf 14,2 Mrd. Franc) mit sich brachte. Die Gesamtimporte stiegen um sechs, die Exporte dagegen nur um 0,7 Prozent.

Aber nicht nur die inländischen, sondern auch die ausländischen Investitionen sollten steigen, meint die Handels- und Industrieministerin Edith Cresson. Die damit verbundenen Devisenzuflüsse könnten die französische Leistungsbilanz aus dem Defizit bringen und außerdem neue Arbeitsplätze schaffen. Selbst die Japaner werden begrüßt – allerdings nur, wenn sie neue Technologien mitbringen und mehr exportieren als importieren.

Obwohl die ausländischen Investoren unmittelbar nach dem Regierungswechsel vor dreieinhalb Jahren starke Zurückhaltung geübt hatten, sind ihre Direktinvestitionen in Frankreich seit Mitte 1981 stark gestiegen; vor allem im Informatikbereich. Der Anteil ausländischer Firmen oder der von Ausländern kontrollierten französischen Firmen erreichte nach der letzten Erhebung des Nationalinstituts für Statistik (INSEE) von 1982 im Durchschnitt 25 Prozent des gesamten nationalen Industrieumsatzes. Bei der Informatik waren es sogar 69 Prozent.

An der französischen Industriebelegschaft waren die ausländischen Unternehmen mit 19,2 Prozent, an den Industrieinvestitionen aber nur mit 15,2 Prozent beteiligt. Um so größer ist ihr Gewicht im Industriegüterexport. Im allgemeinen, so stellt das INSEE fest, sind die ausländischen Unternehmen rentabler als ihre französischen Konkurrenten.

Die Bundesrepublik steht unter den ausländischen Investoren an zweiter Stelle, nach den USA.

GROSSBRITANNIEN / Ladenschluß-Liberalisierung

Reform wird vorbereitet

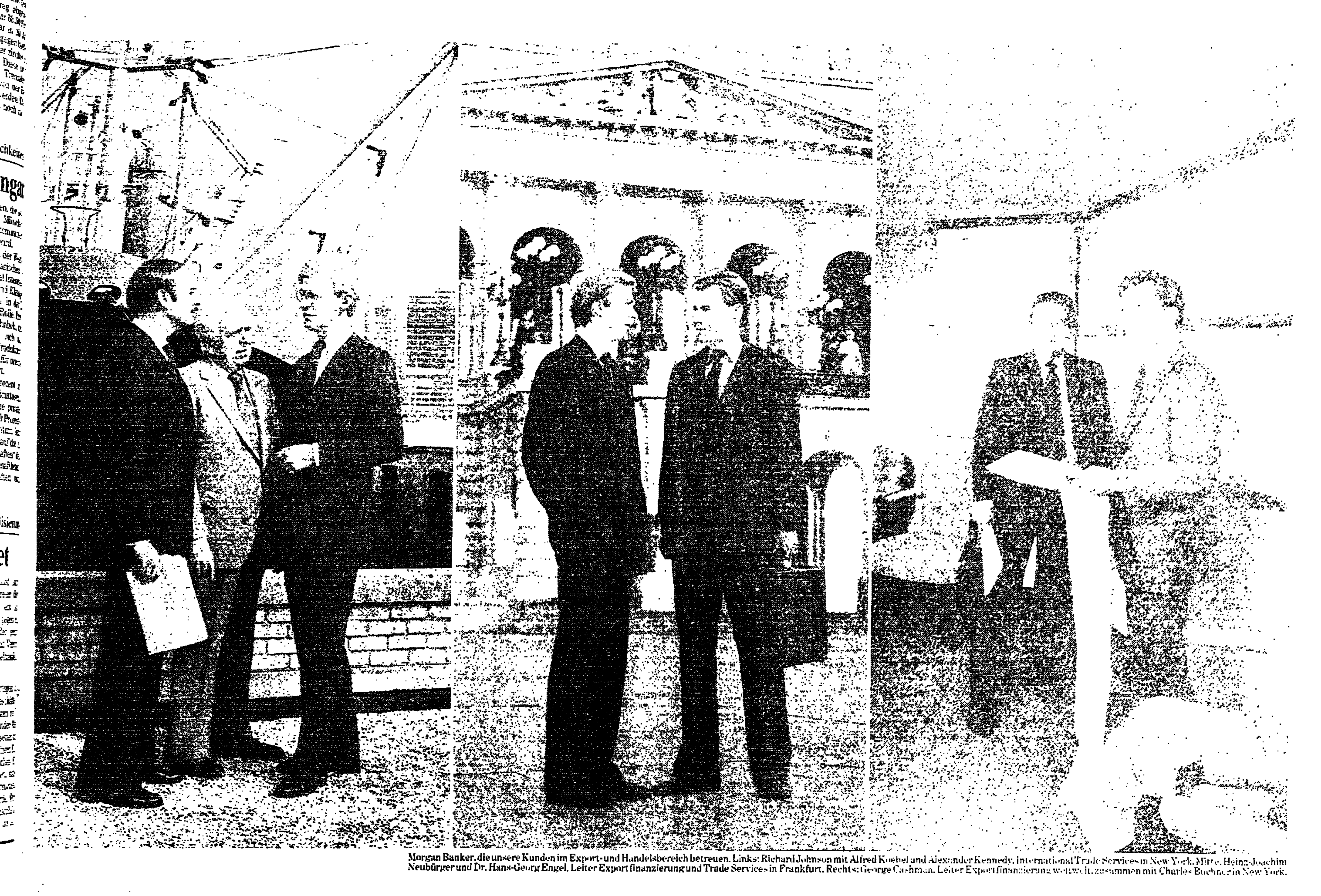
WILHELM FURLER, London

Die britische Regierung bereitet eine Gesetzes-Reform zur Liberalisierung der Laden-Schlußzeiten vor: Damit könnten Geschäfte auch an Sonntagen und abends geöffnet sein. Zwar haben schon seit einiger Zeit Läden sonntags geöffnet, doch verstößt dies gegen das Gesetz. Eingeleitet wurde die neue Initiative der Regierung Thatcher durch einen Untersuchungsbericht aus dem Innenministerium. Er empfiehlt die Aufhebung aller Beschränkungen der Öffnungszeiten.

Die Gegner einer Freigabe der Ladenschlußzeiten behaupten unter anderem, daß eine völlige Freigabe der Laden-Schlußzeiten weit über die Wünsche der Verbraucher hinausginge. Die katholische Kirche nannte den Untersuchungsbericht „sehr besorgniserregend". Vertreter der Gewerkschaft erklärten, ein solcher Schritt wäre nicht nur gegen das Interesse ihrer Mitglieder gerichtet, sondern würde auch das Verschwinden des kleinen Einzelhandels beschleunigen.

Schon jetzt beabsichtigen etliche große Einzelhandelsgeschäfte und -ketten, an den Sonntagen bis Weihnachten trotz der geltenden Bestimmungen zu öffnen. Sie setzen darauf, daß die Behörden von einem Eingreifen und von gerichtlichen Konsequenzen absehen werden, insbesondere nachdem der Untersuchungsbericht veröffentlicht wurde. Ohnehin wird das britische Ladenschlußgesetz von 1950 ausgesprochen lax befolgt.

Bei Exporten und Handelsgeschäften finanziert und berät die Morgan Bank Kunden in der ganzen Welt



Morgan Banker, die unsere Kunden im Export- und Handelsbereich betreuen. Links: Richard Johnson mit Alfred Koebel und Alexander Kennedy, International Trade Services in New York. Mitte, Heinz-Joachim Neubürger und Dr. Hans-Georg Engel, Leiter Exportfinanzierung und Trade Services in Frankfurt. Rechts: George Cashman, Leiter Exportfinanzierung weltweit, zusammen mit Charles Buchner in New York.

Der internationale Handel erfordert heute mehr denn je die aktive Mitwirkung einer weltweit erfahrenen Geschäftsbank. Für die Vergabe eines Exportauftrages ist die angebotene Finanzierung oft von entscheidender Bedeutung.

Die Morgan Bank betreut ihre Kunden in jedem Stadium eines Außenhandelsgeschäftes. Ihre Abteilungen Exportfinanzierung und Trade Services bieten fachkundige Beratung, rasche Abwicklung und optimale Finanzierung, gleich ob es sich um die Ausfuhr von Fahrzeugen oder Industrieausrüstungen, um den Bau einer Produktionsanlage oder um Getreide- oder Öllieferungen handelt.

Die Gewährung von Krediten an ausländische Besteller ist eine der Hauptaktivitäten der Morgan Bank im Auslandsgeschäft für ihre exportierenden Kunden.

Schon vor Abgabe eines Angebots informieren wir über das Abnehmerland, über bestimmte Projekte und die grundsätzliche Realisierbarkeit von Finanzierungen.

Um eine optimale Struktur der Finanzierung zu erreichen, berücksichtigen wir alle in Frage kommenden Finanzmärkte, Währungen sowie neue Finanzierungstechniken. Wir sagen Ihnen, inwieweit staatliche Exportförderungsprogramme, wie Hermes, ECGD, COFACE, ERG, SACE, EDC und die EXIM-Banken in Japan und USA für bestimmte Länder und Projekte eingesetzt werden können. Darüber hinaus unterstützen wir Sie bei den Verhandlungen.

Wenn der Umfang des Geschäftes oder das Risiko es erfordern, wissen wir, wo wir weltweit Partner für die Finanzierung finden.

Wir arrangieren nicht nur die Finanzierung, sondern erstellen auch die erforderlichen Bietungs-, Anzahlungs- und Gewährleistungsgarantien, bestätigen Akkreditive und besorgen die dokumentäre Abwicklung.

Unsere Teams Exportfinanzierung und Trade Services in den wichtigsten Industrieländern stehen untereinander in ständigem Kontakt und arbeiten eng mit anderen Spezialabteilungen unseres Hauses zusammen, insbesondere im Devisen-, Kapitalmarkt- und Syndizierungsbereich.

Wenn Sie mehr über Morgans Erfahrung bei Export- und Handelsgeschäften wissen möchten, wenden Sie sich bitte an Ihren Morgan Banker in einer unserer Niederlassungen oder an Dr. Hans-Georg Engel, Vice President, in Frankfurt, Telefon (0 69) 71 24-202

Morgan Guaranty Trust Company of New York.
Frankfurt: Mainzer Landstr. 46, ☎ (0 69) 712 40.
Düsseldorf: Cecilienallee 6, ☎ (02 11) 49 88 91.
Niederlassungen in den wichtigsten Finanzzentren der Welt.

Mitglied der FDIC

The Morgan Bank

Wir trauern um unseren Senior, Herrn

Generalkonsul

Friedrich Wilhelm Breckwoldt

* 1. 10. 1905 † 11. 11. 1984

Mitarbeiter, Geschäftsführer und Gesellschafter
der Firmen

ATLANTIK Film Kopierwerk GmbH, Hamburg
Martin Schröder & Co. (GmbH & Co.), Hamburg
Poly-Verpackung GmbH, Hamburg
WIBRO INTERNATIONAL Trade GmbH, Hamburg

Die Trauerfeier hat im engsten Kreis stattgefunden.

Anstelle zugedachter Blumen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um Spenden für die Äthiopienhilfe des Lions Club Hamburg-Uhlenhorst, Konto 12 29 / 131 816 bei der Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50.

HANNOVER PAPIER / Amtliche Börseneinführung

Dividende wird erhöht

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die bislang im geregelten Freiverkehr gehandelten Aktien der Hannover Papier Alfeld-Gronau AG, Alfeld, werden am 28. November zum ersten Mal im amtlichen Handel notiert. Unter Federführung der Commerzbank AG werden nominal 40 Mill. DM Inhaberaktien von einem Konsortium an den Wertpapierbörsen zu Hannover, Berlin, Hamburg und Frankfurt eingeführt. Um den Markt für das Papier zu erweitern, haben die beiden Hauptaktionäre, der schwedische Konzern Norrlands Skogsägares Cellulosa AB Kramfors (NCB) und die Commerzbank, aus ihrem Besitz rund 12 Prozent des Grundkapitals bei freien Aktionären im Wege einer Privatplazierung untergebracht.

Commerzbank-Vorstandsmitglied Axel Frhr. v. Ruedorffer wies bei der Präsentation der Börseneinführung in Hannover darauf hin, daß NCB mit mehr als 50 Prozent und die Commerzbank mit einer Schachtel weiterhin am Grundkapital der Hannover Papier AG in Höhe von 40 Mill. DM beteiligt sind. Der Anteil der freien Aktionäre liege bei knapp 25 Prozent.

Der Verkauf der 4,8 Mill. DM Aktien sei abgeschlossen. Der Verkaufspreis beträgt 116 DM pro 50-DM-Aktie.

Beide Großaktionäre wollten auch künftig bei Hannover Papier engagiert bleiben. Die Frage, warum eine breitere Streuung nicht im Zuge einer Kapitalerhöhung vorgenommen wurde, beantwortete v. Ruedorffer mit dem Hinweis auf den mangelnden Bekanntheitsgrad des Unternehmens. Zunächst gelte es, „marktfähig" zu werden.

Das Unternehmen selbst verzeichnet nach den Worten von Vorstandschef Willy Eyberg eine überaus günstige Geschäftsentwicklung. Die Aktionäre könnten für 1984 mit einer höheren Dividende als 1983 (acht Prozent) rechnen. Eine Analyse der Commerzbank geht von einer Verdoppelung des Ergebnisses pro Aktie auf 10 DM für 1984 aus. Eyberg ließ keinen Zweifel daran, daß die Ertragsentwicklung im Vergleich zum Umsatz deutlich günstiger verläuft. Nicht zuletzt die mit hohen Investitionen vorgenommene Spezialisierung auf hochwertige Papiere zeitige jetzt auch den wirtschaftlichen Erfolg.

SCHLOEMANN-SIEMAG / Personalabbau wurde gestoppt – Aufwärtstrend bei den Kunststoffmaschinen

Morgenluft nun auch im Walzwerksbau

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Der kräftigen Erholung im Auftragseingang, die der von der SMS Schloemann-Siemag AG, Düsseldorf und Hilchenbach, geführte „SMS-Verbund" 1983/84 (30. 6.) mit einer Plusrate von 46 Prozent erlebte, dürfte im laufenden Jahr ein weiteres Plus um ein Viertel auf 2 Mrd. DM folgen. Der im Berichtsjahr intensivierte Personalabbau wurde gestoppt und dürfte 1984/85 von der Rückkehr zur alten Beschäftigtenzahl im SMS-Verbund überholt werden. Die gute Ertragslage des „Stammhauses" SMS-AG dürfte sich nach heutigem Stand zumindest in den nächsten zwei bis drei Jahren nicht ändern.

Mit solchen Prognosen präsentiert Vorstandsvorsitzender Heinrich Weiss den Jahresabschluß des in Stimmrecht-Paritätspartnerschaft an 81 Mill. DM Aktienkapital von seiner Familie und dem Gutehoffnungshütte-Konzern geführten Unternehmens. Trotz Sorgen mit dem „erbitterten Wettbewerb", dem der wohl weltgrößte Walzwerksanlagenbauer (Hauptkundschaft Stahlindustrie) seit zwei Jahren oft mit der Hereinnahme von Aufträgen „auch zu nicht kostendeckenden Preisen" Tribut zollen muß, reichte es beim Stammhaus auch 1983/84 bequem zur fast konstanten Netto-Organgewinnabführung von 12,6 (12,8) Mill. DM oder 15,5 (15,8) Prozent Dividende an die beiden Mütter. Danach blieb immer noch eine reichliche Gewinnhälfte zur weiteren Rücklagenstärkung auf nur 101 (88) Mill. DM.

Für das Vorzeigen solchen passablen Gewinnergebnisses brauchte das Stammhaus weiterhin fast nichts vom Ertrag seiner Töchter, die reichlich die Hälfte vom Geschäftsvolumen des Verbunds repräsentieren. Insbesondere die Battenfeld-Kunststoffmaschinenbaugruppe, deren verschwiegener Nettogewinn sich flott dem (ab 1985/86 wohl erreichten) Ziel von 2 Prozent Umsatzrendite nähere, durfte den mit 2860 (2852) Leuten aus gut 500 (410) Mill. DM Umsatz erzielten Gewinn zur inneren Stärkung behalten. Stärkung gerade hier für weiteres Wachstum. Es läßt die Battenfeld-Gruppe für 1984/85 mit einem Auftragseingang von gut 700 (nach 684 und 473) Mill. DM und einer Belegschaftsaufstockung auf 3300 Leute rechnen.

Beschäftigungsboom aus anderem und kurzlebigen Grund hat nun der beim Stammhaus konzentrierte Walzwerksbau. Das bislang auf Ende 1985 festgesetzte Auslaufen der EG-Subventionen beschert derzeit Terminnöte für Modernisierungsinvestitionen in der EG-Stahlindustrie. Ob danach ein Auftragsloch kommt, ist für den SMS-Chef eine noch offene Frage. Fürs eigene Stammhaus sieht es nach dem im Herbst 1984 zugesagten großen China-Auftrag (Baoshan-Warmbreitbandstraße mit gut 500 Mill. DM SMS-Eigenanteil) günstiger aus. Das Auftragspolster reicht nun für Vollauslastung in der Konstruktion bis Frühjahr 1986 und in der Fertigung bis Spätherbst 1985, für zwei weitere Jahre bereits für 50 Prozent „Grundauslastung" der eigenen Werkstätten.

Der Anfang 1984 beschlossenen Abbau des Stammhaus-Personals um 20 Prozent hat die SMS-AG nach dem großen China-Auftrag auf halbem Weg gestoppt. Der bis dahin aus Frühpensionierungen entstandene Zusatz-Personalaufwand von 14 Mill. DM wurde im Abschluß 1983/84 bereits voll verdaut. Desgleichen die Summe der aus Neuaufträgen erwarteten Verluste mit dem auffälligen Resultat, daß bei einer im eigenen Haus um 7 Prozent gestiegenen Gesamtleistug der Rohertrag erstmals deutlich zurückfiel. Mit solcher (über den Stoffaufwand verbuchter) Risikovorsorge sieht der SMS-Chef das Stammhaus weiterhin grundsolide für die Fährnisse des weltweiten Walzwerksmarktes gerüstet.

Schloemann-Siemag [1]	1983/84	±%
Auftragseingang (Mill. DM)	634	+ 21,9
Exportanteil (%)	83	(80)
Auftragsbestand	2900	+ 4,0
Umsatz	526	+ 5,2
Belegschaft [2]	3328	– 4,2
Gesamtleistung	756	+ 28,1
Rohertrag	313	– 8,1
Zinsertragsaldo	51,6	– 9,0
Personalkosten	227	+ 6,0
Jahresüberschuß	25,6	– 11,3
SMS-Verbund [3]		
Auftragseingang	1655	+ 45,7
Umsatz	1295	+ 6,5
Belegschaft [2]	6935	– 3,8

[1] Ohne Tochter [2] Jahresdurchschnitt [3] SMS und Tochter.

HERLITZ

Erträge sind kräftig gestiegen

tb. Berlin

Eine deutliche Gewinnsteigerung hat die Herlitz AG, Berlin, in den ersten neun Monaten dieses Jahres erzielt. Wie es in einem Aktionärsbrief dieses Herstellers von Papierwaren und Büroartikeln heißt, ist der Rohertrag um 22 Prozent gestiegen. Der Gesamtaufwand – ohne Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren – nahm nur um 20 Prozent auf 146 Mill. DM zu.

Der Umsatz stieg nach diesen Angaben um 33 Prozent auf 319 (240) Mill. DM. Der Auslandsanteil beträgt 35 (30) Prozent. Investiert wurden 17 Mill. DM nach 30 Mill. DM in der gleichen Vorjahreszeit. Die zweite Baustufe des neuen Versandzentrums in Berlin ist inzwischen voll ausgelastet, so daß eine Erweiterung um 24 000 Palettenplätze in Auftrag gegeben worden ist. Weiter erhöht wurde die Zahl der Mitarbeiter. Ende September beschäftigte Herlitz 2233 Personen gegenüber 1978 vor einem Jahr.

BECKER-GRUPPE / Noch in der Verlustzone

Weitere Entlassungen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Becker-Gruppe, Stuttgart, einer der größten deutschen Hersteller von Damenoberbekleidung und Herren-Oberhemden, plant einen weiteren drastischen Personalabbau. Bis Mitte 1985 soll in den inländischen Betrieben der Gruppe die Belegschaft um rund 700 auf dann etwa 950 Mitarbeiter reduziert werden. Entsprechende Beratungen wurden mit dem Betriebsrat aufgenommen. Ende 1980 zählte die Gruppe, die seit jener Zeit rote Zahlen schreibt, noch über 2650 Mitarbeiter.

Auch für 1984 werde das Ziel, aus der Verlustzone herauszukommen, nicht erreicht. Genauere Angaben über das Ausmaß der zuletzt eingetretenen Verluste mochte die neu formierte Geschäftsführung des inzwischen aus der Publizitätspflicht herausgefallenen Unternehmens nicht machen. Zuletzt war für 1982 ein Jahresverlust von 4,9 Mill. DM ausgewiesen worden, der einschließlich Vortrag den Konzernverlust auf 15,3 Mill. DM anschwellen ließ. Der kräftige Personalabschnitt, Teil eines neuen Strategie-Konzepts, sei dringlich, da das Unternehmen, das bisher von einer im Gefolge langjähriger Thesaurierungspolitik entstandenen guten Eigenkapitaldecke zehren konnte, bald in ernsthafte Schwierigkeiten geraten würde. Das Stammkapital von 20 Mill. DM der Vereinigte Bekleidungswerke R + A Becker GmbH halten die Nachkommen der Gründerfamilien.

Im Zuge des Personalabbaus soll der Nähbetrieb in Regensburg (250 Beschäftigte) geschlossen werden. Am Standort Stuttgart ist durch Konzentration auf den Sielminger Betrieb ein Personalabbau von 300 auf 75 Mitarbeiter vorgesehen. Im Inland sollen künftig stärker und rationell Kleinserien gefertigt werden. Eine konsequentere Markenpolitik werde ins Auge gefaßt. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres kam die Gruppe auf ein Umsatzplus von 5 Prozent, für das ganze Jahr wird mit einem Umsatz von 300 (1983: 294) Mill. DM gerechnet. Auf Damenoberbekleidung entfielen 55 Prozent, der Rest auf Hemden und Herren-Freizeitkleidung. Die Exportquote liegt bei 20 Prozent.

Martonair: Aktiv im Pneumatikmarkt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die seit 1956 als Vertriebsgesellschaft und seit 1961 auch in der Fertigung auf dem deutschen Markt tätige Martonair Druckluftsteuerungen GmbH, Alpen/Niederrhein, profitiert zunehmend vom allgemeinen Zwang zu Rationalisierung und Automation. Die Branche, deren deutsches Marktvolumen auf 650 bis 670 Mill. DM geschätzt wird, bietet nach den Worten von Hans Georg Cremer, Vorsitzender Martonair-Geschäftsführer, für den gesamten Maschinenbau Antriebselemente an, die relativ preiswert schnelles Arbeiten mit linearen Antrieben ermöglichen.

Auch für die nächsten Jahre rechnet Cremer mit einem weiteren Wachstum des Marktes, wenn auch nicht mehr mit den hohen Raten der vergangenen Jahre. Dieses habe in der Vergangenheit auch Raum für Newcomer auf dem Markt gegeben. Als auf dem deutschen Markt führend bezeichnete Cremer neben dem deutschen Unternehmen Festo (30 Prozent) mit jeweils 10 Prozent Marktanteil Martonair, Bosch, Wabco-Westinghouse und Herion.

Für 1984/85 (30. 6.) rechnet Martonair mit einem Umsatz von 63 (58) Mill. DM. Der Exportanteil wird mit 25 Prozent angegeben, wobei durch Beteiligung an Fremderzeugnissen der Anteil bei 50 Prozent liegen dürfte. Die Zahl der Beschäftigten beträgt 450. Die Investitionen liegen in den nächsten drei Jahren bei insgesamt 7 Mill. DM.

Die gegenüber 1982/83 erheblich verbesserte Ertragslage wird als „zufriedenstellend" bezeichnet. Sie bewege sich im Rahmen des von der britischen Muttergesellschaft Martonair International (Umsatz 183 Mill. DM, 2100 Mitarbeiter) ausgewiesenen Ergebnisses (etwa 10 Prozent vor Steuern).

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Auftrag aus Australien

München (dpa/VWD) – Die Siemens AG, München, hat von der australischen Fernmeldeverwaltung Telecom einen Großauftrag zur Lieferung digitaler Breitband-Richtfunksysteme im Wert von über 60 Mill. DM erhalten. Der Auftrag ist nach Projekten in den Philippinen, Nigeria und Oman der vierte Richtfunk-Großauftrag an Siemens in den letzten Jahren.

Wechsel bei Brinkmann

Hamburg (JB.) – Bei der Martin Brinkmann AG, Bremen, sind Veränderungen im Management vorgesehen. Der bisherige Vorstandsvorsitzende Theo M. van Gorkom wird nach Abschluß der Reorganisation mit Wirkung zum 1. April nächsten Jahres aus dem Vorstand ausscheiden und zur Muttergesellschaft Rothmans International zurückkehren. Sein Nachfolger wird Werner E. Klatten, zur Zeit Vorstandsmitglied für Marketing und Vertrieb. Neuer Vertriebschef wird Willem van der Hoeven von der belgischen Rothmans-Tochter Turmac. Dietrich Seelmann-Eggebert, für Produktion, Tabak und Materialeinkauf zuständig, verläßt das Unternehmen.

Flotte wird reduziert

Hamburg (JB.) – Die VTG Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH, Hamburg, die über die drittgrößte Versorgerflotte der Welt verfügt, wird die Zahl der Schiffe reduzieren. Im kommenden Jahr sollen von den 93 Einheiten 8 verkauft und von den 17 unter deutscher Flagge fahrenden Versorgern 10 ausgeflaggt werden. Im Mannschaftsbereich sollen 80 Mitarbeiter entlassen, im Kapitäns- und Offiziersbereich bis zu 270 Mitarbeitern Job-Sharing-Verträge bei einer Tochtergesellschaft in Singapur angeboten werden. Die Preussag-Tochter VTG, die bereits in diesem Jahr 7 Schiffe verkauft hat, reagiert damit auf die von Tonnageüberangebot geprägte Marktlage.

Wertzuwachs bei Rodamco

Düsseldorf (Py.) – Wertzuwachs und Gewinn aus Bewirtschaftung haben zusammen in der 1. Hälfte des Geschäftsjahres 1984/85 (1. 3. bis 31. 8.) den Wert der niederländischen Rodamco-Aktie um 6,1 Prozent steigen lassen. Die Immobilien-Anlagegesellschaft Rodamco N. V. hat ihre Anlagepolitik stärker zugunsten der USA orientiert. Die Zahl der ausgegebenen Aktien hat sich, vor allem durch Käufe institutioneller Anleger, um fast 3,6 Mill. auf 12,7 Mill. Stück erhöht. Das Eigenvermögen von Rodamco liegt bei 1,6 Mrd. hfl.

NAMEN

Dr. Gerhard Herbst, Vorstandsmitglied der Deutsche Bank Berlin AG, wurde am 20. November 65 Jahre.

Otto Gerner (39), bisher Alleinvorstand der Trebag Treuhand und Beratung AG, München, wurde zum Vorstandsvorsitzenden und **Ekkehard Rogalski** (51) und **Rolf Ophoff** (39) wurden neu in den Vorstand bestellt. Dr. **Frank Zillich** wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden bestellt.

Paul Hendrys (37), stellvertretender Geschäftsführer für den Bereich Verkauf bei der Philip Morris GmbH, München, ist zum Geschäftsführer berufen worden.

Dr. **Günter Rexrodt**, Senatsdirektor in der Senatsverwaltung für Wirtschaft in Berlin, soll Chef der Wirtschaftsförderung Berlin GmbH werden. Die Amtszeit von **Robert Layton** – bisher an der Spitze dieser Gesellschaft – endet im Mai 1985.

TRUMPF / Auftragseingang höher als der Umsatz

Kapazitäten voll ausgelastet

WERNER NEITZEL, Ditzingen

Während sich der deutsche Werkzeugmaschinenbau zumindest beim Auftragseingang wieder zu erholen beginnt – die Produktion und die Umsatzentwicklung hinken naturgemäß nach – wartet die Trumpf-Gruppe, Ditzingen, die sich schon immer positv vom allgemeinen Branchenbild abhob, mit eindrucksvollen Wachstumsraten auf.

Im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) hat die Firmengruppe, führender Hersteller von Maschinen zum Lochen und Trennen von Blechen, den konsolidierten Umsatz um 22 Prozent auf 290 Mill. DM gesteigert. Das Stammhaus, die Trumpf GmbH + Co., kam auf einen Umsatz von 227 Mill. DM (plus 12,4 Prozent). Im Berichtszeitraum erhöhte sich der Auftragseingang um rund 30 Prozent auf 251 Mill. DM und lag damit erstmals seit vier Jahren wieder deutlich über dem Umsatz.

Die Kapazitäten sind nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters Berthold Leibinger zur Zeit voll ausgelastet, der Auftragsbestand reiche bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres. Der Exportanteil am Umsatz beträgt weiterhin etwa 60 Prozent, am konsolidierten Umsatz der Gruppe gemessen macht das Auslandsgeschäft etwa 70 Prozent aus.

Es sei ein „ausreichendes Ergebnis" erzielt worden, das sich gegenüber dem Vorjahr etwas verbessert habe. Für Forschung und Entwicklung gibt man bei Trumpf etwa 4 Prozent des Umsatzes aus. Das Unternehmen kann sich zugute halten, beim Einsatz moderner Technologien in Fertigung und Produkt (NC-Steuerung und Einsatz der Lasertechnik) besonders weit vorn zu sein.

Im Inland wurden 8,8 Mill. DM investiert, für den nächsten Dreijahres-Zeitraum sind 40 Mill. DM Investitionen vorgesehen. Die Investitionen bei den Auslandstöchtern lagen bei 4,8 Mill. DM. Geplant ist ein Werksneubau im Elsaß als Zulieferbetrieb für die inländischen Werke. Die Eigenkapitalquote des Familienunternehmens beträgt unverändert 30 Prozent.

Im laufenden Geschäftsjahr peilt Trumpf in der Inlandsgruppe einen Umsatz von 250 Mill. DM an, für die gesamte Gruppe wird ein Umsatz von 320 Mill. DM ins Visier genommen. Auch auf längere Sicht beurteilt Leibinger, der den Marktanteil in Europa in diesem Produktbereich für Trumpf mit 50 Prozent angibt, die Wachstumschancen des Unternehmens optimistisch. Die Zahl der Beschäftigten im Inland nahm um vier Prozent auf 1133 Mitarbeiter zu und tendiert weiter nach oben. Weltweit zählt Trumpf rund 1500 Beschäftigte.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Nachl. d. Heinrich Josef Bahnen, Herzogenrath; **Cloppenburg:** Wilfried Hibben, Barßel; **Duisburg:** Verhaelen GmbH & Co. KG; **Essen:** Vins et Spécialités de France Rolf Seiwert & Pierre Gazel GmbH; **Homberg/Efze:** Autohaus Osterbach GmbH; **Mönchengladbach:** Karl Klömpges, Architekt; **Nordhorn:** Gabriele Tedd geb. Stemmann, Mamer/Luxemburg; **Regensburg:** Bauer u. Barbian GmbH & Co. KG; **Trier:** A. Pies Söhne GmbH & Co. KG; **Wiesbaden:** ORBY Grund & Boden GmbH; **Wuppertal:** Ingenieurbüro Dipl.-Ing. H. J. Spehr GmbH, Remscheid-Lüttringhausen.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Wesel: DORID Ges. f. computergesteuerte Produktionsstraßen mbH; Niehaves GmbH.

Vergleich beantragt: Celle: Celler Eisenbau Engelking GmbH; **Hagen:** a) Fischer & Schmidt GmbH & Co KG, b) Fischer & Schmidt GmbH.

BAUKNECHT / Im laufenden Geschäftsjahr Umsatzplus von neun Prozent geplant

Wachstum bei allen Produktgruppen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

„Die Bauknecht-Gruppe hat ihren Wachstumspfad gefunden und wird ihn weitergehen." Gemäß dieser Einschätzung des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Bauknecht-Hausgeräte GmbH, Hendrik A. van der Stek, wird für das laufende Geschäftsjahr 1984/85 (30. 4.) ein Umsatzzuwachs von 9 Prozent angepeilt. Im Geschäftsjahr 1983/84 hat die Bauknecht-Gruppe, die voll im Besitz von Philips ist, den Umsatz um 3 Prozent auf 822 Mill. DM gesteigert. Die positive Entwicklung betreffe alle Produktgruppen. Dabei seien in den Bereichen Waschen/Trocknen und bei Mikrowellenherden überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielt worden.

Der Umsatz wird grob wie folgt aufgeschlüsselt: Auf Kühl- und Gefriergeräte sowie auf Waschmaschinen entfallen jeweils rund 30 Prozent, 15 Prozent sind Geschirrspüler, Herde und Kleingeräte machen jeweils zehn Prozent aus, und auf Mikrowellen-Geräte entfallen etwa fünf Prozent. Der Anteil des Auslandsgeschäfts am Umsatz macht rund 50 Prozent aus. Es sei gelungen, auf einigen wichtigen Märkten in Westeuropa Marktanteile hinzuzugewinnen. Auch im Inland habe man die Position ausgebaut.

Das Volumen des westeuropäischen Marktes für „weiße Ware" wird mit jährlich etwa 10 Mill. Kühlgeräten, 4 Mill. Gefriergeräten, 9 Mill. Waschgeräten, 8 Mill. Herde und fast 1 Mill. Mikrowellengeräten angegeben. Trotz einer erheblichen Strukturveränderung auf der Herstellerseite in den letzten zwei Jahren habe ein nennenswerter Abbau der Produktionskapazität nicht stattgefunden. Die Überkapazitäten in dieser Sparte werden auf 15 bis 20 Prozent geschätzt. Die Lage am Markt werde dadurch verschärft, daß die Importe aus Ostblockländern zunähmen. Preiserhöhungen seien so gut wie nicht durchsetzbar, obwohl sie aus Kostengründen notwendig wären.

Bauknecht erwirtschafte zwar schwarze Zahlen, bleibe aber immer noch deutlich unter der angestrebten Rendite von 3 Prozent (nach Steuern) vom Umsatz. Präzisiert wurde dies mit der Aussage „weniger als die Hälfte", was heißen soll, der Gewinn liegt unter der Marke von 1,5 Prozent vom Umsatz. Zur Ergebnisverbesserung würden Investitionen und Maßnahmen zur Rationalisierung gezielt weitergeführt werden.

Nach Investitionen von 32 Mill. DM im Berichtsjahr sollen im laufenden Jahr 36 Mill. DM investiert werden, womit der Abschreibungsrahmen deutlich übertroffen werde. Allein im Werk Calw investiert Bauknecht über zwei Jahre hinweg insgesamt rund 30 Mill. DM. Ende Oktober dieses Jahres beschäftigte Bauknecht in der Gruppe 4100 Mitarbeiter, das sind 60 Mitarbeiter mehr als im Vorjahr. Insbesondere im Werk Calw gab es Neueinstellungen. Rund 750 Mitarbeiter sind bei den ausländischen Bauknecht-Gesellschaften tätig.

Die Sony Betamovie kauft man besser nicht irgendwo.



Sony Betamovie BMC-200 P

Sondern beim Sony Fachhändler.

Innen Recorder, außen Kamera – ein kompaktes Produkt-Konzept, gespickt mit technischen Finessen. Typisch Sony. Die Bildqualität ist exzellent, so wie man es von der Sony Video-Technologie erwartet. Die Bildschärfen-Automatik ist an Präzision unübertroffen. Und nicht zuletzt überzeugt, daß die Sony Betamovie mit jeder normalen Beta-Cassette videofilmen kann. Wen wundert es da, daß die Sony Betamovie die meistverkaufte Farb-Video-Recorder-Kamera der Welt ist? Um so mehr sollten Sie darauf achten, beim Kauf dieses Video-Leckerbissens an die richtige Adresse zu geraten. Und da empfehlen sich ausschließlich Ihr Sony Fachhändler und die Fachabteilungen der Warenhäuser. Denn sie allein sind in der Lage, Ihnen neben fachlich fundierter Beratung eine Sony Betamovie mit maximaler Betriebssicherheit und der Sony Garantie-Leistung zu bieten. Jetzt und überhaupt.

SONY

Aktien auf breiter Front freundlich

Zinssenkung in den USA sorgte für Unternehmungslust

DW. – Die Diskontsenkung in den USA sowie die vorangegangenen Kurssteigerungen an der Wall Street lösten im Börsenberufshandel umfangreiche Meinungskäufe aus. Da inländische Anleger folgten und auch aus dem Ausland einige Kaufaufträge gebucht werden konnten, kam es verbreitet zu Kurssteigerungen. Da sie immer wieder durch Gewinnmitnahmen gebremst wurden, fehlte dem Markt jede Hektik. Hauptnutznießer der Zinssenkung waren die Bankaktien, bei denen es zu Tagesgewinnen bis zu fünf DM kam.

Zu den weiterhin bevorzugten Papieren gehörten die Elektroaktien, wo die Anhebung der Siemens-Dividende die Anlagebereitschaft noch erhöht hat. Verstärkt hat sich die Nachfrage auch nach Autoaktien. Hier waren vorrangig Daimler und Porsche gesucht. Großchemieaktien wurden zwar lebhaft gehandelt, ihr Kursanstieg hielt sich wie schon in den vorangegangenen Wochen gleichwohl in bescheidenen Grenzen. Obwohl neben den Bankaktien auch die Papiere der Versorgungsindustrie nach der klassischen Definition zu den zinsreagiblen Werten zählen, konnten ihre Kurse sich nur wenig verbessern. Knapp behauptet lag die Mehrzahl der Versicherungsaktien. Bei Maschinenbauwerten konnte sich keine einheitliche Tendenz durchsetzen.

Düsseldorf: Edelstahl Witten verminderten um 4 DM, Hindrichs Auffermann um 3,90 DM und Huta um 2 DM. Kochs Adler stockten um 2 DM, Leffers um 6 DM und Rheinwestkalk um 5 DM auf. Bei den Versicherungen stockten Aachener Rück um 10 DM und Colonia um 2 DM auf.

Frankfurt: BBC erhöhten um 5 DM, Chemische Verwaltung um 8,90 DM und Deutsche Steinzeug um 4 DM. Deutsche Effekten und Wechselbeteiligungen gaben um 15 DM nach. Deutsche Texaco stockten um 4 DM und Flachglas um 8 DM auf.

Hamburg: HEW lagen unverändert bei 81 DM und NWK-Vz. bei 167,50 (plus 1,40 DM). Bremer Vulkan verbesserten sich um 1,50 DM. Triton gingen zu 112 DM aus dem Markt. Phoenix Gummi lagen bei 116,50 DM. Für Hapag Lloyd wurden 92 DM bezahlt. Die Vereins- und Westbank stiegen um 1 DM.

München: Aigner erhöhten um 2 DM, Bay. Lloyd um 9 DM und Dekkel Ag um 1 DM. Dywidag verbesserten sich um 0,50 DM und Gehe Ag um 1 DM. Abgegeben haben Grünzweig 5 DM und Leonische Draht 4,50 DM.

Berlin: Tempelhofer Feld verzeichneten einen Gewinn von 50 DM. Herlitz St. konnten 4,50 DM, Herlitz Vz. 4 DM, Schering 3 DM und Berliner Bank 1,20 DM zulegen. DeTeWe ermäßigten sich um 6 DM. Rheinmetall wurden um 5 DM niedriger taxiert. DUB-Schultheiss lagen um 2,50 DM. Berliner Kindl, Kempinski und Lehmann um je 1 DM leichter.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 157,8 (156,5)
WELT-Umsatzindex: 1960 (1540)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen



Optionshandel

Frankfurt: 22. 11. 84: 955 Optionen = 50 100 (46 390) Aktien, davon 274 Verkaufsoptionen = 14 900 Aktien. Kaufoptionen: 1-80/27,5, 1-85/14,1, 1-100/9, 1-110/2,7, 4-90/20, 4-110/8,3-9, 4-120/4, 7-100/16,6, 7-110/10, 7-120/5,6, BASF 1-160/13, 1-163/9,9, 1-170/6, 4-160/17, 4-170/11,2, 4-180/7, 4-190/3, 4-200/2,9, 7-170/15,5, 7-180/11,6, 7-191/8, 7-200/5,3, Bayer 1-170/15,1, 1-180/7,5, 1-190/4, 4-180/13,8, 4-190/9, 4-200/5, 4-210/2,5, 7-180/20,5, 7-190/12,6, 7-200/10, 7-210/6,5, Bay. Hypo. 1-310/20, 4-320/17, 7-320/27, Bekula 1-100/2, Bay. Vereinsbk. 4-340/13, Commerzbank 1-150/27, 1-170/8,5, 1-180/5, 1-190/2,5, 4-160/22, 4-180/9,2, 4-190/4,8, 4-200/3,5, 7-170/18,8, 7-180/12,7, 7-190/8, Conti 1-130/1, 4-110/13, 4-120/7, 7-130/8,4, Daimler 4-580/15,05, Dt. Babcock St. 4-170/5,6, Deutsche Bk. 1-370/18,9, 1-380/12, 4-390/16, 4-400/10,5, 4-410/8,2, 4-420/3,7, 7-390/23,5, 7-430/9, Degussa 4-390/9,4, 7-390/20, Dresdner Bk. 1-160/30, 1-180/12,1, 1-300/2,6, 4-160/33, 4-170/23, 4-180/18,9, 4-190/12,1, 4-200/8, 4-210/4,4, 7-200/10,6, 7-210/7,6, Hoechst 1-180/5, 1-190/2,7, 4-180/10,9, 4-190/5,5, 7-190/9, Hoesch 1-110/2, 1-120/1,2, 4-110/7,6, 4-120/3,8, 7-120/6,1, Karstadt 1-250/5,1, 4-250/12,4, Kaufhof 1-230/8,4, 1-240/5,4, Klöckner 1-65/9, 1-70/5,2, 1-75/2, 4-60/15, 4-65/12,5, 4-70/8,35, 4-75/7, 4-80/4,5, 4-85/3,3, Lufthansa Vz. 1-180/21,8, 4-170/11, Metallges. 1-220/8,7, Mannesmann 4-180/6, 7-170/5,6, RWE St. 1-170/2,5, RWE Vz. 4-170/3,5, Siemens 1-380/80, 1-400/60, 1-410/50, 1-420/41,5, 1-430/32, 1-450/19, 1-460/10, 1-470/8,6, 1-480/5, 4-420/45, 4-430/37,5, 4-480/15,6, 4-490/10,6, 4-500/8, 7-500/15,7, Thyssen 1-80/5, 4-85/5,5, 4-90/4, 7-80/11,4, 7-85/8, Varta 1-170/13, 1-180/5,2, Veba 1-170/4, 1-172,5/3,5, 4-162,5/11, 4-170/7,6, 4-180/3,5, 7-170/11,8, 7-180/8, VW 1-180/18,3, 1-190/10,9, 1-200/7, 1-210/2,6, 4-170/36, 4-180/28, 4-190/20, 4-200/13, 4-210/9,6, 7-190/22, 7-200/16, 7-220/8, Alcan 1-80/6, 7-90/6,4, Chrysler 1-80/7,1, 1-85/6,5, 4-85/4, 7-85/6,2, General Motors 4-250/15-14,4, 7-260/16, IBM 4-420/13, 4-430/86, Norsk Hydro, 7-40/5,5, Philips 4-50/2,6, 7-50/5, Verkaufsoptionen: AEG 1-100/1,7, 1-110/7, 4-1050/3, 7-95/2,9, 7-100/4,4, BASF 1-170/2,3, 4-170/3,2, 7-160/2, 7-170/3,9, Bayer 1-180/1,9, 4-180/3,25, 7-180/4,7, Bay. Hypo. 1-300/1,9, Bekula 4-100/4, BMW 1-370/7, 4-360/6,5, 4-370/10,4, 4-380/18, 7-360/8, 7-370/15, Commerzbank 1-170/2, 4-170/3,2, 7-160/2,85, 7-170/5, Conti 1-117/3, 1-120/6,8, 4-120/7, Deutsche Bk. 1-370/6,5, 7-350/6,2, Dresdner Bk. 1-180/2,4, 4-170/1,8, 4-180/3, 7-170/3, 7-180/6,6, Hoechst 4-170/1, 7-170/2,5, Hoesch 1-100/1,1, 4-100/2, 7-100/4,5, Karstadt 4-240/7, Klöckner 1-70/1, 7-70/3,3, Mannesmann 4-150/4,5, Schering 4-380/7,6, Siemens 1-430/2,4, 4-450/12, 7-410/4,4, Veba 7-160/2, 7-170/6,3, VW 4-180/3,4, 4-190/5, 4-200/9,4, 7-180/5,4, 7-190/7,9, Chrysler 1-85/3,3, General Motors 4-230/13, IBM 4-380/11, Litton 4-180/3,6, Norsk Hydro 7-40/4. – (1. Zahl Verfallsmonat [jeweils der 15.], 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 22. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞– 9⅛	5⅜–5⅝	4⅞–4⅞
3 Monate	9¼– 9⅜	5⅝–5⅞	5⅛–5⅜
6 Monate	9½– 9¾	5¾–6	5⅛–5⅜
12 Monate	10⅛–10⅜	5¾–6	5⅛–5⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.



Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 22. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

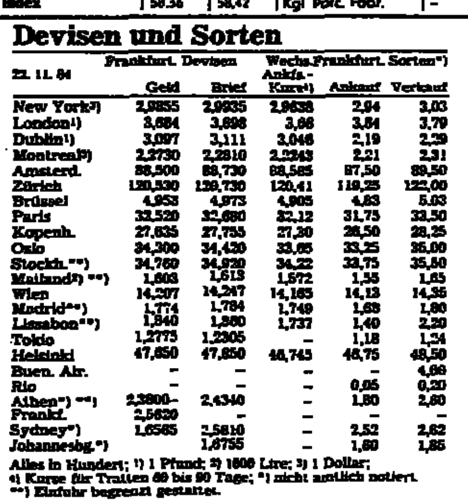
Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1455,00	1806,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1185,00	1444,50
5 US-Dollar (Liberty)	460,00	638,40
1 £ Sovereign alt	238,00	290,70
1 £ Sovereign Elizabeth II.	231,00	285,14
20 belgische Franken	180,00	232,56
10 Rubel Tscherwonez	244,00	305,32
2 südafrikanische Rand	230,00	285,00
Krüger Rand, neu	1044,00	1230,06
Maple Leaf	1044,00	1230,06
Platin Noble Man	1000,00	1190,16

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	243,00	304,38
20 schweiz. Franken „Vreneli"	187,00	237,12
20 franz. Franken „Napoléon"	187,00	237,12
100 österr. Kronen (Neuprägung)	965,00	1163,94
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	444,00	546,06
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	143,64

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer



Devisen und Sorten

22. 11. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurse[4])	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York[3])	2,9855	2,9935	2,9638	2,94	3,03
London[1])	3,684	3,698	3,66	3,84	3,79
Dublin[1])	3,097	3,111	3,046	2,19	2,29
Montreal[3])	2,2730	2,2810	2,2243	2,21	2,31
Amsterd.	88,500	88,730	88,585	87,50	89,50
Zürich	120,530	120,730	120,41	119,25	122,00
Brüssel	4,953	4,973	4,905	4,83	5,03
Paris	32,520	32,680	32,12	31,75	33,50
Kopenh.	27,635	27,755	27,30	26,50	28,25
Oslo	34,300	34,420	33,65	33,25	35,00
Stockh.**)	34,760	34,920	34,22	33,75	35,80
Mailand[2]) **)	1,603	1,613	1,572	1,55	1,65
Wien	14,207	14,247	14,165	14,13	14,35
Madrid**)	1,774	1,784	1,749	1,68	1,80
Lissabon**)	1,840	1,900	1,737	1,40	2,20
Tokio	1,2775	1,2305	–	1,18	1,34
Helsinki	47,650	47,850	46,745	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,05	0,20
Athen*) **)	2,3800	2,4340	–	1,80	2,80
Frankf.	2,5620	–	–	–	–
Sydney*)	1,6565	2,5810	–	2,52	2,62
Johannesbg.*)		1,8755	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.



Devisenmärkte

Während des Feiertages in Deutschland überwand der US-Dollar in New York die Marke von 3,02, fiel aber gegen Geschäftsschluß auf 2,9880 zurück, nach der zu diesem Zeitpunkt unvermuteten Diskontsenkung von 9 auf 8½ Prozent. In Europa gestaltete sich das Geschäft am Vormittag sehr lebhaft zwischen 2,9975 und 2,9755. Trotz dieses Zinsentscheids blieb der Dollar am 22. 11. somit recht stark. Die Deutsche Bundesbank verkaufte zur Notiz von 2,9895 21 Mill. Dollar und dürfte auch vorbörslich im Markt gewesen sein. Am Nachmittag kam es zu einer merklichen Beruhigung angesichts des Feiertags in den USA und zu einem Wiederanstieg auf 2,9850. Schwach notierte der Schweizer Franken und das Englische Pfund mit 120,63 und 3,691. Das Pfund wurde von nachgebenden Ölpreisen und Zinssenkungen in England beeinflußt. Dollar in: Amsterdam 3,3800; Brüssel 60,32; Paris 9,1860; Mailand 1863,00; Wien 21,0080; Zürich 2,4782, Ir. Pfund/DM 3,104; Pfund/Dollar 1,2347, Pfund/DM 3,691.

Ostmarkkurs am 22. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.



Devisenterminmarkt

Die Diskontsatzsenkung am Mittwoch in den USA um ½ Prozent auf 8½ Prozent führte am 22. November zu einem Rückgang der Dollar-Zinsen in der Spitze um ¼ prozent.

Dollar/DM	0,98/0,88	2,77/2,67	5,70/5,50
Pfund/Dollar	0,08/0,06	0,07/0,04	0,03/0,07
Pfund/DM	2,10/0,70	4,20/2,80	7,50/6,10
FF/DM	23/07	54/38	99/83

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 22. 11.: Tagesgeld 5,40–5,45 Prozent; Monatsgeld 5,45–5,55 Prozent; Dreimonatsgeld 5,80–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 22. 11.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 22. 11.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,25 (6,37) – 7,75 (6,68) – 8,00 (6,91) – 8,50 (7,13). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,25 (6,41) – 7,75 (6,74) – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,24) – 8,50 (7,42) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,35, 2 Jahre 6,30. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,4, Rendite 6,90.

Renten im Aufwärtstrend

Die Diskontsenkung in den USA hat die Szene am deutschen Rentenmarkt aufgehellt. In Erwartung, daß die sinkenden US-Zinsen auf das deutsche Zinsniveau durchschlagen werden, gab es an der Donnerstagbörse bei den öffentlichen Anleihen recht massive Meinungskäufe, die nur zu deutlich heraufgesetzten Notierungen abzuwickeln waren. Der gleichzeitig anhaltende Druck auf die Geldmarktzinsen hat die Erwartungshaltung am Markt für festverzinsliche Papiere noch verstärkt. Das kam auch den Pfandbriefen zugute, deren Renditen sich spürbar zurückgebildet haben.

Bundesanleihen

		22. 11.	20. 11.
F 6½ Bund 79	1/85	100	100
8½ dgl. 73 I	3/85	100.7	100.7
7 dgl. 79	4/85	100.35	100.35
7½ dgl. 79 II	6/85	100.65	100.65
7¾ dgl. 79 I	7/85	101	101
8 dgl. 76 IV	10/85	101,6	101,6
5½ dgl. 78 II	3/86	99.4	99.25
5¾ dgl. 78	5/86	98.75bG	98.8
7¾ dgl. 76 I	12/86	102	101,9
6½ dgl. 79	1/87	100.45	100.4
7½ dgl. 76 II	1/87	101,85	101,75
6¾ dgl. 77	4/87	100.9bG	100.8
6½ dgl. 77	7/87	100,4bG	100,3
6 dgl. 77	10/87	99.25	99.25bG
6 dgl. 78 I	1/88	99.2	99.05
6½ dgl. 78 I	9/88	100.15	100.15
6½ dgl. 78 II	12/88	100.1bG	100
6¾ dgl. 79	1/89	100,25bG	100.15
7½ dgl. 79 I	4/89	101.45	101,35bG
10 dgl. 81	4/89	110.75	110.55
7½ dgl. 79 I	6/89	102.15bG	102
8 dgl. 79 I	7/89	103.9	103.6
8 dgl. 79 II	9/89	103.95	103,75
7½ dgl. 79 II	9/89	102,25bG	102.05
7¾ dgl. 79 II	11/89	103.4	103.1
7¾ dgl. 80 I	1/90	103.45bG	103.2
10 dgl. 80	4/90	112.15	111.85
5¾ dgl. 78	5/90	96bG	95.9
8¼ dgl. 80 I	7/90	105,1bG	104.85
8¼ dgl. 80 II	11/90	105.45bG	105.25
7¾ dgl. 82	11/90	103.5	103,3
9 dgl. 81	2/91	108.1bG	107.9bG
10½ dgl. 81	7/91	114,55	114,35
10¾ dgl. 81	9/91	117.4	117.3
10 dgl. 81 II	12/91	113.9	113.7
9¾ dgl. 82 I	1/92	112.5	112,3
9¾ dgl. 82 II	3/92	112.7	112.5
6 dgl. 78 II	3/93	95.8	95.7
9.5 dgl. 82	4/92	111.3	111
9 dgl. 82	5/92	108.65	108,35
8½ dgl. 82	6/92	106.45	106,3
9 dgl. 82	8/92	109	108.7
8¾ dgl. 82	9/92	107.9	107.7
7¾ dgl. 82	12/92	102.9	102,55

		22. 11.
F 6½ dgl. 77	5/89	98,9
8 dgl. 79 I	7/89	104
6 dgl. 78 I	2/90	96,55
8 dgl. 80 II	7/90	103,95
9 dgl. 81	3/91	108.2
10½ dgl. 81	9/91	115,95
10¼ dgl. 81	11/1	115,26
8 dgl. 80 I	2/92	103,45
10 dgl. 82	2/92	113,8
9½ dgl. 82	7/92	111,55
8 dgl. 82	11/92	103,55
7¾ dgl. 83	1/93	102,55
8¼ dgl. 83	10/93	105.7
8¾ dgl. 84	6/94	106G
7¼ dgl. 84	10/94	100.2G

Bundespost

		22. 11.
F 6½ Bdpost 68	5/88	99,6
8 dgl. 72 I	9/87	103,35
10 dgl. 81	3/89	110,65bG
10¼ dgl. 81	6/89	112,05
8 dgl. 80	3/90	103.9
7¾ dgl. 80	9/90	102.95
8¾ dgl. 80	12/90	107.4
10½ dgl. 81	10/91	116,35
9¾ dgl. 82	2/92	112,7
8¾ dgl. 82	6/92	107,6
8½ dgl. 82	10/92	106,65
7¾ dgl. 83	2/93	102,8
8½ dgl. 83	9/93	106,8
8¼ dgl. 84	2/94	105,95
8 dgl. 84	9/94	104,3

Länder – Städte

		22. 11.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	99,8
8¼ dgl. 82	92	104
M 7 Bayern 66	86	101G
6½ dgl. 67	87	102,5G
6 dgl. 68	85	99,85G
6 dgl. 78	88	97,6bG
8¾ dgl. 80	90	106.7bG
8¾ dgl. 82	92	106.5G
7½ dgl. 83	93	101
8 dgl. 84	94	102,6
B 8½ Berlin 70	85	101,8G
8 dgl. 72	85	101G

	20. 11.	20. 11.
M 7 dgl. Pf 20	99,75G	99,75G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	101G	101G
6 dgl. Pf 34	97,5G	97,5G
6½ dgl. Pf 37	99G	99
8 dgl. Pf 51	100.15	100.15
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	94.75G	94,75G
7½ dgl. Pf 87	100G	100G
6 dgl. KS 29	85,75G	85,75G
7 dgl. KS 30	100,85G	100,85G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G

	22. 11.	20. 11.
Hn8 dgl. Pf 10	100.7G	100,7bG
9 dgl. KO 53	101,3bG	101,3bG
7½ dgl. IS 6	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	89,2G	89,2G
8 dgl. Pf 95	80G	80G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	126	126
5½ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	87G	87G
6½ dgl. Pf 87	88G	88G

	22. 11.	20. 11.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
8½ dgl. RS 60	99,75G	99,5
7 dgl. 94	100,5G	100,5G
7 dgl. 99	100,25G	100,2G
8 dgl. 101	103,5G	103G
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
9¼ dgl. 126	106,25G	105,75G
D 8 LAG TS 76	101,7	101,65G
6½ dgl. TS 77	100,15bG	100,05G
5½ dgl. 78	97,1	97,1
7 dgl. 79	100,95	100,85

Industrieanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Bruchteilig schwächer schlossen am Mittwoch die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Leicht befestigen konnte sich dagegen Silber. Etwas fester ging Kupfer aus dem Markt. Durchweg schwächer schlossen Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	21. 11.	20. 11.
Dez	361,50	359,75
März	360,75	350,50
Mai	353,80	363,25

Weizen Winnipeg (can. $/t)	21. 11.	20. 11.
Wheat Board cif		
St. Lawrence 1 CW	224,92	253,57
Amber Durum	232,02	199,97

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez	144,50	145,60
März	151,40	152,50
Mai	155,00	156,10

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez	124,90	124,50
März	127,90	127,50
Mai	129,00	129,50

Hafer Chicago (c/bush)	21. 11.	20. 11.
Dez	185,75	186,75
März	181,75	182,75
Mai	179,25	185,25

Mais Chicago (c/bush)		
Dez	273,50	274,50
März	282,50	282,25
Mai	289,50	289,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	21. 11.	20. 11.
Dez	138,10	137,10
März	137,00	136,20
Mai	137,90	137,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	21. 11.	20. 11.
Terminkontr. Dez	139,70	141,25
März	136,25	138,30
Mai	135,60	137,00

Kakao New York ($/t)	21. 11.	20. 11.
Terminkontr. Dez	2250	2280
März	2115	2149
Mai	2120	2151
Umsatz	4712	3966

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan	4,65	4,86
März	5,27	5,29
Mai	5,60	5,60
Juli	5,94	5,91
Sept	6,17	6,17
Umsatz	8677	6060

Ica-Preis fob karib. Häfen (US-c/lb)	21. 11.	20. 11.
	4,09	4,41

Kaffee London (£/t) Robusta	21. 11.	20. 11.
Kontrakt Nov.	2440–2450	2540–2548
Jan	2336–2338	2357–2358
März	2235–2238	2240–2243
Umsatz	3540	2292

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez	1870–1872	1899–1900
März	1826–1827	1850–1851
Mai	1827–1828	1848–1849
Umsatz	7340	4507

Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	159,00–161,00	145,00–145,20
Mai	164,00–166,00	152,00–152,40
Aug	171,00–173,00	-
Umsatz	-	4507

Pfeffer Singapur (Straits-Sng.-$/100 kg)	21. 11.	20. 11.
schw. Sarawak spez.	422,50	422,50
weißer Sarawak	652,50	652,50
weißer Muntok	660,00	660,00

Orangensaft New York (c/lb)	21. 11.	20. 11.
Jan.	171,15	170,60
März	171,00	171,70
Mai	171,90	171,60
Juli	171,00	171,75
Sept.	169,50	169,00
Umsatz	500	700

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	21. 11.	20. 11.
Südstaaten fob Werk	42,00	41,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	33,75	34,25

Sojaöl Chicago (c/lb)		
Dez	27,85	27,87
Jan.	26,62	26,60
März	25,70	25,55
Mai	25,25	25,10
Juli	25,05	25,00
Aug.	24,50	24,50
Sept	24,20	24,30

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	31,00	30,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	30,00	31,00
Choise white hog 4% fr. F	22,25	22,50

Talg New York (c/lb)		
top white	22,00	22,00
fancy	21,75	21,75
bleichfähig	20,00	20,00
yellow max. 10% fr. F	18,25	18,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez	53,40	52,60
Febr	53,47	52,90
April	59,50	48,90

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr	74,60	73,35
März	74,40	73,50
Mai	75,35	74,35

Häute Chicago (c/lb)	21. 11.	20. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	53,50	53,50
Kühe einh. schwere River Northern	51,00	46,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan	616,00	616,00
März	631,00	630,50
Mai	644,00	643,00
Juli	654,00	653,00
Aug.	654,00	653,00
Sept.	644,00	644,00
Nov.	642,50	604,75

Sojaschrot Chicago ($-sht)		
Dez	151,50	150,60
Jan.	154,70	154,20
März	160,80	160,50
Mai	166,50	165,50
Juli	172,00	171,50
Aug.	173,50	172,50
Sep	174,00	173,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	21. 11.	20. 11.
Dez.	356,30	356,10
März	369,50	369,40
Mai	377,60	377,80

Kokosöl New York (c/lb)	21. 11.	20. 11.
Westküste fob Werk	46,00	46,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	22. 11.	21. 11.
jegl. Herk. cif	950,00	960,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	650,00	660,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	610,00	615,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	245,00	246,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1040,00	1020,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	298,00	298,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	21. 11.	20. 11.
Dez.	64,55	64,30
März	65,90	65,75
Mai	67,05	67,38
Juli	68,10	68,25
Okt.	68,06	68,30
Dez	68,26	68,50

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS - 1	42,75	45,75

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	21. 11.	20. 11.
Dez	507–509	507–509
Jan	506–508	507–508
März	515–515	513–514
Umsatz	83	-

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	21. 11	20. 11.
Dez	51,40	51,40
März	53,40	53,40
Mai	53,50	53,50
Juli	53,60	52,70
Umsatz	2250	0

Tendenz: stetig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	21. 11.	20. 11.
Dez	563,5–564,0	563,5–564,0
März	581,5–582,0	581,5–582,5
Mai	589,5–590,0	585,5–590,5
Umsatz	25	49

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	21. 11.	20. 11.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	579,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	21. 11.	20. 11.
Nov	13 200	13 200
Dez	12 159	12 161

Kautschuk London (p/kg)	22. 11.	21. 11.
Nr. 1 RSS loco	60,00–64,00	60,00–64,00
Dez.	59,50–61,50	61,50
Jan	60,50–62,50	60,50–62,50
Feb	61,50–63,50	-

Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	21. 11.	20. 11.
Dez	193,50–194,50	195,50–196,00
Jan.	197,75–198,25	199,30–200,00
Nr. 2 RSS Dez.	185,50–186,50	187,50–188,50
Nr. 3 RSS Dez.	182,00–183,00	184,25–185,00
Nr. 4 RSS Dez.	175,00–176,00	177,00–178,00

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	21. 11.	20. 11.
BWC	-	-
BWD	-	-
BTC	-	-
BTD	-	-

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl = 76 WD – (-); BTC – (-); BTD – (-)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	22. 11.	20. 11.
Aluminium: Basis London		
laufend. Monat	337,07–337,44	346,51–346,88
drittfolg. Monat	346,13–346,32	355,85–356,05
Blei: Basis London		
laufend. Monat	136,03–136,27	137,14–137,33
drittfolg. Monat	129,05–129,25	132,25–132,47
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1418,18–1420,02	1436,24–1436,99
drittfolg. Monat	1452,57–1453,31	1437,66–1438,05
Zink: Basis London		
laufend. Monat	235,15–235,56	235,00–235,37
drittfolg. Monat	235,67–237,04	235,53–236,12
Produz.-Preis	259,42	259,34
Reinzinn 99,9%	3981–4020	3973–4012

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	22. 11.	20. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	408,08–409,92	403,01–404,39
Blei in Kabeln	143,75–144,75	144,75–145,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–456,50	455,00–459,50
Vorzeichdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

* Auf der Grundlage der Meldungen ihrer niedrigsten und höchsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbezieher

Messingnotierungen

	22. 11.	20. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	390,00	386,00–387,00
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	431–433	428,00–431,00
MS 63	420,00–424,00	416,00–421,00

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	21. 11.	20. 11.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	22. 11.	20. 11.
Leg. 225	380–390	380–390
Leg. 226	382–392	382–392
Leg. 231	415–422	415–422
Leg. 233	425–432	425–432

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	22. 11.	20. 11.
Platin (DM je g)	34,15	33,909
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 450	33 350
Rücknahmepr.	32 700	32 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 700	33 690
Rücknahmepr.	32 860	32 850
verarbeitet	35 350	35 340
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 990	33 070
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	741,40	739,30
Rücknahmepr.	725,40	717,60
verarbeitet	780,20	771,80

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	22. 11.	21. 11.
10.30	342,55	342,70
15.00	341,55	340,30
Zürich mittags	341,80–342,30	342,80–343,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 300	101 800
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	614,20	609,85
3 Monate	628,70	623,90
6 Monate	642,35	637,25
12 Monate	671,55	666,25

Platin (£/Feinunze) London	21. 11.	20. 11.
fr. Markt	266,00	261,05
Palladium (£/Feinunze) London		
f. Händlerpr.	118,40	117,55

New Yorker Preise	21. 11.	20. 11.
Gold H & H Ankauf	340,30	342,65
Silber H & H Ankauf	747,00	748,00
Platin fr. Händlerpr.	331,00–335,00	330,00–332,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	146,00–147,00	146,00–147,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	758,50	754,10
Dez	759,00	756,00
Jan	765,30	761,40
März	776,50	773,00
Mai	790,00	784,00
Juli	802,30	798,80
Sept.	816,30	811,50
Umsatz	21 500	16 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	21. 11.	20. 11.
Nov.	59,95	59,50
Dez.	60,00	59,50
Jan	60,55	60,10
März	61,50	61,00
Mai	62,45	62,10
Juli	63,60	62,45
Sept.	64,65	64,20
Umsatz	15500	1500

Londoner Metallbörse

	22. 11.	21. 11.
Aluminium (£/t) Kasse	911,50–912,50	916,50–917,50
3 Monate	936,00–936,50	941,00–941,50
Blei (£/t) Kasse	368,00–368,50	366,50–367,00
3 Monate	349,00–349,50	349,50–350,00
Kupfer Higbergrade (£/t)		
mittags Kasse	1091,0–1091,5	1080,0–1081,0
3 Monate	1111,5–1112,5	1101,1–1101,5
abends Kasse	-	1080,0–1081,0
3 Monate	-	1101,0–1101,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1096,0–1097,0	1083,0–1085,0
3 Monate	1190,0–1111,0	1101,0–1102,0
Zink (£/t) Kasse	636,00–637,00	633,00–635,00
3 Monate	640,00–641,00	637,00–638,00
Zinn (£/t) Kasse	9695–9696	9753–9758
3 Monate	9690–9691	9715–9720
Quecksilber ($/Fl)	-	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	-	75–80

Eberhard Fechners Majdanek-Film „Der Prozeß"

Der Rauch schweigt

Um es gleich vorneweg festzuhalten: Der TV-Film von Eberhard Fechner betreibt nicht Vergangenheitsbewältigung, sondern handelt von der Gegenwart. Daher heißt er „Der Prozeß" und nicht „Das Lager". Der Prozeß begann im November 1975 in Düsseldorf, angeklagt waren 15 ehemalige männliche und weibliche KZ-Wächter aus dem Vernichtungslager Majdanek bei Lublin in Polen. Sie waren angeklagt, an dem Mord mitgewirkt zu haben, dem Hunderttausende der Lagerinsassen, zumeist Juden, zum Opfer gefallen waren.

Der Prozeß dauerte fünfeinhalb Jahre. Der Autor und Regisseur Eberhard Fechner arbeitete an dem Film acht Jahre. Er befragte Zeugen und Ankläger, Richter und Ermittler, Opfer und Täter. Das heißt, um aus dem Wust der Zahlen etwas Anschauliches herauszugreifen: Es waren 28 000 Seiten Protokolle durchzuarbeiten. 50- bis 60 000 Fotos mußten durchgesehen werden (davon wurden rund 700 im Film verwendet). Anders ausgedrückt: Die Endfertigung des Films dauerte gut drei Jahre. Und um bei Ziffern zu bleiben: Die Zahl der gemordeten Männer, Frauen und Kinder kann nur geschätzt werden. 250 000 waren es mindestens. Der Rauch schweigt.

Eberhard Fechner, der beharrliche Chronist unserer Zeit, wußte, der Prozeß gegen die Majdanek-Aufseher war die letzte Chance, das große Schweigen zum Sprechen zu bringen, die letzten Überlebenden berichten oder – vielleicht – bekennen zu lassen. Fechner wollte mit diesem Werk seine große Chronik abschließen, die nicht nur das Vergangene festhielt, sondern auch die Reflexion der heutigen Mitmenschen.

Es war, so Fechner, „der schwerste Film meines Lebens", für den er in Polen und Israel Zeugen, Prozeßbeobachter und Anwälte interviewte. „Schließlich hatten wir 120 000 Meter Interview auf Band. Die Abschriften ergaben 8000 Seiten."

Wer den Film sieht (ich habe ihn zweimal betrachtet), wird stark von der geradezu epischen Gewalt der Gespräche fortgerissen. Seine Erschütterung ist jedoch nicht durch emotionale Fallen herbeigeführt, sondern von der kühlen Berichterstattung, die in Schnitt und Gegenschnitt alle Blickwinkel berücksichtigt. Mehr und mehr wird dem Zuschauer, dem Miterleber, eines klar: Wenn es eines Beweises bedürfte, daß wir die schuldbeladene Vergangenheit nicht einfach abgeschüttelt haben, so ist es der Düsseldorfer Prozeß, so ist es auch „Der Prozeß" des Eberhard Fechner. Mehr noch: Die seinerzeit so beliebte These von der Kollektivschuld ist nach diesem Prozeß, den Deutsche sich nicht von den Alliierten „abnehmen" ließen, zumindest erschüttert.

Das Entsetzlichste jedoch, man muß es sagen ohne Überheblichkeit und ohne Pharisäertum, ist das Bild der Angeklagten: spießige, kleinkarierte Figuren, wo man dämonische Massenmörder erwartet hatte. Wie bei dem Schlagwort Kollektivschuld ist auch hier das Schlagwort von den wahngetriebenen Fanatikern widerlegt. Dieselbe Frau, die brutal Kinder zum Krematorium getrieben hatte, erzählt mit einem unschuldigen Augenaufschlag, wie lieb die Kinder ihrer Freunde sie begrüßten, wenn sie in ihrer kargen Freizeit sie besuchte. Das Phänomen liegt darin, daß sie auch heute noch die grausigen Lagerbilder wegwischt wie ein lästiges Fernsehbild. Als Fechner sie vor der Verurteilung in ihrer Wohnung interviewte, *schickte sie die Kinder fort.* Fechner: „Aber die Kinder werden es doch auf dem Bildschirm sehen!" – „Ja, das ist ganz etwas anderes, das ist ja nur Fernsehen!"

Das Bild, das am meisten erschüttert, ist ein Blick in die Zelle der verurteilten Wächterinnen: geballte Gemütlichkeit, Deckchen und Häkelstückchen, und inmitten die strickende selbstzufriedene Matrone, ein Bild des Friedens, ein Titelbild für „daheim". Der Rauch schweigt.

Der Film ist ein volkspolitisches Dokument. Dennoch ist er von dem Sender, der ihn initiiert hatte, ins Dritte Programm abgeschoben worden. Die Erklärungen des NDR und der ARD sind von einer geradezu peinlichen Unbeholfenheit: da ist von „Bevormundung des Zuschauers" die Rede und von der „künstlerischen Strenge" des Werkes. Daß das Erste Programm immer noch als das Hauptprogramm gilt, will keiner wissen. Im Hintergrunde, so darf man vermuten, flattert die Angst vor einer schmalen Publikumsreaktion, als wäre die Courage nicht die einzige Rechtfertigung für die Monopolstellung der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Wie auch immer: Kein Männerstolz vor Einschaltziffern.

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Ein wüstes Intrigenstück

Falsch gedeutete Briefe, erbrochene Schatullen, fingierte Post nach Flandern, schließlich eine allwissende und alles kontrollierende Inquisition: *die Fernseh-Inszenierung des* **Don Carlos** von Franz Peter Wirth (ARD) kann und will auch gar nicht vergessen machen, daß Friedrich Schillers „dramatisches Gedicht" im Grunde ein wüstes Intrigenstück ist, vor allem darauf versessen, theatralischen Effekt zu machen. Emmanuel Striese selig dachte nicht anders, der brachte auch alles „im Brief auf die Bühne".

Gewiß, Striese hatte keine humanitäre Botschaft zu verkünden. Aber darum ging es der Fernseh-Aufführung ja auch nicht. Der Regisseur, an dessen Bildschirm-Adaption des „Wallenstein" man sehnsüchtig zurückdenkt, war mehr daran interessiert, das Stück – das ganze Stück, mit allen Verästelungen – zu geben und die enormen optischen Möglichkeiten des Mediums Fernsehen dafür zu nutzen, ohne doch die Bühne des Theaters aus dem Blick zu verlieren. So entstanden faszinierende Bilder und immer neu in Bann schlagende Szenen.

Aber alles, wie Wirth es wollte, ist zu viel, und dieses Zuviel ist zu wenig. Schillers Dichtung wird undeutlich dabei. Geht es um Freiheit und *Menschenwürde? Um theologisch* verbrämte Tyrannei? Zeigt das Stück eine Liebesgeschichte? Oder deren zwei? Auf alles das antwortet die Aufführung leider nicht.

Dieser Mangel an gedanklicher Klärung hat sie indes nicht daran gehindert, etliche eindrucksvolle Schauspielerleistungen zu ermöglichen. Weniger von Marita Marschall als Königin, auch nicht von Jacques Breuer als Carlos, der der vers-treuen, aber pathetikfernen Inszenierung mehrfach aus dem Ruder lief. Selbst Bernhard Minetti als Großinquisitor blieb merkwürdig profillos.

Aber Renan Demirkan (Eboli) überzeugte, Ingrid Resch (Olivarez) und Robert Atzorn (Posa) beeindruckten, so negative Gestalten wie Alba und Domingo waren bei Rolf Becker und Walter Renneisen in den besten Händen. Überragend indes Rolf Boysen, der alle subtilen Valeurs der Philipp-Figur gleich intensiv nachzeichnete.

KATHRIN BERGMANN



STUDIO

Das Leid der schlechten Übersetzung ist allen Beteiligten geläufig: Dem Teilnehmer an Fachtagungen, der konkrete Verbesserungen vermißt, der enttäuschte Leser, der ein im Original vielversprechendes Manuskript nicht wiedererkennt, der unverstandene Autor und schließlich der hastig und zu Billigtarifen werkelnde Übersetzer. Ihm wird oft noch die preiswertere Fassung der sogenannten Rohübersetzung zugemutet mit allen Möglichkeiten für den anschließenden „Feinübersetzer", die Schwachstellen des hudelnden Kollegen bloßzustellen. Das Nachsehen haben alle.

Die **Hörspieldramaturgie des WDR** hat sich mit der polyglotten Autorin und Dramaturgin Angela Sussdorf entschlossen, hier eine Wende einzuläuten: man will seine Autoren ernst nehmen. Im Rahmen des Übersetzerverbandes des VS unter Federführung des WDR versammelten sie sich kürzlich zu einem ersten Symposium nach Straelen am *Niederrhein. Ein rundes* Dutzend afrikanischer Autoren, Übersetzer und freie Programm-Macher für Funk und Fernsehen trafen sich zum Erfahrungsaustausch. Anhand von Hörspielanalysen wurde deutlich, wie heikel, aber auch wie reizvoll es sein kann, den Brückenschlag zwischen afrikanischer Gegenwart und eingefahrener Tradition zu wagen. Alle vorgelegten Hörspiele wurden *sendereif gemacht und werden auf* verschiedenen Sendeplätzen ausgestrahlt.

Im März ist eine zweite Arbeitsrunde angesagt, die sich mit frankophonen Autoren und Übertragungsproblemen beschäftigt. Das Unternehmen hat nicht zuletzt auch eine medienpolitische Implikation. Man will die internationale Kooperation der Hörspielprogramme in der European Broadcasting Union verstärken, um sie auch im Zeitalter der Satellitenvielfalt wetterfest zu machen.

I.Z.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Scheibenwischer
Mit Dieter Hildebrandt
10.50 Kampf um Rom (2)
12.10 Kennzeichen D
Mit Dirk Sager
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

14.56 Sherlock Holmes
Gespenster im Schloß
16.00 Tagesschau
16.10 Die Neuentdeckung
Wie Schlagerstars gemacht werden
16.20 Was heißt hier nach Hause?
Seit vierzehn Jahren lebt das griechische Mädchen Irina mit ihren Eltern in Deutschland. Da vererbt ihnen ein verstorbener Onkel ein Café, und die drei beschließen, in *ihre Heimat zurückzukehren. Doch* als die Familie in dem kleinen Dorf ankommt, findet sich Irina nicht mehr zurecht …
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Feuerprobe
Amerikanischer Spielfilm (1973)
Mit Arthur Hill, Diana Muldaur u. a.
Regie: Lee H. Katzin
Der Industrielle Richard Damian bleibt nach einem Unfall mit einem gebrochenen Bein allein in der Wüste zurück. Seine Frau Kay und der Führer Folsom sollen ihm einen Hubschrauber schicken; *statt dessen überlassen sie ihn seinem Schicksal, weil Kay von ihm loskommen will.*
21.45 Plusminus
Das ARD-Wirtschaftsmagazin
22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn
23.00 Die Sportschau
U. a. Internationales Hallen-Reitturnier in der Deutschlandhalle Berlin
23.25 Moment mal
Die ARD-Redezeit
Heute aus Bremen
Anschl. Tagesschau

ZDF

14.40 Faust
Deutscher Stummfilm (1926)
Mit Emil Jannings u. a.
Regie: F. W. Murnau
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.30 Freizeit
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Väter der Klamotte
Immer wieder neue Autos
Anschl. *heute*-Schlagzeilen
18.20 Musik macht Spaß
19.00 heute
19.30 auslandsjournal
Italien: Volkssport Steuerhinterziehung / Italien: Rückzug aus dem Libanon / Schweden: Männer fordern Gleichberechtigung / USA: Die Pokerlady
Moderation: Horst Kalbus
20.15 Derrick
Der Klassenbeste
21.15 Tele-Zoo
Moschusochsen – Überlebenskünstler im hohen Norden / Sattelrobben – begabte Taucher im arktischen Meer
Moderation: Alfred Schmitt
21.45 heute-journal
22.05 Aspekte
Kino-Notiz: „Carmen" / *Geschwister-Scholl-Preis für Anja Rosmus-Wenninger / Die Bochumer Uraufführung von Lars Norens „Dämonen"* / Aspekte-Literaturpreis-Kandidat Wolfgang Schlüter
Moderation: Manuela Reichart
22.45 Die Polizistin
Französischer Spielfilm (1979)
Mit Miou Miou, Jean-Marc Thibault
Regie: Yves Boisset
Die Polizistin Corinne Levasseur wird in ein kleines Dorf versetzt, wo sie einen Mord an einem Kind aufklären soll.
0.25 heute



Miou Miou in der Rolle der Polizistin, die ihre Vorstellung von Recht und Wahrheit durchsetzen will (Die Polizistin – ZDF, 22.45 Uhr) FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
Mit „Blickpunkt Düsseldorf"
20.00 Tagesschau
20.15 Arche 2000
Natur- und Umweltschutzmagazin
21.00 Wissenschaftsshow
Medizin. Herbst des Lebens
21.45 Er sucht sie und sie sucht ihn
Partnervermittler und Partnersuche
22.15 Claire (4)
23.05 Rockpalast
0.05 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 News of the Week
18.45 Avanti! Avanti! (9)
19.15 Wenn Organe zweimal leben
20.00 Tagesschau
20.15 Der Prozeß
Über das sogenannte „Majdanek-Verfahren" gegen Angehörige des Konzentrationslagers Lublin/Majdanek
(2) Beweisaufnahme
Von Eberhard Fechner
21.45 NDR-Talkshow
23.45 Nachrichten

HESSEN

18.00 Tote Bucht
18.45 Das internationale TV-Kochbuch: Ungarn (4)
19.00 Der Prozeß
1. Anklage
20.30 News of the Week
20.45 Hochschulreport
21.30 Drei aktuell
21.45 NDR-Talkshow

SÜDWEST

18.00 Die seltsamen Abenteuer des Herman van Veen (1)
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Formel Eins
20.15 90 Minuten Zeitraffer
Unterhaltung, Zeitgeschehen
21.45 Unsere kleine Stadt
Fernsehspiel von Thornton Wilder
Mit Liselotte Pulver, Mathias Wieman u. a.
Regie: Harald Braun
23.00 Röslein fein, Röslein mein
Unterhaltung mit Brigitte Rau, Ruth Lohmann u. a.
23.25 Nachrichten

BAYERN

18.15 Bayern-Report
18.45 Rundschau
19.00 Bergauf – bergab
19.45 Musik für das Auge
20.15 Der Prozeß
2. Beweisaufnahme
21.45 Rundschau
22.00 Nix für ungut!
22.05 Irrtum vom Amt (5)
22.50 Sport heute
23.05 Z. E. N.
23.10 Der Hausmeister
0.35 Schach dem Weltmeister
1.05 Rundschau

Ehe per Hammer

ef – Allen blutjungen und romantischen Liebespaaren mit ernsthaften Absichten aufeinander sei kund und zu wissen gegeben, daß die Schmiede zu Gretna Green zum Verkauf steht für beiläufig 300 000 Mark, was das Gebäude wirklich nicht wert ist, wohl aber Aura und Amboß. Zur Zeit also ruht der Betrieb samt Zeremonien.

Das heißt natürlich nicht, man könnte in G. G. nicht nach wie vor jeden Tag verehelicht werden, auch im zarten Alter von sechzehn Jahren, was ja heute eher ein unzartes Alter ist. Verehelicht nämlich wird schon seit 1939 nicht mehr in der Schmiede, sondern bei Miss Bryden auf dem Amt – nach vierzehn Tagen Aufenthalt am Ort (irgendwie müssen die Schotten ja auch leben) und Prüfung der Papiere. In der Schmiede am Amboß darf seit 45 Jahren nur noch ein bißchen feierlich getönt werden.

Das mag enttäuschend sein für den, der es noch nicht wußte, doch junge Leute mögen auch feierliches Getön, und so gehen sie erst zu Miss Bryden aufs Amt und dann zu Mr. und Mrs. Houston in die Schmiede – aber wie gesagt, die steht nun zum Verkauf, und zwar wegen Familienstreitigkeiten mit Mitbesitzern: auch kein gutes Omen für ein Unternehmen dieser Art.

Früher wurde tatsächlich in der Schmiede am Amboß geheiratet, und zwar seit 1754. Damals erklärten die Engländer eine Heirat durch schlichte Absichtserklärung für ungesetzlich, die Schotten aber behielten die Methode bei. Weil die Schmiede in G. G. der erste schottische Punkt an der Hauptstraße ist, kamen Geschäfte und Magie dort schön in Gang.

Doch nun, wie gesagt, wackelt das Unternehmen endgültig. Selbst wenn sich ein Käufer der Schmiede findet, finster entschlossen, mit Schmiedschürze und Hammer weiter die willigen auf ewig zu binden über dem historischen Amboß: Perfiderweise steht der Amboß nicht mit zum Verkauf. Da macht das ganze Davonlaufen von zu Hause nun wirklich keinen Spaß mehr.

Ost-Berlin: W. Wassiljews „Macbeth"-Ballett

Hexen auf der Spitze

Wenn es nach dem Willen von Heinz Spoerli gegangen wäre, dann hätte Wladimir Wassiljew vor ein paar Tagen in Basel den „Falstaff" getanzt. Doch mit dem blonden Ballerino vom Bolschoi-Ballett kam man nicht ins Gespräch. Stattdessen kann sich jetzt die Deutsche Staatsoper in Ost-Berlin glücklich schätzen, wo sich der Star aus Moskau auf andere Weise für Shakespeare starkmachte: Er choreographierte Unter den Linden einen „Macbeth". Schon einmal hat der Wassiljew das getan, 1980 am Bolschoi-Theater, zu einer Originalmusik von Kyrill Moltschanow.

Kann sich die Staatsoper tatsächlich glücklich schätzen? Sicher. Wassiljew hat ein starkes Stück geschaffen, ein Ballett so recht nach dem Geschmack der Tänzer, mit mächtigen Massenszenen, effektvollen Einzelnummern, grotesken Gruselepisoden. Aber hat er Shakespeare beim Wort genommen, den Dramentext in ein tänzerisches Idiom von heute übersetzt? Oder hat er letztlich doch wieder nur ein Werk zum Vorwand genommen, um auf diese Weise von der Popularität eines anderen zu profitieren?

Auch wenn man Wassiljew eine solche Kalkulation nicht von vornherein unterstellen sollte (dazu klingen seine Anmerkungen zu den „Szenen nach Shakespeare" auch viel zu betroffen), spricht das Ergebnis seiner choreographischen Bemühungen Bände. Da wird auf einen groben Klotz ein grober Keil gesetzt. Immer wieder drängt es das Ensemble zur tänzerischen Formation.

Gleich zu Beginn tritt das Corps in Aktion und reitet breitbeinig, die Hände am Zaum haltend, gegen einen imaginären Feind – der offenbar weniger aus Norwegen her anrückt, sondern eher aus dem sagenhaften Reich der Amazonen kommt. Ines Dalchau kann jedenfalls, so kämpferisch sie sich in diesem Ballett auch aufspielt, ihre verführerische Weiblichkeit nicht ganz verbergen.

Aber mit der Natur ist es in dieser Interpretation ohnehin so eine Sache. Die Hexen, drei an der Zahl, führen zwar bei jeder Gelegenheit, die sich ihnen bietet (und es bietet sich ihnen manche Gelegenheit), den Spitzenschuh ins Feld, ohne deswegen schon ihre Männlichkeit verleugnen zu müssen. Kein Grund zur Groteske, eher ein Anlaß zur willkommenen Komik.

Allein der Effekt zählt. Von Psychologie, von choreographischer Dramaturgie hält Wladimir Wassiljew erstaunlich wenig. Zwar ist im Programmheft immer wieder von Leben und Tod, von Gut und Böse, Liebe und Haß die Rede. Aber den großen Worten folgen auf der Bühne kaum einmal große Taten. Und wenn, dann kann man gewiß sein, daß sie im falschen Moment erfolgen. Lady Macbeth beispielsweise gibt ihrem Gatten einmal links und rechts eine um die Ohren – und schon ist sein Wille so in Mitleidenschaft gezogen, daß er tatsächlich wie ein Wahnsinniger mordet und am Schluß seinem Leben selbst ein Ende setzt. Daß er es wie Münchhausen tut und gleichsam mit eigener Hand die Schlinge zuzieht, die ihm die Hexen um den Hals gelegt haben, ist für die Aufführung irgendwie bezeichnend.

Auch als Choreograph ist Wassiljew nach wie vor ein Tänzer. Er kann nicht aus seiner Haut. Man spürt das in der Art und Weise, wie er mit seinen Interpreten umgeht. Ganz gleich, ob es sich dabei um Oliver Matz handelt, dem Goldmedaillengewinner von Helsinki, der hier mit unverhohlener Kraft den Macbeth verkörpert, um Bernd Dreyer als dessen Gegenspieler Banquo oder um Monika Lubitz, die als Lady mehr als nur gute Figur macht: Sie alle dürfen in diesem „Macbeth"-Ballett endlich einmal wieder zeigen, was sie können, und das ist gewiß eine Menge. Daß sie auch Menschen hätten gestalten können, ganz aus dem Geiste Shakespeares, spürt man. Aber leider ist Wladimir Wassiljew nicht Heinz Spoerli. Vielleicht war es doch kein Zufall, daß er nicht dessen „Falstaff" getanzt hat. HARTMUT REGITZ

Maler aus der „DDR"

Enteignet als „geschütztes Kulturgut"

Es gibt Sammler, Museen und Kunstvereine, die möchten uns weismachen, nur die offizielle Malerei in der „DDR" sei künstlerisch von Belang. Zwei kleine Ausstellungen in Bonn widerlegen das überzeugend. Im Haus Köllen Druck zeigten Gina und Eberhardt Hückstedt jetzt zum erstenmal nach ihrer Ausreise aus der „DDR" ihre Gouachen und Aquarelle und im Erich Ollenhauer-Haus sind Zeichnungen und Graphiken von Christina Mucha, Thomas Franke und Werner Petzold zu sehen.

Es ist eine sehr interessante Übersicht. Werner Petzold scheint noch stark von Bernhard Heisig beeinflußt zu sein, in der Themenwahl wie in der Darstellungsform. Thomas Franke zeichnet kleinteilige surreale Blätter, die neue Symbole zu stiften versuchen. Christina Mucha läßt mit Bleistift eindrucksvoll seltsam leere Landschaften und Gesichter entstehen. Gina Hückstädt malt kräftige abstrakte Formen, während ihr Mann weiche, fast romantische Landschaften aquarelliert.

Daß diese Kunstwerke auch in den Augen der „DDR"-Behörden als von beachtlicher Qualität gelten, wurde den Hückstedts offiziell bescheinigt. Als das Malerehepaar nämlich am 13. Januar 1984 die Ausreisegenehmigung erhielt, wurde ihnen von der „Kulturschutzkommission des Ministeriums für Kultur" mitgeteilt, daß 155 ihrer Werke „zur Ausfuhr nicht freigegeben" würden, da sie „geschütztes Kulturgut der DDR von nationaler Bedeutung sind". Eine Entschädigung erhielt Eberhard Hückstedt allerdings nicht dafür.



„Orpheus ruht sich aus" von Thomas Franke, aus der Ausstellung in Bonn FOTO: DIE WELT

Aber das war noch nicht alles. Für die Bilder, die das Ehepaar mitnehmen durfte, sowie für ein paar Antiquitäten – im wesentlichen einen Schreibsekretär und drei alte Porzellane – verlangte der „Rat der Stadt Schwedt" eine Verwaltungsgebühr von 12 147,43 Mark, die innerhalb von vier Tagen vor der Ausreise aufgebracht werden mußten. Alle Beschwerden dagegen wurden als unbegründet abgewiesen.

So bleiben eigentlich nur zwei Wege: Entweder die „DDR" revidiert ihre Entscheidung und gibt dem Maler seine enteigneten Bilder zurück, oder unser „DDR"-Staatskunstsammler aus Aachen nutzt seine guten Beziehungen und kauft die Bilder – versteht sich, gegen harte Devisen; Sitte hin, Hückstedt her – und gibt sie dann dem Maler hier im Westen zurück. Das wäre gewiß Ludwigs bisher größte kulturelle Tat. SIEGHARD POHL

Wien: Die Juden in der Welt der k. u. k. Monarchie

Die große Arbeit des Leon Zelmann

Die in vieler Hinsicht wohl einmalige Synthese von jüdischem und deutschem Geist im alten Ostmitteleuropa, die in den neunzig Jahren zwischen Märzrevolution und Hitlereinmarsch in Wien ihren Brennpunkt fand, ist ausgelöscht. Aber in den vergangenen Tagen ist zumindest ein Abglanz dieser Ära wieder auf die österreichische Hauptstadt gefallen. Eine Ausstellung mit Fotos der jüdischen Welt in der k. u. k. Zeit und in der ersten Republik, eine Filmwoche mit alten und modernen Filmen jüdischer Thematik, ein wissenschaftliches Symposium sowie ein breites gesellschaftliches Rahmenprogramm veranschaulichten noch einmal die zahllosen Facetten dieser „versunkenen Welt".

Veranstalter waren die Republik Österreich, die Stadt Wien und der Jüdische Weltkongreß. Der Motor des Ganzen war freilich ein einzelner: Leon Zelmann, Leiter des „Jewish Welcome Service" in der österreichischen Metropole, dessen fortwährendes Drängen, dessen Organisationstalent und Geschick beim Geldbeschaffen die diversen Veranstaltungen erst ermöglichten.

Der Motor für die rastlose Energie Zelmanns ist sein Schuldgefühl. „Warum wurden alle diese wertvollen Menschen um mich herum vernichtet und ausgerechnet ich errettet?", fragt er. Um dieses „unverdiente Überleben" zu rechtfertigen, ist der heute 58jährige intensiv bemüht, die Erinnerung an die Welt der ostmitteleuropäischen Juden wachzuhalten und vor allem den kulturellen Verbindungen zwischen Juden und Deutschen im alten k. u. k. Reich nachzuspüren. „Aber dies muß mit Demut geschehen", sagt Zelmann, „sonst sinkt es entweder zu einem marktschreierischen oder lediglich am Rande beachtenswerten Aspekt in der Historie zurück".

Was die Veranstalter auf die Beine gestellt haben, kann sich indes sehen lassen. Und das von Michael May vom Institute of Jewish Affairs in London organisierte Symposium „Die Welt von gestern" erreichte höchstes Niveau. Die wissenschaftliche Elite der deutschen und europäischen Juden in Israel, wie Shlomo Avineri, Michael Grätz, Amos Elon, Robert Wistrich und Ezra Mendelsohn, diskutierte mit ihren europäischen und amerikanischen Freunden und Kollegen wie Kurt Schubert, Erika Weinzierl und Erwin Ringel aus Wien, Peter Pulzer aus Oxford, Lucjan Dobroszycki, Harry Zohn und Marsha Rozenblit aus New York über das Wiener und österreichische Judentum, seine Ideologien, seine Psyche und sein gesellschaftliches und politisches Wirken im Wechselspiel mit der deutschen Umwelt.

Naturgemäß kam auch die Frage des Antisemitismus zur Sprache. Wie einflußreich die Judenfeindschaft, die in Österreich übrigens in ihrer virulenten Form später auftrat als anderswo, für die Juden und ihre Umwelt damals war, darüber stritten sich die Geister. Immerhin, ohne den Antisemitismus im k. u. k. Reich hätte der Wiener Feuilletonist Theodor Herzl wohl kaum den Zionismus entwickelt, die ideelle Grundlage des heutigen jüdischen Staates. Aber im gleichen Zeitraum wurde Adolf Hitler in Wien, wie er später bekannte, zum „fanatischen Antisemiten" und zum größten Zerstörer des jüdischen Volkes.

In den Vorträgen von Michael Grätz und Robert Wistrich von der Universität Jerusalem wurde deutlich, daß das jüdische Streben nach Assimilation in der damaligen Zeit von zwei Quellen gespeist wurde: zunächst dem Bedürfnis, die auferlegten gesellschaftlichen und beruflichen Einschränkungen zu überwinden, des weiteren aber auch dem Bestreben, an der als überlegen angesehenen deutschen Kultur teilzuhaben. Erst als man vom aufkommenden Antisemitismus zunehmend abgestoßen wurde, begann man sich wieder auf die eigenen Werte zu besinnen. Dabei ging man bezeichnenderweise von Denkmustern aus, die man aus der deutschen Kultur übernommen hatte. So war es kein Wunder, daß Herzl als Problemlösung der Judenfrage den Nationalismus empfahl – in der Umgebung eines Vielvölkerstaates, in der mannigfaltige Nationalismen wie Pilze nach dem warmen Regen aus dem Boden schossen.

Während Herzl den Zionismus entwickelte, waren andere Juden, wie Viktor Adler, führend in der österreichischen Sozialdemokratie tätig, die den Zionismus als „kleinbürgerliche Bewegung" abtat und durch ihre Polemiken, wie Peter Pulzer zeigte, unwillentlich ein gut Teil zur Stärkung des Antisemitismus beitrug.

Die Hauptströmung des Antisemitismus in Wien war um die Jahrhundertwende eindeutig christlich-sozial geprägt, während die verworrenen rassistischen Theorien eines Lanz von Liebenfels und eines Schönerer, von denen Hitler geprägt wurde, noch keine entscheidende Rolle spielten. Parallel zum immer stärker werdenden Nationalismus entfalteten die Juden ihre geistigen Aktivitäten im Zentrum der k. u. k. Monarchie besonders in der Literatur, in den Wissenschaften, im Journalismus und in dem, was man heute „Kulturmanagement" nennt. Dies bot ihren Feinden Gelegenheit, die „zunehmende Verjudung" anzuprangern.

Aber Wien war nicht die ganze k. u. k Monarchie. In den slawischen Teilen des Reiches, besonders in den polnischen Ländern, lebten die Juden in unvorstellbarer Armut. Dies wird vor allem in der Fotoausstellung im Künstlerhaus deutlich. Die Bilder, größtenteils aus der Sammlung des YIVO-Instituts in New York, zeigen, daß das heute vielfach romantisierte Schtetl im letzten Jahrhundert in weiten Teilen ein Ort des Elends war. Die Juden, eingezwängt zwischen Bauernschaft und aufkommendem Proletariat, waren meist zu „Luftexistenzen" verurteilt, das heißt, man mußte jeden Tag aufs Neue, ohne reelle Grundlage, die materielle Basis für das Überleben sichern.

In dieser Atmosphäre suchte man sein Heil in zahlreichen Ideologien: im Marxismus, im Zionismus, im strenggläubigen Chassidismus oder im – nur allzu oft – krampfhaften Versuch der Assimilation, des bedenkenlosen Anpassens an eine vielfach äußerst feindlich gesinnte Umwelt. Aber auch diese Haltung bewahrte die Juden nicht vor dem Haß ihrer meist ebenso armen Mitbürger.

Es war nicht zuletzt dieser Haß, der die Juden immer wieder auf die Welt der Väter und ihre Werte verwies. Wenn jetzt in Wien ausführlich an diese Welt erinnert wird, so ist das mehr als bloße Nostalgie, es ist ein Anknüpfen an Traditionen, die auch heute noch in vielfältiger Weise das Dasein der Juden bestimmen. RAFAEL SELIGMANN



Kürzelhafte Expression der Dinge: „Sitzende Nackte", von Henri Matisse 1906 gemalt. Aus der Londoner Ausstellung FOTO KATALOG

London: Zeichnungen und Skulpturen von Matisse

Immer lockt das Weib

Der farblose Matisse wird zur Zeit in der Londoner Hayward Galery mit Zeichnungen und Skulpturen vorgestellt. „Der ewige Konflikt von Zeichnung und Farbe in derselben Person" – so hat der formulierfreudige Franzose sein Metier empfunden. Kein Zweifel: Die Farbe war sein eigentliches Element, in dem er sich am persönlichsten ausdrückte.

Zeichnung und Skulptur waren Nebenprodukte seines langen Künstlerlebens. Doch unentbehrlich und aufschlußreich. Aus seiner Produktion von Tausenden von Blättern hat man 160 der besten seiner verschiedenen Phasen ausgewählt. Abgesehen von dem gelegentlichen Stilleben oder Intérieurs kreisen sie um sein Hauptthema der weiblichen Figur. Er, der das Dekorative zur Kunst geadelt hat, ist von der Ornamentalität des weiblichen Körpers fasziniert. Er läßt ihn sich biegen, oder fixiert ihn beim entspannten Ruhen.

Die Chronologie setzt ein mit einer sehr braven Studie eines männlichen Aktes, den der 21jährige im Jahre 1891 an der Pariser Kunstakademie gezeichnet hat. Fünfzehn Jahre dauerte es, bis Matisse zu seinem ersten speziellen Stil des Fauvismus gefunden hat. Die Galerie seiner wechselnden Modelle, die er mit breitem Pinsel als eckige kraftvolle Akte niederzeichnet, ist immer wieder mit den familiären Gesichtern seiner Frau, Madame Matisse, und seiner Tochter Marguerite gesprenkelt.

In den zwanziger Jahren besinnt sich Matisse – wie auch sein Freund Picasso – auf das klassisch beruhigte Prinzip in der Kunst. Es entstehen seine wohl berühmtesten Zeichnungs-Serien: Das Mädchen mit dem – von ihm selbst entworfenen – Federhut. Seine Modelle mit den enthüllenden Gewändern und Posen von Odalisken, Nachwehen seiner Tanger-Reisen. Und immer wieder Akte, deren dünne schwarze Linien als voluptuöse Arabesken über die Bildfläche tanzen, während Matisse sich selbst mit Spitzbart und Brille als eher strengen, weltfernen Professor konterfeit.

Im Alterswerk knüpft Matisse erneut an seinen jugendlichen Ausbruch an: Er kehrt zur radikal vereinfachten Form zurück, zum expressiven Zeichen eines Dinges. Er, der nach schwerer Operation die letzten Jahre als geschenkte Zeit empfindet, betrachtet diese kürzelhafte Expression der Dinge „als Fortschritt des Künstlers in der Kenntnis und dem Ausdruck der Welt". Wie Ausrufezeichen hängen am Schluß der Ausstellung seine von ihm in strahlendem Blau aus selbstgemaltem Papier ausgeschnittenen Collagen der „Blauen Akte". In diesem speziell von ihm erfundenen Medium der „Papiers decollés" durchhieb der alte Matisse endlich seinen gordischen Knoten, den Konflikt zwischen Farbe und Zeichnung.

Um sein Thema der menschlichen Figur richtig in den Griff zu bekommen, modellierte Matisse auch immer wieder in Ton. An die fünfzig Figuren seines nur 69 Arbeiten umfassenden bildhauerischen Œuvres – sie sind alle in London versammelt – entstand dabei bezeichnenderweise in den Jahren intensiven Suchens, zwischen 1900 und 1909. Immer wieder variiert er die klassischen Motive der Knienden, der sich in sensueller Eck-Kurve Biegenden, der sich Zurücklehnenden. Hier kostet dieser Meister der Flächenornamentik sichtlich genußvoll ihre dreidimensionale Qualität aus. Auch sein momumentales Schlüsselwerk, in dem er nach dem klassischen „Zeichen" fahndete, ist in der Hayward Galery zu sehen: Die Serie der vier Rückenakte von 1909 bis 1930, die er von realistisch bis zur konsequenten Formenraffung gestaltet.

Eine einleuchtende, aufschlußreiche Ausstellung, die es erlaubt, dem Magier der Farbe scharf auf die Finger zu schauen. (bis 6. Januar, Skulpturenkatalog 7 Pfund, Zeichnungskatalog 9 Pfund) HEIDI BÜRKLIN

Deutsche Erstaufführung in Bochum – Claus Peymann inszeniert Lars Noréns Ehedrama „Dämonen"

Der Augenblick des glückverheißenden Mordes

Sie nagelt ihren Ehemann an die Wand. Eine Friedenstaube flattert durchs Zimmer. Und der Ehemann, in die Rolle eines säkularisierten Heilands geschlüpft, empfiehlt der Frau lakonisch, sie und ihr Mann müßten ihre Probleme schon selber lösen. Der schwedische Dramatiker Lars Norén mutet dem Publikum in seinem Stück „Dämonen", das jetzt in Bochum seine deutschsprachige Erstaufführung erlebte, schon einiges zu. Eine Ehe- und Lebenshölle, einen Zynismus, eine Absurdität des Daseins, bei denen man vermuten könnte, Edward Albee, Strindberg, Ionesco und Ingmar Bergman hätten eine gemeinsame Inkarnation erfahren.

Lars Norén, geboren 1944 in Stockholm, Schwedens „Dramatiker des Jahres 1983", in Skandinavien oft gespielt, auch schon in England und Holland zu Bühnen-Ehren gekommen, hat dieses Thema schon in mehreren Stücken abgehandelt: Der Tod der Familie und der Tod in der Familie. Seine „Helden" sind Vatermörder, Muttermörder, Alkoholiker, Krebskranke und immer wieder Menschen, die versuchen, durch Rollenwechsel eine neue Identität zu gewinnen.

In „Dämonen" nun, dem ersten Teil einer Trilogie (deren beide folgenden Stücke wir in Bochum noch in dieser Spielzeit zu sehen bekommen), scheint er sich und seinem Publikum nun allerdings vollends den Teppich unter den Füßen jeder Lebensmoral wegzuziehen. Das Handlungsmuster folgt bewährten Vorbildern: Edward Albees „Wer hat Angst vor Virginia Woolf?" oder Martin Walsers „Zimmerschlacht". Zwei Ehepaare werden aufeinander und untereinander losgelassen. Den Rest kann man sich – fast! – denken.

Aber Norén geht noch ein paar Schritte weiter als seine geistigen Ahnen. Strindbergs „Vater" hat raffiniertere Waffen im Einsatz. Albees „Virginia Woolf" arbeitet mit ausgeklügelteren Strategien. Bergmans „Szenen einer Ehe" sind stärker von der Sinnfrage verdunkelt. Und Ionescos „Stühle" verkehren die Kommunikationslosigkeit zwischen Mann und Frau weitaus drastischer in eine metaphysische Irritation. Aber brutaler, böser, zynischer und „sinnloser" ist bei weitem Norén.

Er läßt nun wirklich nichts mehr aus, was an Zerstörung menschlicher Wertvorstellungen und lebenserhaltender Tabus darzustellen wäre. Sexuelle Grenzüberschreitungen ist man ja schon gewöhnt. Aber daß man nun die Asche der verstorbenen Mutter über den Kopf seiner Frau ausschüttet, das sah man bislang noch nicht. Auch die erwähnte „Kreuzigung" des einen Ehemannes und die Pointe mit der Friedenstaube dürften in der Bühnenliteratur wohl ihresgleichen suchen. Norens Verzweiflung überschreitet nicht selten die Grenze zum Pathologischen. Da scheint einer um sich zu schlagen, der nicht mehr aus noch ein weiß. Und die Reizschwellen sind mittlerweile sehr hoch.

Nun könnte man die „Dämonen" als Impertinenz abtun. In Claus Peymanns Bochumer Inszenierung gelingt einem das freilich kaum. Peymann und seine großartigen vier Darsteller haben diese Hölle letztendlich doch noch gezähmt. Peymann läßt auch da noch so viel Schmerz und so viel traurige Komik mitspielen, wo der Text eine selbst nur annähernde Anteilnahme nicht mehr erlaubt. Er entwickelt einen Prozeß langsamer Selbstentäußerung, in dem das fast leere „Schlachtfeld"-Zimmer (Bühnenbild: Bernd Damovsky) ebenso wie das Äußere der Personen am Ende eine unwirkliche Chaotik gewinnen.

Man hat das Gefühl, die Realität sei entschwunden und habe einem bloßen Phantasieprodukt Platz gemacht. Ehemann Frank sagt zu seiner Frau Katarina, wenn es sie gäbe, brächte er sie um. Diese Menschen sind sich selber abhanden gekommen. Peymann hat solche Sätze wörtlich genommen. Das Chaos aus Scherben, Wäsche, Asche und durcheinander geratenem Mobiliar ist schließlich unbetretbar und unwirklich.

Und so „ent-leiben" sich auch die Menschen. Gert Voss als Zyniker Frank: Er spielt sich in einen Rausch der Bodenlosigkeit hinein. Er steigert das von Szene zu Szene. Am Anfang ist er ein Mann, der nach neun Jahren desillusioniert, nichts mehr ernst nimmt, alles zu einem matten Witzchen verkommen läßt. Fast unmerklich verwandelt sich der gelassene, selbst über sich lachende Zynismus in eine reine Fiktion. Über moralische Selbstbestrafungen und körperliche Schmerzen – widerspruchslos läßt er sich schlagen und treten – tritt Voss am Ende neben sich. Er kann seiner Frau und sich den nun schon fast irrealen Rat erteilen: Helft Euch gefälligst selber!

Auch Kirsten Dene als seine Frau Katarina entschwindet uns Mysterium. Sie, die erst noch hilflose Gegenwehr leistet, deren Schrei noch Anflüge von wirklichem Schmerz verraten, ist schließlich so erschöpft, daß sie Entsetzliches tun kann. Es geschieht, aber nicht ihm und nicht durch sie.

Das Nachbarpaar Jenna und Tomas kann so weit noch nicht gehen. Zu nah sind sie noch den Realitäten, getroffen von den gegenseitigen Verwundungen. Charlotte Schwab, die Nervensäge mit lauter angelernten Daseins-Strategien, flieht in die Träume. Und Urs Hefti, der immer noch Gegenwehr leistet, geht einfach weg, vielleicht zu den Kindern, die seiner bedürfen.

Das formt sich in Bochum zu einer streckenweise beeindruckenden Inszenierung. Aber nach vier, gelegentlich doch quälenden Stunden fragt man sich nach dem Zugewinn an Erkenntnis. Ist Liebe wirklich so weit von uns? Müssen uns Morde das „Glück verheißen"?

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Dauerfinanzierung für Krebszentren

dpa. Düsseldorf

Die Krebszentren in der Bundesrepublik brauchen möglichst bald eine gesicherte Dauerfinanzierung. Das betonte Professor Carl-Gottfried Schmidt, Vorsitzender der 1978 gegründeten Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tumorzentren, jetzt beim Düsseldorfer Medica-Kongreß. Ende 1985 laufe die staatliche Förderung aus, die sich in den letzten vier Jahren auf rund 74 Mill. Mark belief. Positiv beurteilte Schmidt die bisherige Entwicklung zur Spitzenversorgung bei einer Krankheit, die den zweiten Platz in der Sterbestatistik einnehme. Es sei ein flächendeckendes Netz aus 23 regionalen Zentren und 20 onkologischen Stationen an ausgewählten Krankenhäusern entstanden. Die Existenz und der weitere Ausbau dieses Systems dürften nicht gefährdet werden.

Museumstheater im Spiegelbild

dpa. Köln

Eine Ausstellung „Theater – Spiegel der Welt", die aus Beständen der Sammlung zur Theatergeschichte aus 250 Jahren auf Schloß Wahn besteht, wurde in der Kölner Kunsthalle eröffnet. Ungewöhnlich sind die Spiegelkabinette, in denen die Exponate vor dem Hintergrund historischer Bühnenräume Leben gewinnen. Auf Dokumentationstafeln wurde verzichtet, um die Phantasie der Besucher anzuregen. Während der gesamten Laufzeit der Ausstellung sind Aufführungen von Theatergruppen vorgesehen.

Paul Eluards Briefe an Gala

AFP. Paris

Paul Eluards Briefe an Helena Diakonowa, besser bekannt unter dem Namen Gala, hat der französische Verlag Gallimard jetzt in Buchform vorgelegt. Die 270 „Lettres à Gala" umfassen die Jahre 1928 bis 1948. Sie zeigen die häufig als geldgierig, despotisch und autoritär geschilderte Gala als großzügige, liebevolle Frau, die in Sorge um den mit materiellen Notlagen kämpfenden Mann lebte. Gala, die 1982 starb, hatte in zweiter Ehe Salvador Dali geheiratet.

Foto-Retrospektive mit Helmut Newton

AFP. Paris

220 Photos von Helmut Newton sind bis zum 7. Januar in einer Retrospektive im Museum für Moderne Kunst in Paris zu sehen. Die Arbeiten – häufig Akte von kühler Erotik – stammen aus den letzten 15 Jahren. Die Auswahl umfaßt zahlreiche Porträts von Leinwandstars – Ava Gardner, Nastassja Kinski – und Damen der High Society wie die Fürstin von Polignac.

Prix de Lausanne diesmal in New York

Reg. Lausanne

Der Wettbewerb um den „Prix de Lausanne", mit dem angehende Tänzer und Tänzerinnen ausgezeichnet werden, findet diesmal in zwei Runden statt. Die Vorentscheidung fällt wie stets vom 18. bis zum 20. Januar in Lausanne. Das Halbfinale und Finale ist im Anschluß daran bis zum 27. Januar an der Brooklyn Academy of Music in New York geplant. Die Jury ist in Lausanne und New York dieselbe.

Ausstellung über den „Hessischen Landboten"

wm. Marburg

Aus Anlaß des 150. Jahrestags des „Hessischen Landboten" haben die Georg-Büchner-Gesellschaft und die Forschungsstelle „Georg-Büchner – Literatur und Geschichte des Vormärz" am Institut für Neuere deutsche Literatur der Universität Marburg zum ersten Mal eine umfassende Wanderausstellung über Leben, Werk und Zeit Georg Büchners zusammengestellt, die am 23. November im historischen Rathaus in Marburg eröffnet wird. Anschließend wird die Ausstellung (vom 7. bis 21. Januar 1985) im Justus-Liebig-Haus in Darmstadt, in Gießen und anderen hessischen Städten gezeigt.

Preise aus Kunst und Wissenschaft

DW. Bonn

Den mit 50 000 Mark dotierten Otto-Bayer-Preis des Chemiekonzerns Bayer erhält als erster Wissenschaftler der Mainzer Chemieprofessor und Direktor des Max-Planck-Instituts für Polymerforschung, Gerhard Wegner. Der vom Bundesinnenministerium gestiftete Lovis-Corinth-Preis wurde an Anton Lehmden verliehen. In Paris wurden die Medicis-Preise an Bernard-Henri Levy und Elsa Morante verliehen, der Femina-Preis an Bertrand Visage. Die Göttinger Akademie der Wissenschaften verlieh ihre Preise an Rolf Bergmann (Philosophie), Herhard Streich (Geschichte), Michael Melkonian (Biologie), Dieter Cremer und Stephan Thomae (Chemie).

„Um Leben zu retten, ist mir jedes Mittel recht"

In Italien steht der Initiator einer Drogenhilfe vor Gericht

MONIKA v. ZITZEWITZ, Rimini

„Ein befreundeter Anwalt sagte mir folgendes: ‚Meine Behauptung, dieser Prozeß sei eine Hexenjagd, die die Justiz in den Schlamm zieht, könnte mir eine Verleumdungsklage eintragen. Das hoffe ich von Herzen. Neben Vincenzo Muccioli auf der Anklagebank zu sitzen wäre für mich eine Ehre, die jedes Risiko wert ist.'" So beendete Italiens Starjounalist Indro Montanelli seinen Leitartikel im „Giornale" zu einem Gerichtsverfahren, das weit über Italien hinaus für Aufsehen sorgt.

Vorige Woche begann in Rimini der Prozeß gegen den Gründer und Leiter von San Patrignano, Europas größtem Zentrum für die Rettung von Drogensüchtigen. Die Verhandlungen, in denen das Publikum die Angeklagten, Vincenzo Muccioli und sieben seiner Mitarbeiter, die wie die 550 Schützlinge von San Patrignano Ex-Drogensüchtige sind, jedesmal mit Applaus begrüßt, werden noch mindestens zwei Monate dauern. Obwohl alle Zeitungen mit Ausnahme der linksorientierten Presse sich für den ehemaligen vermögenden Hotelbesitzer aus Rimini einsetzen, der vor fünf Jahren seine Habe verkaufte, um sie und sich selbst in den Dienst der Suchthilfe zu stellen, und obgleich die bekanntesten Anwälte Italiens seine Verteidigung übernahmen, droht Vincenzo Mussioli zum zweiten Mal eine Gefängnisstrafe wegen Freiheitsberaubung und Mißhandlung.

Denn die Beschuldigungen der Hauptzeugin Rosa Cerini, einer Drogensüchtigen, die 1980 aus San Patrignano floh, entsprechen der Wahrheit. Die Carabinieri fanden nach Frau Cerinis Denunziation in dem Zentrum, das damals 60 knapp dem Drogentod entronnene junge Menschen beherbergte, fünf mit Ketten Gefesselte, die erklärten, sie seien von Muccioli geohrfeigt worden.

Die Karabinieri bringen sie zum Hausarrest

Der Angeklagte gibt auch zwölf weitere ihm vorgeworfene „Mißhandlungen" zu und kommentiert: Ein Drogensüchtiger in Abstinenzkrise ist nur eines Gedankens fähig: „Stoff" zu finden. Das heißt zu fliehen und mit den Drogen womöglich den Tod zu finden. „Mir ist jedes Mittel recht, ein Leben zu retten, seitdem ich begriffen habe, daß wir alle mitverantwortlich sind an diesem Elend", sagt der Mann, dem Hunderte von Eltern die Rettung ihrer verlorenen Kinder danken.

Ich habe anderthalb Tage in San Patrignano zu Füßen des Zwergstaats San Marino verbracht, wo Muccioli rund um ein Rebengelände ein Areal von 540 Hektar erworben hatte. Und ich bin überwältigt von der dort gesehenen Wirklichkeit zurückgekehrt. Gleichzeitig mit meinem Taxi kam, wie am Tag davor und am nächsten Tag, ein Carabinieri-Wagen an, der einen „drogato" aus dem Gefängnis zum Hausarrest nach San Patrignano brachte. Das klingt wie Hohn: Während die Justiz von Rimini Vincenzo Muccioli anklagt, schicken Richter aus ganz Italien ihm neue Schützlinge. Der Hausherr war verreist, als seine Mitarbeiter mich durch die Kooperative führten, die sich mit ihrer Arbeit selbst finanziert. Alle Bewohner sind Mitbesitzer, bis sie, an Leib und Seele geheilt, mit einem hier erlernten Beruf ins Leben zurückkehren.

Aus Süchtigen werden Bauern und Handwerker

Selten habe ich eine Gemeinschaft erlebt, die so offen und herzlich, so bereit ist, sich mitzuteilen und Not und Freuden miteinander zu tragen, wie diese. Alle waren sie durch die Hölle gegangen, bevor sie hier mit einer Aufgabe die Achtung für andere und für sich selbst wiederfanden. Der Ernst und die Kenntnis, mit denen sie bei der Arbeit sind, entsprechen der Freude, mit der sie sie erklären.

Sie betätigen sich als Züchter edler Pferde, Hunde und Perserkatzen und halten Kühe, Schafe und Schweine. Sie keltern den selbstgeernteten Spitzenwein. Andere arbeiten in der Schreinerei, der mechanischen Werkstatt und dem Restaurierungskabinett für antike Möbel. Ich sprach mit *Offsetdruckern, Pelzschneidern und* den Mädchen in der Spinnerei, die in Handarbeit die Wolle der eigenen Schafe verarbeiten.

Auch Studenten sind darunter, denen Vincenz, wie jeder hier den Hausherrn nennt, eine Wohnung in Bologna und in Urbino bereitstellt und von denen fünf bereits promoviert haben. Und nicht zuletzt die Mütter der 52 Kinder aus hier geschlossenen Ehen. Allein im November 1984 wurden in San Patrignano 18 Paare getraut. Als Vincenzo zum Essen an einem der langen, sorgsam gedeckten Tische Platz nahm und viele seiner Schützlinge aufsprangen, um ihn zu umarmen, spürte man das Charisma und die Wärme, mit der er diese Gemeinschaft trägt.

Ist es das schlechte Gewissen des Staates, der bisher den Kampf gegen das soziale Krebsgeschwür Drogen der Initiative von Priestern und Privatleuten überließ, das den Erfolg *Vincenzo Mussiolis bestreiten läßt?* Steht die Mafia und ihr Rauschgifthändlernetz unerkannt hinter der Justiz, die ihn richten will? Man rechnete aus, daß die 200 Ex-Drogensüchtigen, die San Patrignano geheilt verlassen haben, und seine 550 jetzigen Bewohner den Händlern einen Jahresverlust von 100 Milliarden Lire einbringen. Sollte die Furcht, daß Vincenzo Mucciolis Vorbild Schule macht, zu einer Verurteilung führen?

Ein Flaschen-Etikett, das mehr verrät als nur die Lage

JOACHIM NEANDER, Stuttgart

Wahrscheinlich wird sich auf lange Sicht sogar die EG-Kommission in Brüssel mit den gewitzten Weingärtnern von Güglingen in Württemberg befassen müssen. Mit List und Tücke haben sie es geschafft, auf dem Etikett ihrer Weinflaschen den Gehalt an vorhandenem Alkohol, an Restzucker und an Säure für den Verbraucher anzugeben, obwohl dies nach europäischem und deutschem Weinrecht ausdrücklich verboten ist.

Im europäischen Weinrecht herrscht das Verbotsprinzip. Das heißt: Alles, was in den endlosen, dem Laien kaum noch verständlichen EG-Verordnungen und den entsprechenden deutschen Bestimmungen über die Etikettierung nicht ausdrücklich vorgeschrieben oder erlaubt wird, ist verboten. Dazu gehören sämtliche Analysedaten. Einzige Ausnahme: Bei den „Diabetikerweinen" müssen Alkohol und Restzukker angeführt werden.

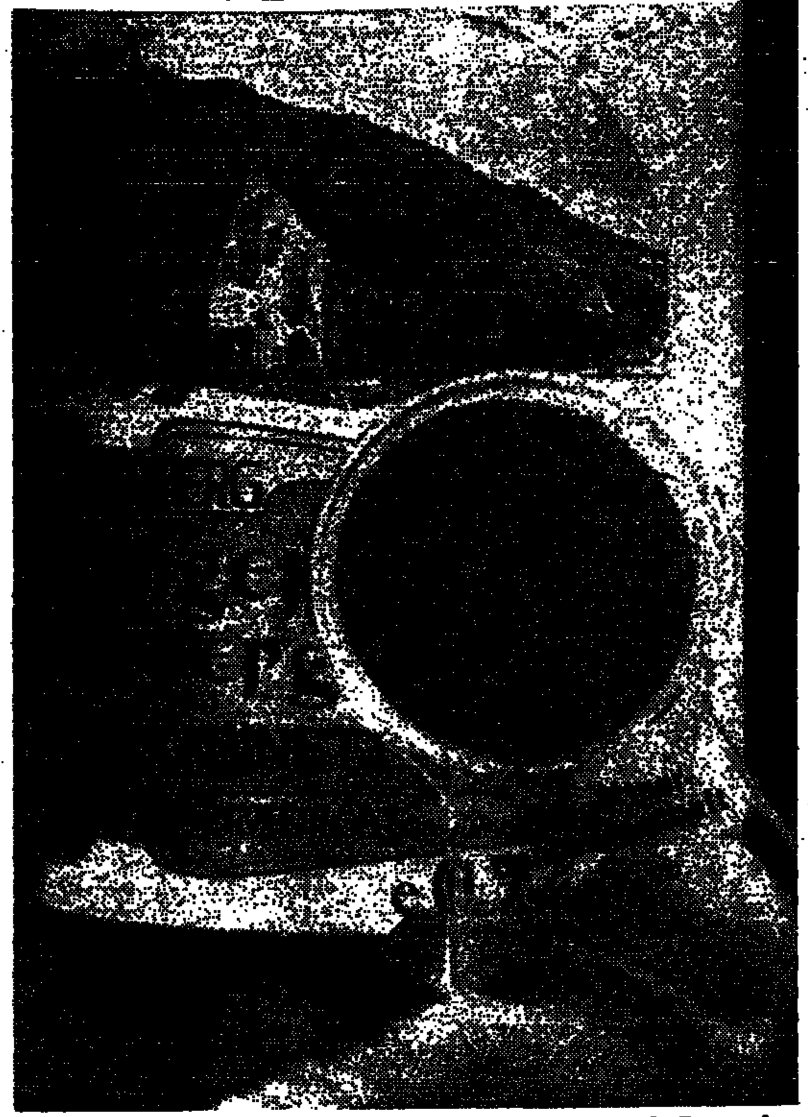
Der Streit dauert schon Jahrzehnte. Die Befürworter einer Deklaration sagen: Bestimmte Angaben, etwa über Alkohol, Restzucker, Säure, eventuell auch Schwefel, schaffen mehr Klarheit. Die Gegner wenden ein: Wein besteht aus fast 600 verschiedenen Inhalts- und Aromastoffen. Wo also anfangen und aufhören, ohne den Verbraucher zu verwirren?

Bei der Weingärtnergenossenschaft Cleebronn-Güglingen-Frauenzimmern westlich von Heilbronn mit ihren 520 angeschlossenen Winzern kam man vor etwa einem halben Jahr auf eine glorreiche Idee: Man druckte die drei Daten quasi unsichtbar aufs Etikett – als Raster in einem „unruhigen roten Feld". Sichtbar werden die Buchstaben und Zahlen erst dann, wenn man sie durch eine kleine Lupe mit einem Rotfilter betrachtet. Diese Lupe kann der Kunde bei der Genossenschaft anfordern.

Das Echo bei den Kunden, so Geschäftsführer Gerstenlauer, war begeistert. Die Konkurrenz dagegen witterte unlauteren Wettbewerb. Auch die Weinkontrolle beanstandete das Etikett. Die Staatsanwaltschaft Heilbronn eröffnete ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das deutsche Weingesetz.

Das Verfahren wurde inzwischen eingestellt. Begründung: Solange die Lupe nicht an den Endverbraucher mitgeliefert werde, liege kein Verstoß vor. Bei der Stuttgarter Chemischen Landesuntersuchungsanstalt, die für die Weinkontrolle im Land Baden-Württemberg zuständig ist, sieht man die Sache zwar anders, aber eine weitere Möglichkeit zum Einschreiten ist zunächst nicht gegeben.

Entschieden wird der Streit wohl erst auf höherer Ebene, entweder durch die Zivilklage eines Konkurrenten oder gar durch eine Gesetzesänderung in Bonn oder Brüssel. Denn auf Dauer, so meinen die Fachleute, stellt eine „unsichtbare Ecke" auf dem Weinetikett doch eine zu große Versuchung für unkontrollierte Werbung dar.



Winzer aus Güglingen haben Angaben über Alkoholgehalt, Restzucker und Säure ihrer Weine auf dem Etikett „versteckt". FOTO: DPA

Verletzungen nach Gurtpflicht zurückgegangen

dpa, Wiesbaden

Spielunfälle sind heute die statistisch häufigste Ursache von Augenverletzungen. Auf diese Gefährdung wiesen gestern auf einer Tagung des Berufsverbandes der Augenärzte in Wiesbaden die Medinziner Hans Joachim Küchle und Hans Conrads hin. Ausgelöst würden solche Unfälle vor allem durch gefährliches Spielzeug sowie die harten Tennis-, Squash- oder Golfbälle. Insgesamt betreffe jeder zehnte Unfall in der Bundesrepublik die Sehorgane. Etwa ein Drittel der Karambolagen im Straßenverkehr habe Augenverletzungen zur Folge. Die beiden Ärzte hoben hervor, *daß erst der Zwang zum Anlegen* der Sicherheitsgurte die Zahl der vor allem vom Aufprall auf die Windschutzscheibe verursachten Verletzungen der Sehorgane „rapide" verringert habe. Nach ihren Angaben hatten vor Einführung der Anschnallpflicht bundesweit etwa 4000 verletzte Verkehrsteilnehmer pro Jahr erhebliche Schäden dieser Art erlitten.

Rätsel um Anschlag

dpa, Düsseldorf

Auch gestern, 72 Stunden nach dem Bombenanschlag auf einen Düsseldorfer Sex-Shop, tappen die Untersuchungsbehörden nach Angaben von Oberstaatsanwalt Jochen Buhland weiterhin „völlig im dunkeln". Nach wie vor gibt es keine Anhaltspunkte über Motive, Täter und Hintergründe.

50 Tote bei Zugunglück

AP, Neu-Delhi

Bei einem Eisenbahnunglück in Indien sind gestern etwa 50 Menschen umgekommen und mehr als 110 verletzt worden. Das Unglück ereignete sich zur morgendlichen Hauptverkehrszeit in Bombay, wo ein übervoller Nahverkehrszug an einer Weiche entgleiste.

Urmaterie auf der Spur

dpa, Münster

Eine Arbeitsgruppe des Instituts für Kernphysik der Universität Münster baut zur Zeit einen Strahlungsdetektor auf, der Signale der „Urmaterie" registrieren soll. Das Institut ist an einem Forschungsprojekt beteiligt, dessen Ziel es ist, Sauerstoffkerne auf so hohe Energien zu beschleunigen, daß beim Zusammenstoß mit anderen schweren Kernen für Sekundenbruchteile heiße und hochverdichtete „Quarkmaterie" entsteht. Nach der Explosionstheorie von der Entstehung der Welt können sich Quarks als eine Art von Urmaterie gebildet haben, aus der dann das Weltall entstanden sein soll.

Düsenjäger abgestürzt

AP, Bonn

Ein belgischer Düsenjäger vom Typ Alpha Jet ist gestern nach einer Kollision mit dem Sendeturm der Bundespost auf dem Feldberg im Schwarzwald abgestürzt. Nach Angaben eines Sprechers der Bundesluftwaffe kamen beide Insassen der Maschine bei dem Unglück ums Leben.

Nasa-Angebot

AP, München

Die amerikanische Raumfahrtbehörde Nasa hat deutschen Wissenschaftlern die Mitarbeit an einer außergewöhnlichen Raumfahrt-Mission angeboten. Wie die Max-Planck-Gesellschaft gestern in München mitteilte, handelt es sich dabei um ein Planeten-Unternehmen. Im Jahre 1990 wollen die USA eine „Mariner-Mark-II"-Raumsonde so starten, daß sie Anfang des Jahres 1995 den Kometen „Kopff" erreicht. Ihn soll das Raumfahrzeug fast drei Jahre lang auf seiner Bahn um die Sonne begleiten.

„Das war reiner Zufall"

Auf Neubaustrecke der Bahn stürzten zwei Tunnels ein

dpa, Fulda

Beide Vorfälle hätten nichts miteinander zu tun, wird von Bahn und Bergamt übereinstimmend beteuert, und doch ist die Ähnlichkeit der besorgniserregenden Ereignisse verblüffend: Am Dienstag vergangener Woche stürzten in zwei Tunnelröhren auf der Bahn-Neubaustrecke Hannover–Würzburg Teile der Tunneldecke herab. Menschen blieben bei beiden Einbrüchen unverletzt. Der Schaden soll sich nach Auskunft der Bundesbahn auf mehrere hunderttausend Mark belaufen.

Im Schnellbahntunnel „Witzelshöhe" bei Burghaun-Langenschwarz (Kreis Fulda) hatte der Polier beim Verlassen der Baustelle gegen Mitter*nacht Risse an der Außenschale fest*gestellt und unverzüglich Hilfe angefordert. Etwa zehn Minuten später brach die Schachtdecke unter lautem Getöse herunter; die zwölf Bauarbeiter machten zu der Zeit bereits Pause in ihren Unterkünften. Das abbrechende Geröll verschüttete etwa 20 Meter des Tunnelschachts. Oberhalb der Einsturzstelle bildete sich ein 13 mal 17 Meter großer Krater, dessen Wände gegenwärtig mit Beton ausgespritzt werden, um ein Nachrutschen der Erdmassen zu verhindern.

Bereits am Dienstag hatten Hunderte Kubikmeter toniges Material etwa 20 Meter der Vortriebsstrecke für Deutschlands längsten Eisenbahntunnel, den Landrücken-Tunnel zwischen Kalbach (Kreis Fulda) und Sinntal (Main-Kinzig-Kreis), unpassierbar gemacht. Die Gefahr war Tage vorher erkannt worden. Doch trotz zusätzlicher Sicherungsmaßnahmen habe man den Einbruch nicht aufhalten können, sagte der zuständige Baustellenleiter Karl Kern.

Als Unfallursache werden in beiden Fällen geologisch bedingte Störungen vermutet. Die noch geringe Deckenstärke der Tunnel habe dem *massiven Gebirgsdruck, offenbar* nicht länger standgehalten, glaubt der Leiter des Bergamtes in Bad Hersfeld, Paul Fahrenkopf. Eine Verbindung zwischen den Ereignissen lasse sich nicht herstellen. Auch Joachim Zierau, Sprecher der Bahn-Projektgruppe Hannover/Würzburg Mitte, hält eine eventuell von Norden nach Süden ziehende Erdformation als Unfallursache für ausgeschlossen: „Das war reiner Zufall."

Die teuerste Stradivari

Rekordergebnis bei Auktion von Sotheby's in London

SIEGFRIED HELM, London

Im Londoner Auktionshaus Sotheby's gelangte gestern eines der berühmtesten Instrumente aus der Werkstatt des Cremonenser Geigenbauers Antonio Stradivari zur Versteigerung und erzielte den höchsten Preis, der jemals auf einer Auktion für ein Musikinstrument bezahlt wurde. Die 1707 gebaute Geige, die unter dem Namen „La Cathédrale" bekannt ist, wurde dem Londoner Händler Peter Biddulph für 396 000 Pfund zugeschlagen, umgerechnet also rund 1,456 Millionen Mark.

„Das ist ohne Zweifel die beste Stradivari, die seit der 1971 versteigerten ‚Lady Blunt' unter den Hammer gekommen ist", sagte eine Sotheby's-Sprecherin, die über den Verkäufer des Instruments zu Stillschweigen verpflichtet wurde. Den letzten Auktionsrekord für ein Musikinstrument erzielte im März 1980 bei Sotheby's in New York ein Konzertflügel mit 177 000 Pfund.

Die Geige „La Cathédrale" entstand während der sogenannten „goldenen Periode" Stradivaris in Cremona. Sie ist sehr gut erhalten und besitzt noch ein Großteil ihres ursprünglichen Lacks. Das Instrument soll einst im Besitz eines Offiziers der französischen Armee zur Zeit Napoleons gewesen sein. Den Namen „La Cathédrale" gab ihr wegen ihres vollen Klanges ihr früherer Besitzer Jean-Baptiste Cartier, ein Schüler des italienischen Geigenvirtuosen Viotti, der zahlreiche Violinkonzerte schrieb.

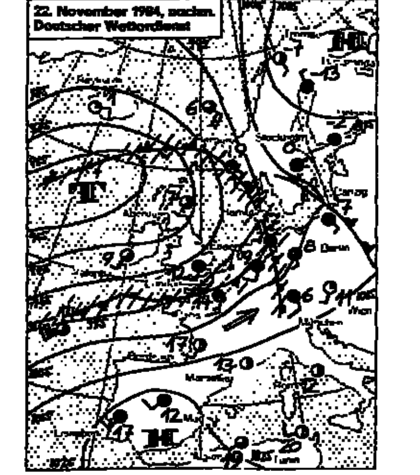
Cartier hatte die Geige von dem erwähnten Offizier Napoleons erworben. Vor dieser Zeit verliert sich die Geschichte des meisterlich gebauten Instruments im Dunkeln.

Cartier war Begleiter von Königin Marie-Antoinette. 1791 gehörte er zum Ensemble der Pariser Oper und 1804 zu einer Kapelle Napoleons. Cartier, der auch andere alte Instrumente besaß, verfaßte eine Reihe von Schriften über die Violine. Cartier soll „La Cathédrale" 1831 an einen gewissen Monsieur Pierre David weiterverkauft haben.

Auf der gestrigen Auktion wurde auch eine zweite Geige aus der Werkstatt Antonio Stradivaris versteigert: die „Rosenheim" aus dem Jahre 1686. Sie erzielte den beachtlichen Preis von 165 000 Pfund. (SAD)

WETTER: Regnerisch-mild

Wetterlage: Im Zustrom milder Atlantikluft von der Biscaya ziehen Regenfronten über Deutschland nordostwärts und gestalten das Wetter unbeständig



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16 °C. bedeckt, still. Nebel. Sprühregen. Regen. Schneefall. Schauer. Gebiete: Regen. Schnee. Nebel. Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront. Kaltfront. Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb–750mm)

Vorhersage für Freitag:

Starke Bewölkung, im Bergland neblig-trüb und länger andauernder Regen, vornehmlich im Mittelgebirgsraum und im südlichen Deutschland. Temperaturen 13, nachts kaum unter 9 Grad. Frischer, in Böen starker bis stürmischer Südwestwind.

Weitere Aussichten:

Auch am Sonnabend und Sonntag gelegentliche Regenfälle. Weiterhin windig. Im Norden nicht mehr ganz so mild wie bisher.

Temperaturen am Donnerstag, 13 Uhr:

Berlin	8°	Kairo	23°
Bonn	10°	Kopenh.	6°
Dresden	9°	Las Palmas	22°
Essen	9°	London	12°
Frankfurt	8°	Madrid	12°
Hamburg	7°	Mailand	6°
List/Sylt	5°	Mallorca	20°
München	6°	Moskau	-2°
Stuttgart	8°	Nizza	13°
Algier	19°	Oslo	--°
Amsterdam	13°	Paris	14°
Athen	17°	Prag	7°
Barcelona	17°	Rom	12°
Brüssel	13°	Stockholm	0°
Budapest	8°	Tel Aviv	23°
Bukarest	4°	Tunis	20°
Helsinki	-2°	Wien	11°
Istanbul	9°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am Sonnabend: 7.54 Uhr, Untergang: 16.23 Uhr; **Mondaufgang:** 9.54 Uhr, Untergang: 17.16 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Bei Horrorgeräuschen verlieren Wale Orientierung

PETRA DEIMER, Hamburg

Wenn Wale in flache Küstengewässer vordringen, wie vor wenigen Tagen der 17 Meter lange und etwa 50 Tonnen schwere Pottwal in die Wesermündung, endet dieser Ausflug für die großen Meeressäuger nicht selten mit dem Tod, wenn sie bei Ebbe den Weg zurück in die offene See nicht mehr finden und ersticken. Für Zoologen ist ein solches Ereignis mehr als ein Unglücksfall. Denn nur, wenn ein Unglück es so will, sei es, daß Wale stranden oder sich in Küstengewässern verirrt haben, bietet sich die Möglichkeit zu wissenschaftlicher Forschung. Der Fang – und die kommerzielle Nutzung – von Meeressäugetieren ist nämlich durch den „Marine Mammal Protection Act" seit 1972 generell verboten. Viele Fragen die das Leben der Wale betreffend sind noch offen. So ist die Anatomie der Nasenöffnung noch nicht zur Gänze erforscht, ebenso das Orientierungssystem der riesigen Tiere. Auch die Frage, ob Wale Selbstmord begehen, ist noch offen.

Seit sich Wale als ehemalige Landbewohner dem Wasserleben angepaßt haben, wurde ihr wichtigstes Sinnesorgan zweifellos die Akustik. Sie mußten gewissermaßen von Optik auf Akustik umstellen, um seetüchtig zu sein. Wie jeder Taucher weiß, lassen sich mit bloßem Auge unter Wasser nur wenige Meter durchdringen, während sich Schall sehr weit ausbreitet. Einziges Problem: das Richtungshören. Doch auch damit wurden die feinhörigen Tiere fertig, indem ihre Ohren weder mit dem Schädel, noch über den Schädel miteinander gekoppelt sind. Anders als bei uns kommt es dadurch nicht „zu unkontrollierbaren Schwingungen ohne Laufzeitunterschiede", wie der deutsche Anatom Professor G. Fleischer herausfand.

Wale sind nicht nur in der Lage, akustische Laufzeitunterschiede mit äußerster Präzision wahrzunehmen, sondern auch Signale auszusenden, wie im Ultraschallbereich, die ihnen ein exaktes Bild ihrer Umgebung vermitteln. Diese „Echolokation" geht bei Delphinen soweit, daß sie den Größenunterschied zweier Kugeln ausmachen können, für den der Mensch kein Augenmaß mehr hat.

Wenn ein so präzises Organ dennoch ausfällt, so vermutlich, weil der Grenzbereich seiner technischen Möglichkeiten überschritten wird, wie wir das auch bei Radargeräten kennen. Denkbar wäre, daß die Tiere versehentlich in zu seichtes Wasser mit unkontrollierbarem Untergrund geraten, der ihnen kein sauberes akustisches Bild mehr liefert – mit buchstäblich verschwommenen Konturen. Möglich, daß sie in diese Gefahrenzone geraten, weil sie einer Schreckreaktion folgen, sei es auf der Flucht vor „Killerwalen", sei es auf der Flucht vor Unterwassersprengungen oder anderen „Horrorgeräuschen". Es kann auch sein, daß sie dem Erdmagnetismus, einer auch bei Zugvögeln bekannten Orientierungshilfe, folgend plötzlich in eine Falle geraten. Daß Ohrparasiten die Orientierungsfähigkeit behindern, klingt unwahrscheinlich, zumal Wissenschaftler gestrandete Wale ohne solche Schmarotzer im Ohr fanden und solche, die zwar unter Parasiten litten, aber nicht strandeten.

Warum allerdings auf der Halbinsel Cape Cod im US-Staat Massachusetts, die schon häufiger zur Todesfalle wurde, vor wenigen Wochen 94 Grindwale ihr Massengrab fanden, ist eine der Fragen, die zur Zeit von Forschern geklärt werden sollen. Läßt man einmal außer acht, daß Wale vielleicht tatsächlich Selbstmord begehen können, kommt als Ursache eigentlich nur ein Fehler in der Orientierung in Frage, durch den sich zumindest einzelne Tiere regelrecht verschwommen haben müssen. Wenn manche Arten wie zuletzt Grindwale gleich in Massen stranden, so liegt die Ursache wohl in ihrem engen Sozialgefüge. Es mag genügen, wenn einzelne Leittiere „Amok laufen" – aus welchen Gründen auch immer – und eine ganze Herde folgt blindlings in den Tod.

Immer wieder auffällig bei solchen Strandungen ist, daß manche der über 80 Cetacea-Arten, wie diese Tiere vom kleinen Delphin bis zum großen Blauwal lateinisch heißen, mehr, andere weniger zu einem solchen tödlichen Schicksal neigen. So passiert es relativ selten, daß Grau- oder Weißwale stranden, wie im vergangenen Januar ein Weißwal in der Elbe dokumentierte. Der seltene Gast aus dem hohen Norden hatte trotz des bei Ebbe engen Fahrwassers und starken Schiffsverkehrs keine Navigationsschwierigkeiten. Offenbar sind typische Hochseewale mehr gefährdet, wenn sie in Landnähe geraten, als Flachwasserschwimmer.

ZU GUTER LETZT

„Bis zu 200 000 Sowjetbürger werden jährlich in der Russischen Föderationsrepublik (RSFSR) von Hunden gebissen. Da viele Verletzte krank geschrieben würden, verursachten die Hundebisse einen ernsthaften wirtschaftlichen Schaden." Das berichtete die sowjetische Zeitung „Sowjetskaja Rossija" laut dpa.